

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 M., im Voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 12 Pf. Postbefreiungsbühren. Auslandabonnenten: 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertagen einmal. Die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Beilagen „Woll und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Jugend“, „Blitz“ in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampagne des 60. Jahrestages des Reichstages... (Small text about the 60th anniversary of the Reichstag)

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Volkesfront Berlin 37 586. - Bankkonto Post der Arbeit Anstalten und Beamten, Wallstr. 65, D. P. u. Dir. - bei Postsparkasse Lindenstr. 3.

Die Deckungsgesetze.

Beitragserhöhung auf 4 1/2 Proz. — Notopfer der Festbesoldeten. Junggefellenssteuer für Männer und Frauen.

Amfisch wird mitgeteilt: Das Reichskabinett trat unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning gestern zu seiner letzten Sitzung vor Pfingsten zusammen. Die mehrwöchigen Beratungen der Reichsregierung über die Arbeitslosenversicherung und die übrigen mit der schwierigen Wirtschaftslage und finanzpolitischen Lage zusammenhängenden Fragen wurden in der heutigen Kabinettsitzung zu Ende geführt.

Das Reichskabinett beschloß die Reform der Arbeitslosenversicherung in weitgehender Anlehnung an die Beschlüsse des Vorstandes der Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung, jedoch mit der Maßgabe, daß der Beitrag von 3 1/2 auf 4 1/2 Proz. erhöht wird. Die wesentlichen Änderungen im Gesetz, darunter die Beitragsfestsetzung, sind bis 31. März 1931 begrenzt. Eine Entlastung der Wirtschaft soll durch gleichzeitige Vorlage eines Gesetzes über die Reform der Krankenversicherung angestrebt werden.

Sodann verabschiedete das Kabinett die weiteren Gesetzesentwürfe, die den Ausgleich der Ausgaben auf sozialem Gebiete und der Mindereinnahmen des Haushalts zu decken bestimmt sind, nämlich ein Gesetz über die vorübergehende Reichshilfe durch die Festbesoldeten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft. Das Gesetz sieht auch einen Beitrag aus den Tankonten der Aufsichtsräte vor, ferner einen Sonderbeitrag in Höhe von 10 Proz. der Einkommensteuer der Ledigen. Dazu teilt ein durch Kürzung der Steuerbefreiungen in der Zigarettenindustrie für das laufende Jahr zu beschaffender Betrag, der mit einer Verlängerung der Konlingierung für die Zeit bis zum 1. April 1932 verbunden ist. Hierdurch wird zusammen mit den durch nochmalige Durchprüfung des Haushalts 1930 herbeizuführenden Ersparnissen ohne neue, die Wirtschaft belastende Steuern, eine volle Deckung des Haushalts gefunden werden.

Das Kabinett beschäftigte sich sehr eingehend mit dem Kernproblem der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage, dem nicht in ausreichendem Tempo stattfindenden Absinken der Arbeitslosigkeit. Es legt entscheidendes Gewicht auf die Wiedereinbeziehung von Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess durch Einstellung größerer den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechender Arbeiten.

Die Reichspost wird in der nächsten Zeit eine umfangreiche Auftragsverteilung über das bisher vorgesehene Maß hinaus vornehmen. Mit der Reichsbahn werden morgen die eingeleiteten Verhandlungen mit dem Ziele fortgesetzt, sie gleichfalls in die Lage zur Vergebung dringender Aufträge zu versetzen. Verschiedene Wege hierzu erscheinen gegeben. Der Kleinwohnungsbau an den-

jenigen Orten, an denen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ein dringendes Bedürfnis besteht, werden kann, und an denen gleichzeitig besonders große Arbeitslosigkeit vorliegt, wird durch Zurverfügungstellung zusätzlicher Mittel gefördert werden. Es ist im laufenden Jahre der weitere Bau von 35 000 bis 40 000 Wohnungen vorgesehen, welcher bis 150 000 Bauarbeitern Arbeitsgelegenheit verschafft.

Das Kabinett hat die Vorlegung eines Gesetzes beschlossen, das den Reichsarbeitsminister zu allgemeinen Anordnungen ermächtigt, durch welche die zweckmäßige Verwendung der zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel und tragbare Mieten für die minderbemittelte Bevölkerung sichergestellt werden. Diese Grundzüge sollen bereits bei der Vergebung des zusätzlichen Bauprogramms Anwendung finden. Dabei wird der von dem Kabinett für die Wirtschaft im ganzen als notwendig angesehene Gesichtspunkt einer Herabsetzung von Kosten und Preisen für das Gebiet der Bauwirtschaft mit Nachdruck verwickelt werden.

Ein allgemeines Straßenbauprogramm, das den notwendigen Ausbau des vorhandenen Netzes vorsieht, ist in Aussicht genommen. Die Beschaffung der Mittel wird vorbereitet. Das Kabinett trat sodann in eine Beratung über die Möglichkeit einer allgemeinen Senkung der Produktionskosten und Preise ein. Diese Beratungen werden nach Pfingsten fortgesetzt. Die Sitzung des Kabinetts schloß mit der Prüfung der vom Reichsfinanzminister vorgelegten Ausgabenentlastungs- und Spargesetze. Es erklärte sich mit ihren Grundzügen einverstanden. Eine zweite Lesung und Beschlußfassung über die Einzelheiten wird in einer Sitzung unmittelbar nach Pfingsten stattfinden.

Das ist also die Patentlösung des Kabinetts Brüning! Die Vorentscheidung des Vorstandes der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ist zum Gelehenwurf erhoben worden — die Krankenversicherung soll „reformiert“ werden. Dazu Notopfer und Ledigensteuer sowie die übrigen Maßnahmen. Es wird behauptet, daß damit völlige Deckung geschaffen sei. Zahlen werden nicht gegeben. Wieviel hundert Millionen sollen aus der Krankenversicherung herausgeholt werden, damit das Defizit voll gedeckt sei?

Die Maßnahmen, die für Arbeitsbeschaffung angekündigt werden, können zu einem Teil erst nach sehr langer Frist wirksam werden, zu einem anderen Teil sind sie reine Versprechungen. Vor allem aber: wo ist die Mehrheit für dies alles?

Prager Außenpolitik.

Habsburg oder Republik?

Von Rudolf Illovy.

Prag, Anfang Juni.

Beunruhigende Nachrichten kommen aus Budapest. Madjarische Monarchisten wollen den Sohn des letzten österreichischen Kaisers Karl, Erzherzog Otto, an seinem achtzehnten Geburtstag am 22. November d. Js. zum ungarischen König erheben. Ministerpräsident Graf Bethlen wollte vor kurzem in Rom und hat von dort die Zustimmung Mussolinis mitgebracht. Welter wird gemeldet, daß der andere ungarische Thronanwärter, Erzherzog Albrecht, Sohn des berühmtesten habsburgischen Oberkommandierenden im Weltkriege, Friedrich, den Erzherzog Otto im Schlosse Steenokkerzeel in Belgien aufgesucht, ihm den Treuschwur geleistet und als dem einzig rechtmäßigen Erben der ungarischen Krone gehuldigt hat. Diese Ausöhnung der beiden Thronprätendenten vereinfacht die Situation im ungarischen Monarchistenlager, das bisher in zwei Parteien gespalten war: die Legitimisten mit Otto als Kandidaten und die Anhänger der freien Königswahl, die für Albrecht eintraten. Albrechts Verzichtleistung hat einen erotischen Beigeschmack: er will die geschiedene Gattin eines ungarischen Diplomaten, mit der er sich in ein Liebesverhältnis einließ, heiraten. Diese „nicht standesgemäße“ Ehe würde ihn aber auch den größten Teil seines Vermögens, die Fideikommissgüter, kosten, und um ihrer nicht verlustig zu gehen, wollte er sich bei Otto, als dem künftigen Chef des Hauses Habsburg, die Zustimmung zu seiner Heirat sichern. In Belgien hielt er sich vor seiner Abreise nach Südamerika auf, wohin ihn seine Mutter Isabella „zu Studienzwecken“ in der Hoffnung sandte, er werde dort seine Liebe zur schönen Gesandtenfrau vergessen.

Gleichzeitig mit Budapest rührt sich aber auch Wien. Die verhältnismäßig schwache und politisch unbedeutende „kaisertroune Partei“ in Oesterreich will die von ungarischen Legitimisten vorbereitete „einseitige Lösung“ der Habsburger-Restauration nicht zur Kenntnis nehmen, da „die ungarische Königskrone und die österreichische Kaiserkrone unbedingt und immer auf einem Haupte vereinigt sein müssen“. Dasselbe gilt auch von der böhmischen Wenzelskrone und der kroatischen. Der Appetit des Wiener Hochadels und der abgebauten Generalführer ist nicht gering! Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß zwischen der Wiener Heimwehleitung und den ungarischen Legitimisten eine Verabredung besteht, im geeigneten Augenblick gemeinsam loszuschlagen. Auch bemüht sich der ehemalige österreichische Bundeskanzler Seipel nicht wenig, den Habsburgern den Weg nach Wien zu ebnen, und seine Besuche bei Ottos Muttters Jita, bei Mussolini, dem Papst, in Budapest und anderwärts sind in dieser Hinsicht sehr verdächtig. Otto soll an eine italienische Prinzessin verheiratet werden. Vorerst muß er aber noch — die Gymnasialprüfung vor einer madjarischen Kommission ablegen, dann wird er streng inkognito durch die europäischen Staaten reisen und sich hierbei auch seine künftigen österreichisch-ungarischen „Erbländer“ und seine Braut ansehen dürfen.

Allen diesen Nachrichten gegenüber, die jetzt so zahlreich auftauchen, verhält sich die offizielle Tschchoslowakei ruhig und abwartend, zumal auch die offiziellen ungarischen Stellen sich in Stillchweigen hüllen. Bethlen hat bisher auf Drängen der Opposition nur ein sehr vorsichtiges Verlegenheitsdementi herausgegeben. Die tschechischen Blätter, sowohl die bürgerlichen als auch die sozialistischen, betonen aber, daß die Kleine Entente in Aktion treten müßte, falls Ungarn entgegen den Bestimmungen des Trianoner Friedensvertrages die Habsburger Dynastie wieder einsetzen wollte. Es wäre dies nach ihrer Auffassung keine Einmischung in die inneren Verhältnisse Ungarns, sondern nur ein Akt zur Wahrung des europäischen Friedens.

Horthy-Ungarn baut seinen Zukunftsplan insbesondere auf den Gegenjah zwischen Italien und Frankreich auf. Das madjarische Volk steht allen monarchistischen Linien ganz fern und die madjarische Sozialdemokratie hat bereits im Budapestter Parlament gegen die Gelüste der Magnaten energische Verwahrung eingelegt.

Am 27. April d. J. wurde in Paris ein Vertrag mit Ungarn wegen strittiger Bodenreformangelegenheiten abgeschlossen und dadurch die sogenannte Osterreichfrage ganz bereinigt. Bei dieser Gelegenheit wurde von tschechischer Seite darauf hingewiesen, daß der Vertrag imstande ist, das gegenseitige Verhältnis Ungarns und der

Reichsgericht gegen Fried.

Verbot der „Eisenacher Volkszeitung“ aufgehoben.

Leipzig, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Der IV. Strafsenat des Reichsgerichts hat am Donnerstag auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Rosenfeld das von dem hürtinigen Innenminister Dr. Fried erlassene Verbot der sozialdemokratischen „Eisenacher Volkszeitung“ mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Dem Verlag der „Eisenacher Volkszeitung“ wurde der Befehl vom Reichsgericht telegraphisch mitgeteilt. Das Blatt wird am Freitag wieder erscheinen.

Mit der Aufhebung des Verbots ist das letzte Wort in der Sache noch nicht gesprochen. Zunächst wird Fried für den der „Eisenacher Volkszeitung“ durch das gerichtliche Verbot entstandenen Schaden haftbar zu machen sein.

Fabricius im Nazi-Paradies.

Weimar, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Der im Reich wegen seiner Agitation gegen die Republik keines Amtes enthobene nationalsozialistische Regierungsrat Fabricius wird voraussichtlich als Angestellter in die Sonneberger Stadtverwaltung aufgenommen werden. Er ist dort ausgerechnet als Bearbeiter von Rechtsachen in Aussicht genommen. Aus dem Plan der Sonneberger Nationalsozialisten, Fabricius als Bürgermeister in Sonneberg unterzubringen, ist nichts geworden.

Die Verhandlungen der Verbände.

Wiederaufnahme völlig ungewiß.

Zu den Verhandlungen, die in letzter Zeit zwischen den leitenden Persönlichkeiten der Arbeitgeberorganisationen und der Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen stattgefunden haben, wird aus den Kreisen der freien Gewerkschaften erklärt: Die Verhandlungen sind nunmehr ohne Ergebnis abgeschlossen worden. Es steht keineswegs fest, ob sie nach Pfingsten wieder aufgenommen werden. Gegenwärtig wird sowohl im Lager der Arbeitgeber wie innerhalb der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften über neue Vorschläge verhandelt. Ob diese Vorschläge aber nach Pfingsten zu neuen Verhandlungen zwischen beiden Wirtschaftsgruppen führen oder ob jede Gruppe mit ihren Vorschlägen gesondert an die gesetzgebenden Körperschaften herantreten wird, ist noch eine offene Frage.

Parteiaufmarsch in Sachsen.

Zentrum und Wirtschaftspartei Arm in Arm.

Dresden, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Dem Wahlkommissar sind bisher neun Wahllisten übermiltelt worden und zwar die der SPD., der Deutschen Volkspartei, der Kommunistischen Partei, der Deutschnationalen, des sächsischen Landvolks, der sogenannten Altsozialisten, der Volksnationalen, der Reichsbewegung, der Kommunistischen Opposition und des Christlich-sozialen Volksdienstes.

Tschechoslowakei zu bessern. Auch Bethlen konnte nicht umhin, zu erklären, daß nun viele Ursachen bisheriger Differenzen beseitigt sind. Tschechische sozialdemokratische Politiker sind der Ansicht, daß eine Annäherung zwischen Prag und Budapest bei dem jetzigen Regime in Ungarn nicht möglich sei, es werde jedoch zu einer solchen gewiß kommen, sobald die Diktatur Horthy-Bethlen von einer demokratischen Regierung abgelöst sein wird.

Die politische Orientierung des tschechoslowakischen Außenministers Beneš ist eine paneuropäische. Er betrachtet die Kleine Entente als Kristallisationspunkt, um den sich allmählich die anderen mitteleuropäischen Staaten scharen werden. Dieses neue Gebilde werde sodann der Grundstock einer künftigen gesamteuropäischen Föderation sein. „Wir wollen aufrichtig und systematisch auf eine neue Gemeinschaft der mitteleuropäischen Kleinstaaten hinarbeiten, welche nur den ersten Schritt und eine Stufe zu einer tatsächlich alleuropäischen Gemeinschaft bildet“ sagte Beneš am 7. Februar d. J. im Senat. Am 29. Mai erklärte er im Abgeordnetenhause: „Unsere Außenpolitik hat stets mit Sympathien die paneuropäischen und Friedensideen unterstützt, weil dies unser Interesse erfordert.“ Beneš akzeptiert den paneuropäischen Plan von Coudenhove-Calergi jedoch nicht ohne Vorbehalt für die Tschechoslowakei. Gegenüber dessen Ansicht, Rußland und England wären aus Panuropa auszuschalten, vertritt Beneš die Anschauung, Sowjetrußland werde schon innerhalb einiger Jahre Annäherung an Europa suchen. Die tschechoslowakische Regierung ließ durch den Pariser Gesandten Duffly erklären, daß die Tschechoslowakei sich dem Plane Briand „feierlich und öffentlich“ anschließe.

Die paneuropäische Einstellung des tschechoslowakischen Außenministers gibt der chauvinistischen Nationaldemokratie häufig Anlaß zu heftigen Angriffen. Die außenpolitische Orientierung dieser Partei ist panlawistisch. „Slawische Politik“, so lautet die Forderung ihres Führers R a m a r s c h, der noch immer den Glauben an eine baldige Wiederaufrichtung des Zarismus in Rußland nicht aufgeben will. Trotzdem scheint es, daß er doch einzusehen beginnt, wie verfehlt seine „Slawische Politik“ ist. Am 30. Mai hielt er in Prag eine Rede über die Lösung der Wirtschaftskrise und führte aus, daß das Ziel seiner Politik eine slawische Konföderation gewesen ist, in der er eine politische Sicherheit und ein großes wirtschaftliches Betätigungsfeld für die Tschechoslowakei erblickte. Dieser Konföderation hätten sich nach Kramarschs Meinung auch Madjaren und Rumänen angeschlossen. „Weider, ich belenne es, diese Politik habe ich verspielt“ — mit diesen Worten gab Kramarsch seine Niederlage offen zu.

Neben Kramarschs unmöglicher slawischer Politik gehört auch die früher von manchen Politikern gepredigte Idee einer „Donauföderation“ der Vergangenheit an. Ihre Anhänger sind nur noch konservative Volkswirtschaftler, die von einem Zollverein der Donaustaaten Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Mitteleuropa erhoffen. Dagegen befürchtet man, eine Donauföderation würde zur Errichtung einer neuen österröschisch-ungarischen Monarchie führen und lehnt allgemein diesen Plan als undurchführbar und nicht wünschenswert ab.

Die tschechische Sozialdemokratie ist überzeugt, daß die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakei mit dem Siege der Demokratie und des Sozialismus in den Nachbarstaaten und in ganz Europa eng verknüpft ist. Deshalb verlangt sie die Unterstützung aller freiheitlichen Bestrebungen im Auslande und insbesondere freundschaftlichste Zusammengehen mit den Demokraten in den Nachbarstaaten zur Abwehr gegen Reaktion, Monarchismus und Faschismus.

Beihlen gegen geheimes Wahlrecht!

Budapest, 5. Juni.

Ministerpräsident Graf Bethlen hielt heute in der Ansprache über den Etat des Ministerpräsidentiums eine große Rede, in der er sich u. a. mit den Forderungen der Opposition nach einer Demokratisierung Ungarns, insbesondere mit dem Verlangen nach Einführung des geheimen Wahlrechts (das kürzlich auch Graf Apponyi eindrucklich gefordert hatte, Red. d. „A.“) beschäftigte. Graf Bethlen verwies, wiederholt von Protestrufen der Opposition unterbrochen, darauf, daß das geheime Wahlrecht im Programm der Regierungspartei enthalten (!) sei, aber erst verwirklicht werden könne, wenn dies nach Ansicht der Regierung den Interessen der Nation entspreche (!). Der Zeitpunkt hierfür sei aber noch nicht gekommen.

Ein zynischeres Bekenntnis zum Regierungsterror bei Wahlen und zur amtlichen Wahlfälschung als diese Erklärung Bethlens ist gar nicht denkbar. Was Bethlen als die „Interessen der Nation“ heuchlerisch bezeichnet, sind in Wirklichkeit nur die Klasseninteressen der feudalen Großgrundbesitzer, der ein paar Hundert Köpfe starken, millionenreichen Magnatenclique, die gegenwärtig mit Hilfe balkanmäßiger Wahlmethoden das ungarische Volk ausbeutet und drangsalziert.

Erst am Tage zuvor, am zehnten Jahrestag von Trianon, hat das ungarische Parlament bewegliche Klage geführt gegen die zum Teil unbestreitbaren Ungerechtigkeiten dieses Friedensdikts. Wortführer der Ungarn war in dieser historischen Trauerfeier derselbe Graf Apponyi, der — im Gegensatz von Bethlen — europäisches Ansehen erlangt hat und der erst kürzlich unter dem stürmischen Beifall der ihm sonst nicht nahestehenden bürgerlichen Linken und Sozialdemokraten die Demokratisierung Ungarns und außerdem das freie, geheime Wahlrecht als eine unerlässliche Notwendigkeit gefordert hat.

Ohne die moralische und politische Unterstützung der europäischen Demokratie wird Ungarn niemals die Revision der Ungerechtigkeiten von Trianon erreichen können. Und ohne eine Abkehr vom gegenwärtigen antidemokratischen Bethlen-Kurs wird Ungarn niemals die Unterstützung der europäischen Demokratie gewinnen.

Gandhi sah am Mittwoch einen Monat im Gefängnis. Die Bevölkerung feierte diesen Tag mit einem religiösen Streik. Große Prozessionen durchzogen am Donnerstag die Stadt. In 30 Fabriken haben 65000 Arbeiter einen einseitigen Proteststreik durchgeführt.

Schober enthüllt.

Zur Vorgeschichte des Entwaffnungsgesetzes.

Wien, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ und das sozialdemokratische „Kleine Blatt“ wurden am Donnerstag wegen einer Besprechung des Regierungsentwurfs über die Arbeitslosenversicherung von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Im Justizauschuß des Nationalrats, der am Donnerstag mit der Beratung des Entwaffnungsgesetzes begann, erklärte

Dr. Deutsch

zu den Zeitungsberichten, die Regierung verlange mit dem Entwaffnungsgesetz, daß man zu ihr Vertrauen haben solle. Eine Regierung aber, die die Beschlagnahme der sozialdemokratischen Zeitungen verfügt habe, könne auf kein Vertrauen rechnen. Deutsch verlas dann die beschlagnahmten Stellen und erklärte, daß seit einem Vierteljahrhundert keine Konfiskation einer Zeitung wegen einer, wenn auch noch so scharfen Kritik einer Regierungsmaßnahme erfolgt sei. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kündigte Deutsch zu dem Entwaffnungsgesetz zahlreiche Abänderungsanträge der Sozialdemokratie an, die eine wirkliche innere Abrüstung, wie sie von der Sozialdemokratie seit 1924 immer wieder verlangt werde, herbeiführen sollen.

Bundeskanzler Schober

führte aus: „Ich verhehle nicht, daß der Zustand, in dem sich unser Vaterland im Sommer vorigen Jahres befunden hat, im Ausland Empfindungen wachrief, die beinahe dazu geführt haben, daß eine Anleihe für Oesterreich nicht besonders empfehlenswert gewesen wäre. Ich bin wenige Tage vor dem Amtsantritt meiner Regierung davon verständigt worden, daß sich maßgebende Kreise des Auslandes an ihre Regierungen (an die französische und englische Regierung) mit der Bitte gewandt haben, in Oesterreich zu intervenieren und die Gefahren, die vom Zentrum Europas aus auch die umliegenden Staaten zu bedrohen schienen, rechtzeitig anzuwenden.“

Der Antritt meiner Regierung hat dann dazu geführt, daß diese Interventionen nicht erfolgt sind. Wohl aber haben die auswärtigen Regierungen bei mir stündliche Vorstellungen erhoben. Noch nach der Verfassungsänderung sind auswärtige Regierungen mit Ratschlägen an mich herantreten, und zwar mit

überhöflichen Vorstellungen, man möge doch in Oesterreich eine Garantie schaffen, damit die Regierung nicht immer mit einem solchen Aufgebot von Mady und Kosten die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande besorgen müsse. Auf der Haager Konferenz ist dieser Fragenkomplex gleichfalls in privaten Gesprächen erörtert worden. Auch da wurde warnend aufmerksam gemacht, daß namentlich die finanziellen Kreise des Auslandes den Zuständen in Oesterreich ihre gesteigerte Aufmerksamkeit zuwenden, und daß die gegenwärtige Regierung zwar Vertrauen besitze, aber doch gut daran täte, noch immer fortbestehende Unbeliebtheiten gründlich zu beseitigen. Auf diese Erklärung hin habe ich zunächst jede Bindung abgelehnt und die Herbeiführung anderer Zustände für eine innere Angelegenheit Oesterreichs zu erklären versucht. Trotzdem hat sich in mir selbst durch alle diese wiederholten Gespräche, Ermahnungen und diplomatischen Anfragen die Meinung befestigt, daß besonders, wenn Oesterreich als ein freier Staat an das internationale Kapital herantreten muß, um eine Anleihe zu bekommen, die Vertrauensfrage eine noch viel größere Rolle spielt, als dies beispielsweise bei der Bitterbundsanleihe der Fall war, wo die auf die einzelnen Länder entfallenden Tranchen von den Skripten garantiert waren. So ist in mir der Plan gereift, die schon bestehenden Gesetze durch das jetzt vorliegende Waffenpatenzgesetz zu ergänzen, und ich habe die jetzige Fassung gewählt, weil ich selbst die Verantwortung für die Entwaffnungsaktion ausdrücklich übernehme. Besonderen Wert lege ich darauf, daß mit dem Wort „der Bundeskanzler“ aller Welt gezeigt wird, daß in Zukunft nicht mehr die Landesoberhäupter darüber zu befinden haben, wer Waffen tragen und wer sie nicht tragen darf. Inzwischen ist mir offiziell mitgeteilt worden, daß sich die österreichische Anleihe nunmehr unmittelbar an die deutsche Anleihe anreihen wird.“

Das ist alles ganz interessant und beweist, welche ungeheuren Gefahren auch für die wirtschaftliche Entwicklung Oesterreichs in dem Treiben der Heimwehren liegt — aber eine Rechtserklärung für die habsburgische Methode der Beschlagnahme sozialdemokratischer Zeitungen wegen der Kritik an einer Regierungsmaßnahme ist das nicht. Diese Maßnahme zeugt vielmehr von der Parteilichkeit der Regierungsorgane gegen die Verteidiger der Demokratie und der Arbeiterklasse und ist nicht geeignet, das Vertrauen des Auslandes in die Schober-Regierung zu steigern.

Ostfinanzierung auf dem Papier.

Eine Ergänzung zum Haushaltsgesetz 1930.

Dem Reichsrat ist eine Ergänzung zum Haushaltsgesetz für 1930 zugegangen, in der die Mittel für das Ostprogramm, soweit es aus den einzelnen Etats finanziert werden soll, angefordert werden. Die Mittel zur Finanzierung des Ostprogramms sind im Kriegskostenetat zusammengefaßt.

Sie betragen insgesamt 127,3 Millionen.

Kußerdem werden noch im Etat des Ministeriums für die besetzten Gebiete Fonds erhöht, die der Subventionierung der notleidenden Gebiete im Westen dienen sollen. Im einzelnen steigen die Ausgaben für kulturelle Fürsorge im besetzten Gebiet von 2 Millionen auf 2,5 Millionen und die Ausgaben für die Saargänger von 3 Millionen auf 7,5 Millionen. Dazu ist der sogenannte Westfonds in Höhe von 20 Millionen auf das Ministerium für die besetzten Gebiete übertragen worden. Durch diese Verstärkung der Mittel des Ministeriums für die besetzten Gebiete wird die Aufhebung dieses Ministeriums am 1. Oktober 1930, wie sie im bisherigen Etat vorgesehen ist, wieder in Frage gestellt. Damit ist die Regierung auch die Sorge los, sich um eine andere Unterkunftsmöglichkeit für Herrn Treviranus bemühen zu müssen.

Die Finanzierung der Mehrausgaben in Höhe von 102 Millionen, die durch den Ergänzungshaushalt entstehen, wird auf dem Papier mühelos vorgenommen, indem in den verschiedensten Etats Streichungen durchgeführt werden. Es fallen fort: von der werterfassenden Arbeitslosenfürsorge 10 Millionen Mark (Begründung: daß man für die werterfassende Arbeits-

losenfürsorge demnächst eine Kollaboration durchführen werde), und von den Mitteln für das landwirtschaftliche Siedlungswesen 25 Millionen abgestrichen (Begründung: daß es voraussichtlich gelingen werde, auch für diese Zwecke Dauerkredite auf dem privaten Kapitalmarkt zu erhalten). Ferner wird der Tilgungsfonds für die schwebende Reichsschuld, den die Regierung im Etat 1930 auf 515 Millionen festgesetzt hatte, um 10 Millionen vermindert (Begründung: daß im Etatjahr 1929 10 Millionen Mark weniger für die Westhilfe ausgegeben worden seien, wodurch sich das zu tilgende Defizit des Etats für 1929 entsprechend vermindere). Weitere 32 Millionen werden dadurch gewonnen, daß im Kriegskostenetat bestimmte Ansätze fortfallen, weil ihre Zwecke in den neuen Ansätzen des Ergänzungsetats mit enthalten sind.

Die noch fehlenden 40 Millionen erscheinen auf der Einnahmeseite des Haushalts der besetzten Gebiete in Form des Ertrages aus der Veräußerung des reichseigenen insbringenden Grundbesitzes im besetzten Gebiet.

Der Eingang der 40 Millionen soll dadurch sichergestellt werden, daß die dem Reich gehörende Deutsche Post- und Bodenbank den Besitz des Reiches im besetzten Gebiet hypothekarisch entsprechend beleiht. Sehr reich ist, daß heute im Etat nur noch mit einem Ertrag von 40 Millionen für die Verwertung des Grundbesitzes im besetzten Gebiet gerechnet wird, während noch vor einem Monat gesagt wurde, das ganze Programm lasse sich mit Leichtigkeit aus dem Ertrag der Liquidation des Reichsgrundbesitzes im besetzten Gebiet finanzieren.

Gesetzesarbeit im Reichsrat.

Einspruch gegen den Entwurf zum Postfinanzgesetz.

Der Reichsrat genehmigte in seiner gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Zweigert eine Verordnung des Reichsfinanzministers über Änderungen der Ausführungsbestimmungen zum Zündwarensteuergesetz ohne Aussprache und beschäftigte sich dann eingehender mit dem Entwurf des Milchgesetzes.

Der Gesetzentwurf über die Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmungen wurde genehmigt, nachdem der Berichterstatter darauf hingewiesen hatte, daß seit dem Kriege über 1600 neue Baugenossenschaften entstanden seien und daß ein gewisser Schutz für die Bezeichnung der Gemeinnützigkeit gegeben werden müsse.

Den Ausschlußbericht über den Gesetzentwurf zur Änderung des Reichspost-Finanzgesetzes, der im Reichstag angenommen ist, erstattete der Stellvertretende Reichsratsbevollmächtigte für Braunschweig, Dr. Boden, den Ausschußbericht. Der Berichterstatter wandte sich gegen die in dem Entwurf vorgesehene Erhöhung der Mitgliederzahl des Verwaltungsrates der Reichspost von 40 auf 41 Personen. Die Erhöhung der Mitgliederzahl auf die Forderung einer neugebildeten Reichspartei hin, die gleichfalls durch ein Mitglied im Verwaltungsrat der Reichspost vertreten sein sollte, müsse ernste Bedenken erregen, da gerade jetzt das Bestreben dahin gehe, die Zahl der Sitze im Parlament und in allen ähnlichen Gremien zu vermindern. Auch sei in dem Ausgabekontingentsgesetz vorgezogen, den Verwaltungsrat der Reichspost auf die Hälfte der Mitgliederzahl herabzusetzen. Der Berichterstatter beantragte gegen diesen Gesetzentwurf Einspruch zu erheben, was einstimmig beschlossen wurde. Es folgte sodann eine Aussprache über die Mittelungen des

Reichsfinanzministeriums zu dem Verkauf von reichseigenen Grundstücken in Mainz, sowie ein Bericht über die Durchführungsbestimmungen für die Mineralwassersteuer.

Der Krach beim Stahlhelm.

Stadler gegen Brauweiler.

Das Organ des Stahlhelm enthält in seiner neuesten Nummer folgende Erklärung des politischen Referenten und Beauftragten des Stahlhelm Dr. Heinz Brauweiler:

„Ein Mitglied des Bundesvorstandes des Stahlhelms hat gegen mich wegen meiner Tätigkeit als Leiter der Abteilung Ia des Bundesamts Angriffe gerichtet. Um eine reifliche Klarstellung über die Berechtigung dieser Angriffe zu erreichen, habe ich eine ehrengerichtliche Unternehmung gegen mich beantragt. Ich bin der Bundesführung dankbar, daß sie meinem Antrag entsprochen hat. Gemäß Paragraph 8 der Ehrenstatutenordnung des Stahlhelms bin ich bis zur Erledigung des Verfahrens von meinem Posten zurückgetreten. Nach dem Abschluß des ehrengerichtlichen Verfahrens liegt die weitere Entscheidung bei den Herren Bundesführern.“

Diese Erklärung wirkt auf die inneren Zustände im Stahlhelm ein bezeichnendes Licht. Sie zeigt zugleich, wie weit der Konflikt zwischen dem im Stahlhelm um den Einfluß kämpfenden Richtungen Selde und Düsterberg bereits gediehen ist. Brauweiler, gegen den sich das Ehrenverfahren richtet, gehört zur Richtung Selde. Stadler, der das Verfahren durch heftige Angriffe gegen Brauweiler veranlaßt hat, zählt zur Richtung Düsterberg und ist einer ihrer einflussreichsten Inspiratoren. Sein Kampf gilt weniger der Person Brauweilers als der Richtung, an deren Spitze Brauweiler und Selde stehen.

Nazi-Kommunistisches.

Bereiter Sturm gegen die Gewerkschaften. — Stroßer gegen Hugenberg.

„Gewerkschaften für Hungerdiktat! — In der Konferenz zwischen Industrie und Gewerkschaften stimmten diese dem von Erfüllungsratung und Young-Kapitalismus verlangten Lohnabbau zu. — Ungeheurer Verrat der Gewerkschaften. — Vertrag Hugenbergs mit Borfig für Lohnabbau und Unterstützungsgraub. — Nacht-Schlaf mit den Verbrechern! — Ein ungeheurer Anschlag wird hier von den Ausbeutern und ihren Lakaien versucht. — Aus diesen Mitteilungen ergibt sich klipp und klar, daß die Gewerkschaften bereit sind, das Hungerdiktat anzunehmen, ohne auch nur den Versuch eines Kampfes zu machen.“

Die vorstehenden Worte stammen teils aus der Zeitung „Der Nationale Sozialist“, teils aus der „Roten Fahne“. Wir überlassen es dem Scharfsinn unserer Leser, zu unterscheiden, was von ihnen kommunistischen und was nationalsozialistischen Ursprungs ist. Leicht wird das gewiß nicht sein, denn die Beschönigungen in der Art sich auszudrücken, sind schon so gut wie unmerklich.

Die Verhandlungen zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften, die von Unternehmenseite angeregt worden waren, und denen sich die Gewerkschaften selbstverständlicherweise nicht entzogen, sind bekanntlich zu keinem Abschluß gelangt. Schon darum ist es vollendeter Unsinn, zu behaupten, die Gewerkschaften hätten einem Abbau der Löhne und der sozialen Leistungen zugestimmt. Wäre das richtig, was die Nazi-Kommunistische Tagesmeute behauptet, dann hätte es zweifellos schon am Mittwoch zu einem Abschluß kommen müssen; denn wenn die Gewerkschaften bereit gewesen wären, Lohnabbau und Leistungsabbau zuzugestehen, dann wären ja die Unternehmer Götter gewesen, wenn sie nicht abgeschloffen hätten.

Natürlich kann auch an der Politik der Gewerkschaften Kritik geübt werden. Aber diese Kritik wird, wenn sie sachlich bleiben will, von der Voraussetzung ausgehen müssen, daß die Gewerkschaften den Willen haben, Löhne und Sozialleistungen zum mindesten in der bisherigen Höhe aufrecht zu erhalten. Von dieser Voraussetzung ausgehend, mag man prüfen, ob die Gewerkschaften zur Erreichung ihres selbstverständlichen Zieles die richtigen Mittel gebraucht haben. Wer aber unterstellt, daß den Gewerkschaften Lohn- und Leistungshöhe gleichgültig seien, ja vielleicht sogar, daß sie an ihrer Herabsetzung ein sadistisches Vergnügen empfänden, der übt nicht Kritik, sondern er verleumdet und spekuliert auf die Dummheit unkritischer Leute, die jeden Schwindel glauben.

In dieser Richtung der Verleumdung sind Nationalsozialisten und Kommunisten vollkommen einig. Wenn man zwei Artikel ihrer beiderseitigen Presseorgane ineinanderschleibt, vermag niemand mehr zu erkennen, wo der Kommunismus anfängt, wo der Nationalsozialismus anfängt.

Einen Unterschied gibt es allerdings immer noch. Während nämlich die Kommunisten nur einen Feind kennen, die Sozialdemokratie, schlägt das Berliner Nazi-Blatt nach den verschiedensten Seiten und schon dabei — trotz Hitler! — selbst den großen Hugenberg nicht. Anstatt zu einer neuen Fehde gibt das allerdings mehr als sonderbare Verlangen der Hugenberg-Verlage, der „Nationalsozialist“ solle den roten Strich auf seiner ersten Seite verschwinden lassen, weil seine Verwendung ein Monopol der Hugenberg-Verlage wäre! Das Stroßer-Blatt nimmt das zum Anlaß, Hugenberg noch einmal seine jüdischen Mitarbeiter vorzuwerfen und zusammenfassend zu erklären:

Wir behalten uns gleichzeitig vor, einmal in die Hugenbergsche Presseplantaže etwas hineinzuleuchten, eine Prognose, die wir bisher auf Grund des sehr unläubigen Stoffes, deren Aufrollung wir den nach anfänglichen Elementen in der DNB, gern erspart hätten, unterließen. Ihr werdet euch wundern, Herrschaften!

Da hört man deutlich die Rennerer Töne. Trotz alledem erzählt man aus dem nationalsozialistischen Blatt, daß es auch bekämpfenswerte Kapitalisten gibt. Das haben die Leser der kommunistischen Presse, die nur nach die Sozialdemokratie als Feind kennt, längst vergessen!

Was in Bayern möglich ist.

Reichsbetriebe fliegen zum Naziaufmarsch.

Am 11. Mai 1930 fand in Ingolstadt ein nationalsozialistischer Aufmarsch statt. Aus diesem Anlaß hat die Deutsche Spinnerei-Maschinenbau-Aktiengesellschaft, ein Betrieb der Deutschen Werke, also ein reichseigenes Unternehmen, ihre Gebäude besetzt. Als deshalb der „Ingolstädter Anzeiger“ dieses Unternehmen wegen seiner ungläubigen Handlungsweise öffentlich zur Rede stellte, antwortete für den Vorstand in Ingolstadt ein Herr Lorlewyn, daß das Werk „bisher stets Flaggenschmuck angelegt hat, wenn die öffentlichen Gebäude der Stadt besetzt wurden“. Das Werk hätte keine „Veranlassung (!), unsere diesbezügliche Anordnung zu ändern“.

Wegen dieses Vorfalls wurde namens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Abgeordnete Dr. Herz bei dem Geheimrat Dr. Lentzmann, dem Generaldirektor der Vereinigten Industrieunternehmen H. G., in Berlin vorstellig und erhielt unter dem 20. Mai folgenden interessanten Befehl:

„Ich habe die Angelegenheit sofort untersucht. Es stellt sich heraus, daß bei dem Ingolstädter Werk seit vielen Jahren die Beflogenheit besteht, sich bei der Besetzung dem Vorgehen der Stadt anzuschließen, um allen Schwierigkeiten in dieser Frage aus dem Wege zu gehen. In Befolgung dieser Beflogenheit ist, wie ich jetzt erfahre, auch bei der genannten Gelegenheit, da von den öffentlichen Gebäuden der Stadt entsprechend einem Befehl des Stadtrates Flaggenschmuck angelegt wurde, mitgeflogen worden. Die Gesellschaft ist von mir darauf hingewiesen worden, daß ich das Verfahren trotz der Berufung auf den Befehl der Stadtverwaltung für einen groben Mißgriff halte. Ich habe das Erforderliche veranlaßt, daß künftig solche Mißgriffe nicht wieder vorkommen. Wir haben den Vorstand zum Anlaß genommen, um von der Frau aus an unsere Tochtergesellschaften ein Rundschreiben zu richten, damit wir künftig vor derartigen Mißgriffen bewahrt bleiben.“

Der Konzernleiter hat in diesem Fall die Ingolstädter Direktoren (hat) gerügt. Er sollte aber diesen unerhörten Vorgang, der mehr als ein bloßer Mißgriff ist, zum Anlaß nehmen, und den einzelnen Werksleitern klar machen, daß künftig derartige „Mißgriffe“ nicht nur mit einem Ruffel geahndet würden.

In Belgien haben die Einziehungen der in diesem Jahr Dienstpflichtigen begonnen. Dabei hat sich ergeben, daß von den bisher Einziehungen 22 650 entsprechend der gesetzlichen Bestimmung das flämische als Muttersprache verlangen, 18 163 das französische, 265 das Deutsche. Im Kreis Brüssel fordern 2800 Dienstpflichtige die französische und 2150 die flämische Sprache.

Pfingsten.



Ueber Thüringen wurde in diesem Jahre ein ganz besonderer Geist ausgegossen!

Macdonald gegen die Zweifler.

Eine Rede vor dem Frauenkongreß der Labour Party.

London, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Am Jahrestag des Regierungsantritts des zweiten Kabinetts der Labour Party sprach Macdonald vor etwa 1200 Frauendelegierten der Arbeiterpartei.

Ohne sich der von der Labour-Regierung verrichteten Arbeit zu rühmen, verwies Macdonald auf die Weltwirtschaftskrise, die der Regierung eine ungeahnte Fülle neuer Probleme und Schwierigkeiten entgegengeschleudert habe. Heutzutage sei die Macht des Finanzkapitals größer als die der produktiven Industrie, und diese wiederum drohe vollständig in die Hand spekulativer Bankiers zu fallen. Diese Wandspare und das Jonglieren des Kapitals in Börsenspielen könnten leicht zu den gleichen finanziellen Katastrophen führen, von denen Amerika in der letzten Zeit heimgekehrt worden sei. Es sei durch unverantwortliche Desperados eine Situation geschaffen, die nicht die Interessen der Nation im Auge hätte, sondern nur ihre eigenen.

Ich will nicht behaupten, „so fuhr Macdonald fort,“ daß die Arbeiterregierung die der Nation geschlagenen Kunden sofort helfen kann. Aber soweit ich gewiß, daß ohne die Labour-Regierung die Arbeitererschaft viel schlimmer dastünde. (Stürmischer Beifall) Die Labour-Regierung kann keine Quadrupelpolitik

treiben, um billigen Beifall zu ernten. Das Verlangen der bürgerlichen Gegner, den Inlandsmarkt zu stärken, ist nur möglich, indem man die Kaufkraft der arbeitenden Masse erhöht. Wir wollen nicht unsere Anhänger in den Krieg führen, der mit einem Schlage alle Fragen lösen müßte, aber wir führen sie in einen Kampf, der Schritt für Schritt, Stufe für Stufe ausgetragen werden muß. Wir haben von Anfang an gewußt, daß unser Leben zu kurz ist, um die Lösung des Problems, an dem wir jetzt gemeinsam arbeiten, zu Ende zu bringen. Es ist das gleiche Problem, vor das das Volk Israel gestellt war. Wie dieses Volk, so müssen auch wir ein neues Land erobern. Diejenigen, die uns anklagen, sie im Stiche gelassen zu haben, ob sie nun von rechts oder vom extremen linken Flügel kommen, sind keine Rebellen. Sie sind einfach Schwächlinge, die am Wege liegen bleiben. Aber diejenigen, die mit uns kämpfen und aus jeder Niederlage neue Kraft schöpfen, haben den wahren Glauben und geben sich ganz dem Kampf für die gerechte Sache hin. Ich betrachte die Ergebnisse des ersten Jahres unserer Regierung mit nüchternen Augen, als ein gutes Omen für die nächsten zwölf Monate, von denen ich weitere Erfolge erwarte.“

Macdonalds Ausführungen wurden mit großem Jubel entgegengenommen.

Der gotteslästerliche Hasenclever.

Polizeiliches Vorgehen gegen die Wiener Volksbühne.

Wien, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Heute abend fand in der Wiener Volksbühne die Aufführung des Stückes „Ehen werden im Himmel geschlossen“ von Walter Hasenclever statt. Nach Schluß des ersten Aktes kamen Polizeibeamte zum Spielfeuer und erklärten, daß sie gegen den Verfasser des Stückes und gegen den Darsteller des lieben Gottes sowie gegen die Darstellerin der heiligen Magdalena Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Gotteslästerung erstatten werden. Das Stück wurde weitergespielt, die Anzeige ist inzwischen tatsächlich erfolgt.

Agrarpolitischer Schulungskursus.

Studienfahrt durch Brandenburg—Orensmar—Pommern.

Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet zusammen mit der agrarpolitischen Zentralkommission in der Zeit vom 25. Juni bis 11. Juli einen agrarpolitischen Schulungskursus mit anschließender Studienreise in die wichtigsten landwirtschaftlichen Gebiete der Provinz Brandenburg, Orensmar und Pommern.

Die Veranstaltung beginnt mit einem Einführungskursus in Berlin, der vom 18. bis 20. Juni dauert und die folgenden Fragen behandelt: „Unser Agrarprogramm“, „Die landwirtschaftliche Lage in Deutschland“, „Die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Brandenburg, der Orensmar und Pommern“, „Die nationalwirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Fragen des deutschen Ostens“. Vorgesprochen ist ferner ein Besuch beim Deutschen Landarbeiterverband mit Informationen über die Lage und organisatorischen Verhältnisse der Arbeiter. Ebenso erfolgt eine Besichtigung der städtischen Güter Berlins.

Der Schulungskursus dient der Einführung in die zweiwöchige Studienreise, die den Teilnehmern einen Einblick in die landwirtschaftlichen Verhältnisse und die wichtigsten Betriebsformen vermitteln soll, um ihnen vielseitige Anregungen für die Landagitation zu geben. Vorgezogen sind u. a. folgende Besichtigungen:

Provinzialgut Oberleichenhof und Funktion bei Rauen, staatliches Gehöft und Dehlandkulturen bei Reustadt a. d. Döffe, Provinzialgut Staatsdomäne Goldbeck, Heilanstalt der Landesverwaltung in Hoheneck bei Rheinsberg, Betriebe der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Schwabebus, Landarbeiterfiedlungen, Provinzialgut sowie die Landesirrenanstalt in Odraswalde (Orensmar), landwirtschaftliches Verlehrs- und Forstungsinstitut in Landsberg a. d. Warthe, Kutschahrt durch die Grenzgebiete mit Besichtigungen und Studium der Grenzverhältnisse nach Schneidemühl, Besichtigung von Staatsdomänen und ihrer Einrichtungen, von Landarbeiter-

wohnungen, landwirtschaftlichen Klein- und Großbetrieben sowie eines alten Bauerndorfes mit Siedlungen in Pommern.

Die Leitung der Reise haben die Genossen Dr. Wilbrand und Dr. Bohl übernommen. Außerdem stehen bei allen Besichtigungen örtliche Führer zur Verfügung. Die Veranstaltung wird als Arbeitsgemeinschaft durchgeführt. Den Teilnehmern bietet sich Gelegenheit, durch unmittelbaren Einblick in die landwirtschaftliche Produktion, durch sachkundige Beratung und gemeinsame Aussprache die landwirtschaftlichen Verhältnisse kennenzulernen und zu den wichtigsten Problemen Stellung zu nehmen.

Ein ausführlicher Plan mit den näheren Bedingungen ist unentgeltlich durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit Berlin zu beziehen.

Das Gesicht der Hugenberg-Partei.

Gezeichnet von ihr selbst.

Der rechtsradikale Verlag J. F. Lehmann in München verachtet folgenden Wochenschrift:

„In dem soeben erschienenen Juniheft der bekannten Monatschrift „Deutschlands Erneuerung“ unterzieht Oberfinanzrat Dr. Bang, M. d. R., die Politik der letzten 10 Jahre einer vernichtenden Kritik. An hand unlegbarer Tatsachen zeigt er klar und deutlich, daß es eine Politik der Lüge, der Hintergehung des deutschen Volkes war, eine Politik der zielbewußten Selbstverleumdung, die nur auf den Ausgleich widerstreitender Interessen zwischen unseren Feinden gerichtet war, anstatt Rechtsansprüche geltend zu machen. So ist auch die Räumung des Rheinlandes mit immer neuen Opfern, über den Vertrag von Versailles hinaus, eingehandelt worden. Die Ausführungen von Oberfinanzrat Bang sind eine schwere Anklage gegen unsere Regierung, durch deren Schuld wir dem internationalen Kapitalismus ausgeliefert wurden, die uns selbst in das Elend der Sklaverei stieß. All das war nur möglich durch eine systematische Täuschung des deutschen Volkes.“

So behen sie seit 10 Jahren, so verleumben und beschimpfen sie jede republikanische Regierung — die Regierung Brüning nicht ausgenommen.

Seltener Tarif.

Herr Gnebbels muß für die Beleidigung des Reichspräsidenten 800 Mark bezahlen. Ein Händler in Regensburg soll sechs Monate ins Gefängnis, weil er in der Trunkenheit zwei Polizeibeamte beleidigt hat. Begründung des Regensburger Urteils: die Beleidigung der Beamten offenbare eine staatsfeindliche Gesinnung, die Vertreter der Staatsautorität mißhandeln mußte.

Also kommt die Autorität des Reichspräsidenten noch nicht entfernt der eines bayerischen Schulmannes gleich?

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Freitag u. Sonnabend billige Lebensmittel

Sowohl Detail, Mengenabgabe vorbehalten. Fische, Obst u. Gemüse werden nicht zugesandt.

Hühner
gefroren
Pfd. v. **82 Pf.**
an

Hühner
frisch geschlachtet
Pfund von **108**
an

Brathähnchen
(Junge)
Stück von **120**
an

Junge Gänse
Pfund von **135**
an

Reh-Ragout Blatt
25,90 Pf.

Rehkeule
u. Rücken **170**
Pfund an

Leb. Aale
u. Schleie **120**
Pfund an

Matjesheringe
(neue) **25 Pf.**
2 St. von an

Frisches Fleisch

Suppenfleisch . . . Pfund 0.78	Hammelvorderfl. Pfd. 1.08
Gulasch Pfund 0.98	Schweinerücken Pfund 1.04
Rinderkamm u. Brust Pfd. 0.88	Schweineschinken 1.14
Schmorfleisch 1.10 Kn. 1.32	u. Kamm Pfund 1.14
Roastbeef m. Knochen Pfd. 1.10	Liesen Pfund 0.65
Kalbskamm u. Brust Pfund 0.94	Gehacktes Pfund 0.85
Kalbsnierenbraten 1.00	Kahler mild gesalzen, Pfund 1.28
Kalbskeule ganz od. gef. bis 9 Pfd., Pfd. 1.08	Nierentalg ausgef., Pfund 0.50
Kalbsschnitzel . . . Pfund 2.20	Rinderkamm und Brust, gefroren, Pfd. 0.84

Wurstwaren

Dampf- u. Rotwurst 0.96	Zerelat u. Salamipfd. 1.70
Leber- u. Fleischwurst 1.20	Feine Leberwurst Pfd. 1.80
Jagd- u. Meßwurst Pfd. 1.40	Teewurst Pfd. 1.80
Bierwurst Pfund 1.50	Speck fett 1.00 mager 1.30
Filetwurst Pfund 1.70	Schinkenspeck 1.90 1 Pfund Stück ca. 2 Pfund
Schinkenpolnische . 1.70	Nußschinken 2.10

Käse u. Fett

Camembert vollfett, Schachtel 0.20	Edamer u. Holländer 0.90
Limburger 0.36 vollfett, Pfund 0.78	Bayr. Schweizer vollfett, Pfd. 1.38 an
Brikkäse Pfund 0.60	Margarine Pfund 0.50 0.58
Tilsiter vollfett, Pfd. von 0.72 an	Kokosfett 1 Pfund Tafel 0.50
Dän. Schweizer $\frac{1}{2}$ fett 0.80	Molkereibutter Pfund 1.36
Steinbuscher vollfett, Pfd. 0.80	Tafeibutter Pfd. 1.42 1.48

Konserven

Pflaumen 0.60 $\frac{1}{2}$ Dose 0.75	Gem. Gemüse mittelfein 1.10
Mirabellen 0.95	Jg. Erbsen fein $\frac{1}{2}$ Dose 0.70 1.20
Kirschen saure 0.95 $\frac{1}{2}$ Dose 1.25	Kaiserschoten 1.65
Pflirsche Kalifornische . . 1.45	Heringe Norweg. in Tomaten, Dose 0.70
Fruchtsalat Kalifornischer 1.95	Olardinen Franz. Dose 0.70 1.05
Sellerie $\frac{1}{2}$ Dose 0.63 1.05	Corned Beef . . . Dose 0.95
Karotten extra klein . . . 0.88	Würstchen Dose 5 Paar 0.90
	Touristen-Konserven

Obst u. Gemüse

Stachelbeeren unreife, Pfund 0.15	Tomaten Algier. . . Pfund 0.38
Tafeläpfel austral., Pfund 0.58	Salat 3 Kopf 0.10
Rhabarber 3 Pfund 0.12	Radieschen . . . 4 Bund 0.10
Kohlrabi Mandel 0.20	Grüne Gurken Stck. v. 0.20 an
Blumenkohl Kopf von 0.25 an	Mohrrüben Holländer, großes Bund 0.36
Junge Schoten 2 Pfund 0.45	

Kolonialwaren

Tafelreis . . . Pfund 0.27 0.34	Weizengrieß . . . Pfund 0.30
Hartriegel Pfund 0.34	pudding-Pulver Van.- u. Mand.-Geschm., Pfd. 0.55
pudding-Pulver Schokolade-Geschmack, Pfd. 0.74	Vanille-Sauc.-Pulv. 0.74
Rote Grütze . . . Pfund 0.68	Pflaumen . . . Pfund 0.50 0.70
Gem. Backobst 0.58 0.68	Kal. Aprikosen 0.82 0.98

Fische

Schellfisch Pfund 0.14	Kabeljau gr. Fische, Pfd. 0.14 an
Seelachs u. Rotbars 0.20	Bratschollen . . . Pfund 0.20
Kabeljau-Filet . Pfund 0.28	Zander gefroren, Pfund 0.60 an

Räucherwaren

Schellfisch Pfund 0.32	Seelachs in Stücken . Pfd. 0.38
Fettbücklinge Pfund 0.35 an	Flundern Pfund 0.38 an
Lachs in Stücken . Pfund 1.30 an	Aale Pfd. 2.80 an, Bund 0.30 an

Gebrannter Kaffee

Konsum- } Sorte II Pfd. 2.10	Sonder-Mischung Pfd. 3.20
Mischung } Sorte I Pfd. 2.40	Olympia-Mischung 3.60
Haushalt-Mischung 2.80	Globus-Mischung Pfd. 3.80

Wein

1929 Oberhaardter Tisch- u. Bowlenwein 0.73	1928 Ockfener Geisberg Orig.-Abfüllung Gymnasium in Trier, feine Natursäure . . 1.60
1929 Dürkheimer (Portugieser), roter Tischwein 0.80	1927 Liebraumilch (rote Kapsel) 1.80
1929 Freilaubersheimer süßlig 0.90	Fruchtschaumwein mit Steuer u. Flasche 1.20
1928 Obermoseler 1.00	Spezial-Cuvée feiner Traubensekt, m. Steuer u. Fl. 4.00
1928 Niersteiner . . 1.40	Wein vom Faji besonders billig
1922 Chät. Raba blumiger Berdeaux 1.50	

Bananen
2 Pfund **98 Pf.**

Spargel
Pfund **10, 28, 65 Pf.**

Kartoffeln
(neue) 5 Pfund **75 Pf.**

Harzerkäse
Kiste **48 Pf.**

Spitzkäse
Kiste **48 Pf.**

Dän. Butter
Pfund **158**

Teewurst
(grobe) Pfund **185**

Zerelatw.
im Fettdarm Pfund **185**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeigen
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gürtler

Robert Wunderlich
geboren am 3. August 1881, am 4. Juni gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Dienstag, dem 10. Juni, nachm. 12¹⁵ Uhr, im Krematorium Baumjulenweg, Rietzholzstraße, statt.
Hohe Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
Am 21. Mai farb unser Kollege, der Maler

Hugo Schaumlöffel
geboren am 2. Dezember 1885.
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Am 30. Mai farb unser Kollege, der Mechaniker

Rudolf Görlich
geboren 20. Februar 1881.
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.
Über ihrem Sarg: Die Ortsverwaltung.

Nach langen, schweren, gebührend getragenen Leiden entschlief am Sonntag, dem 29. Mai, meine liebe, gute Frau

Sophie Kroll
geb. Schulz
im Alter von 63 Jahren.
Die trauernden Hinterbliebenen
Paul Kroll und Sohn
Berlin, Wriezener Straße 21.
Die Einäscherung findet am Freitag, dem 6. Juni, 19 Uhr, im Krematorium Gedächtnisstraße statt.

Danksagung.
Da es mir unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken für die herzliche Teilnahme beim Gelingen meines lieben Blannes

Hans Klingbeil
so spreche ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus.
Ww. Ella Klingbeil, geb. Ulrich und Ruth als Tochter.
Berlin, Amsterdamer Straße 13.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme anlässlich des Hinsterbens meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Fritz Dietrich
sage ich zum Besten und Bekannsten sowie dem Vorstand des Friedhofes und Heber des Friedhofes, dem Bestattungsoversee, der A. W. der S. D. und dem Metallarbeiterverband meinen besten Dank.
Ww. Marie Dietrich u. Angehörige

Warum erst da- u. dorthin laufen richtig ist's gleich bei **„Modern“** zu kaufen!

Die schönste Pfingstkleidung kaufen Sie bei uns billig auf **Teilzahlung** zu unseren statt bekannt günstigen Zahlungsbedingungen

Herren-Konfektion
Elegante Sakko-Anzüge Frühjahrs- Paletots und Ullier Sportanzüge, Hosen, Windjackets

Damen-Konfektion
Elegante Damen-Mäntel in allen Stoffarten Kostüme, Kleider, Komplett i. Wolle u. Seide i. Reisenanzugwahl

Mädchen- und Knaben-Konfektion
Teppiche, Gardinen, Lüftungstoffe, Wollwaren, Trikotasen, Oberhemden, Tisch-, Leib- und fertige Bettwäsche, Bettfedern, fertige Betten

Bademäntel Badeanzüge

MÖBEL
ohne Anzahlung 24 Monatsraten

Kompl. Schlafzimmern, Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Küchen (natursteinert. und weißlackiert)

Sämtliche Einzelmöbel
Polsterwaren, Metallbetten, Korbmöbel

Schuhwaren
in Reisenanzugwahl für Damen, Herren und Kinder

KAUFHAUS Modern

IM OSTEN: Dr. Frankfurter Str. 101 Ecke Krautstraße Am Strausberger Platz

IM SÜDEN: Köpenicker Damm 72 Ecke Lenestraße Nähe Hermann-Platz

Bis Pfingstmontag 10% Rabatt!

Siedlung Holländer Hoppegarten Parzellen

baureif! bequem! billig!

Verkaufsbüro: Niederfelder Straße, Ecke Poststraße, Fernruf: Neuenhagen 899.

Achtung Siedler!

Priort-Döberitz
Wohnparzellen, Gärtnereien, Mühnerfarmen
qm von 0.90 Mark an
Vorortverkehr

Bahnfahrt bis Priort (Wustermark-Ost umsteigen) oder bis Wustermark-Verschlebebahn, dann Fußweg durch Kolonie Elstal.

Verkäufer auf dem Gelände.
Sonntags Autofreifahrt
vom Verschlebebahnhof Wustermark

Zentralbüro: Dr. Ascher, Dr.-Ing. Runge
Berlin W 8, Französische Str. 17. Zentr. 529, 109 59.

Am 1. Pfingst-Feiertag
eröffne ich in der Siedlung

Priort-Döberitz
ein **RESTAURANT**

Beginn 9 Uhr **Gr. Früh-Konzert** Beginn 9 Uhr

Jeder alte und neue Siedler erhält ein Paket **Spargel oder Eier** vom Gut Priort gratis

WALTER CONRAD



Massenkitsch und Auktionschwindel

Bieter ihre Stimme. 87 M. ist das Höchstgebot, der biedere Provinzler ist der Sieger. „Bitte, den Herrn zur Kasse.“

Wildergerichte und „Kunstsalons“ schieben in der letzten Zeit wie Pilze aus der Erde hervor. Dem oberflächlichen Betrachter scheint ein Problem gelöst: die Not des bildenden Künstlers.

„Heute große Auktion“

verlünden Plakate am Eingang. Die Tür ist offen. Eine kleine Gruppe Menschen steht bereits um den Auktionator und lockt weitere Neugierige herein.



„Echt Oel, mit prachtvollem Goldrahmen“

Eine „Erho'ungspause“

Man sieht sich die Labendesther etwas genauer an. Doch die haben bereits gefühlt, daß etwas nicht in Ordnung ist.

produktionen. Diese für Dumme oder Ungebildete berechneten Erzeugnisse einer „Schmiede-beim-Heim-Industrie“ sind in den betreffenden Geschäften meist für 0,85 M. zu haben.

In zehn Minuten geht das Bieten und damit der Dummengang weiter. So primitiv ist der Mann aus der Provinz natürlich nicht mehr, daß er sein Geld Bauernjüngern im Kartenspiel überläßt.

Vollsbücherei in der Dunderstraße.

Zehntausend Bände. — Zwei vorbildliche Lesefläche.

Kürzlich wurde die Vollsbücherei in der Dunderstraße, die vor einem Jahr geschlossen worden war, neu eröffnet. Mit verhältnismäßig einfachen Mitteln, durch Farbmalerei und im sachlichen Stil gehaltenen Möbeln, wurde eine gute Wirkung erzielt.

In der ersten Etage sind zwei Lesefläche, in denen reichhaltige Literatur Berliner Tageszeitungen und mehr als 40 illustrierte Zeitschriften zur kostenlosen Verfügung stehen.

Vom Unglück verfolgt!

Gestern mittag wollte der 34jährige Kaufmann Lathar Pache aus der Fruchtstraße 61 seine 59jährige Mutter Amalie aus dem Bethanienkrankenhaus, in dem die alte Frau längere Zeit in Behandlung gewesen war, abholen.

Auf dem Neubau in der Landhausstraße 33/34 in Wilmersdorf stürzte der 56jährige Kutscher August Casper aus der Augustastraße 35 in Wilmersdorf in einen tiefen Schacht und brach sich das Genick. Er war sofort tot.

FREDRIK PARELIUS SCHWARZE LEGENDE

Warum erbat sich dieser Mann meine Gesellschaft? Wir saßen bei Tisch. Der Hauptmann befand sich in jener redseligen, etwas zu lebhaften Laune, die manchmal die Mauern durchbrechen kann, hinter denen Melancholiker und Verschlossene brüten.

Ueberanstrengung in dem mörderischen Klima, angeführt wird. Aber haben Sie schon mal erlebt, daß man Gram und Kummer als eigentliche und ursprüngliche Todesursache angegeben hat?

Ein hübscher, junger Mann, der auch sehr klug und schon recht erfahren zu sein wähnte, bat seine Freunde zu Gast. Denn er mußte verreisen, weit fort. Und so etwa sprach er zu der wunderschönen Frau, die seine Gattin war: „Siehe, ich liebe dich heute noch genau wie an dem Tage, wo du zum erstenmal mein würdest! Rein, sogar noch tausendmal mehr!“

Polizei — Diener des Volkes.

Zwei interessante Vorträge vor den Berliner Polizeioffizieren

Das Polizeiministerium veranstaltete als Abschluß eines Vortragszyklus eine Zusammenkunft der Berliner Polizeioffiziere, bei der Polizeimajor Andrae über die moderne Ausbildung des Polizeibeamten und der Pressechef der Berliner Polizei, Genosse Dr. Haubach, über „Polizei und Presse“ sprachen. Es war sehr erfreulich, daß man zu dieser Versammlung, der auch Polizeipräsident Jürgel, Polizeioberpräsident Dr. Weiß und Oberst Heilmannsborg beiwohnten, die Vertreter der Berliner Presse eingeladen hatte.

Major Andrae erklärte, daß man von den Beamten zwei innerlich voneinander verschiedene Leistungen verlangen müsse, nämlich Kollektivdisziplin und Individualdisziplin. Bei der ersten müsse die persönliche Fähigkeit der Unterordnung vorhanden sein, während bei der zweiten die Selbstsucht, eigenes Handeln und eigene kritische Entschiedenheit die Grundlagen bilden müßten. Es gelte, den Beamten als Diener der Gesamtheit zur Selbstkritik zu erziehen.

Anschließend sprach dann der neue Pressechef der Berliner Polizei Dr. Theodor Haubach über das Thema „Polizei und Presse“. Das Problem des Verhältnisses von Behörden und Publikum rühre an das Problem des staatlichen Lebens in der modernen Demokratie. Seine Ausführungen, mit denen er das gegenseitige Verständnis zwischen Polizei und Presse zu erreichen und zu vertiefen versuchte, dürften einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten von Behörde und Presse wertvolle Dienste geleistet haben. Keine Staatsform stelle sowohl an den Staatsbürger wie auch an den Staatsdiener so hohe Anforderungen wie die Demokratie. Als die vornehmste Aufgabe der Presse betrachtete er die Förderung des Zusammenarbeitens von Polizei und Presse, die beide die Pflicht hätten, dem Staat und der Gemeinschaft zu dienen. Den Ausführungen Dr. Haubachs schloß sich ein Schlußwort des Polizeipräsidenten an, der erklärte, man hoffe durch diese Veranstaltung das Bewußtsein verstärkt zu haben, daß die Polizei aufs höchste bestrebt ist, die ihr gestellten Aufgaben im Interesse der Volksgemeinschaft zu erfüllen.

Entführung eines Elfjährigen?

Vom Schutweg nicht wieder zurückgeführt.

Während das Verschwinden des Baumeisters Kurt Fabricius die Berliner Kriminalpolizei noch in hohem Maße beschäftigt, liegt seit gestern bei der Vermittlungszentrale des Berliner Polizeipräsidenten abermals eine Anzeige über einen vermißten 11jährigen Schüler vor.

Vorgestern ist der am 12. Dezember 1919 in Hannover geborene Schüler Willi Leuwarden, der bei seinen Pflegeeltern namens Brod in der Elsäßer Straße 39 wohnte, auf geheimnisvolle Weise verschwunden. Der Junge besuchte die 161. Gemeindeschule in der Georgenkirchstraße; weder in der Schule noch zu Hause ist etwas vorgefallen, womit sich das Verschwinden des Elfjährigen erklären läßt. Am Mittwoch früh ging Willi L. zur gewohnten Zeit von Hause weg, erschien aber nicht zum Unterricht und kehrte auch nicht wieder heim. Nach am selben Tage wurde mittags zwischen 12 und 13 Uhr am Alexanderufer am Humboldtthafen die Schultasche des Kindes gefunden. Kurze Zeit darauf ist der Junge nach ohne Karte von Leuten gesehen worden. Später wurden dann fast an derselben Stelle, wo die Tasche gefunden wurde, die Schuhe und Strümpfe des Verschwindenden gefunden. Mit allen Mitteln sucht die Polizei nun zu ermitteln, wo das Kind nach 13 Uhr eventuell in Begleitung nach gesehen worden ist; der Elfjährige war ein auffallend hübscher Junge und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß er entführt worden ist oder gar einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Bis gestern abend sind die polizeilichen Nachforschungen leider ergebnislos geblieben.

200 000 verhungerte Kinder.

Wie China durch den Krieg der Marzschälle leidet.

London, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Der von China nach London zurückgeführte Heilskommisssar Major Mackenzie berichtet schauerliche Einzelheiten über das Wüten der chinesischen Hungersnot. Allein im letzten Winter seien 200 000 Kinder an Hunger und Kälte gestorben. Chinesische Gatedienstler hätten, nach den dem Heilskommisssar bekanntgemachten Zahlen, 80 000 Frauen und Mädchen gegen Nahrungsmittel im Preise von drei Dollar pro Kopf eingetauscht.

Die Marzschälle führen Krieg. Das Wort des Dichters Horaz über wiederum Anwendung: Quidquid dolent reges, plebsque acervi Beglückten Wohlwoll der Fürsten, die Böiter, sie müssen ihn büßen.

Ein angekränkter Impfarzt.

Nachwirkungen des Lübecker Calmette-Skandals.

In der Mittwochssitzung der Lübecker Bürgerschaft lag ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag vor, der den Senat um Auskunft darüber bat, ob es zurechne, daß der staatliche Vertrauensarzt, Dr. Stoffer, in nicht ganz nüchternem Zustande öffentliche Impfungen vollzogen habe. Der Antragsteller behauptete, daß dieser Vorwurf einwandfrei festgestellt worden sei. Senator Mehrlein erwiderte, daß er nach dem Bekanntwerden der Vorfälle Dr. Stoffer sofort von weiteren Impfungen entbunden und die Angelegenheit dem Senat zur weiteren Entscheidung gemeldet habe. Dr. Stoffer habe auf seine Stellung als Impfarzt verzichtet, bestritte jedoch die Richtigkeit des ihm gemachten Vorwurfs. Eine Untersuchung sei eingeleitet worden.

Amtenhebung der Lübecker Merzle?

Der wach der Lübecker Calmette-Katastrophe gebildete Ausschuss der Bürgerschaft hat die Annahme des sozialdemokratischen Antrages auf Suspendierung der verantwortlichen Merzle Medizinalrat Altkrämer und Professor Denda bejaht. Der Beschluß bedarf zu seiner Gültigkeit noch der Zustimmung der Bürgerschaft.

Selbstmord eines Börsenvertreterers.

Gestern nachmittag hat der Börsenvertreter Emil Kunz in seinem Büro in der Bellevuestr. 13 Selbstmord durch Erhängen verübt. Er wurde von einem Angestellten am Schreibtisch tot aufgefunden. Nach den polizeilichen Ermittlungen sind wirtschaftliche Sorgen die Ursache des Verzweiflungsschrittes.

Scholk schweigt.

Der Herr Bürgermeister ist sehr bescheiden geworden.

In zwei Sitzungen des Städtischen Haushaltsausschusses wurde gestern zu der in der Berliner Oeffentlichkeit stark erörterten Angelegenheit der Berliner Verkehrs-Gesellschaft Stellung genommen, vor allem, soweit diese Angelegenheit als Konflikt zwischen dem Bürgermeister und dem Verkehrsdezernenten sich darstellt. Für die sozialdemokratische Stadtratsfraktion sprach Stadtratsmitglied Loewig, der den gesamten Fragenkomplex eingehend und sachlich erörterte und die Haltung der Sozialdemokraten hierzu wirksam begründete. Der Bürgermeister, der zum Anfang der Sitzung beigemohnt hatte, nahm unerwarteterweise nicht das Wort, entgegen seiner sonstigen Redefreudigkeit schweig er gestern. Allgemein fiel die große Bescheidenheit des Herrn Bürgermeisters im Rathaus auf. Er war schließlich bemüht, den Eindruck seines „Gefahrenritzes“ nach Möglichkeit abzuschwächen. Als die Sitzung am Nachmittag neu eröffnet wurde, schloß Herr Scholk. Es erregte großes Erstaunen, als man erfuhr, daß der Herr Bürgermeister Berlin schon wieder den Rücken gekehrt habe. Er befand sich bereits im Zuge nach Wiesbaden.

Im Mittelpunkt der Aussprache standen die besonders eindrucksvollen Ausführungen des sozialdemokratischen Verkehrsdezernenten, Stadtrat Reuter, der unwiderleglich nachwies, daß die erst

anfangs Juni feststellbaren Betriebsergebnisse die Notwendigkeit der Änderungen der im Einzel eingeleiteten Zahlen bemessen habe. Die zu vergleichenden Bilanzmerkmale erklärten sich aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage. Wirtschaftskrisen haben sich stets in der geringeren Inanspruchnahme der Beförderungsmittel ausgewirkt. Die Nachprüfung der Grundlagen der Einnahmeverrechnungen würde durch den Vorstand und später durch den Aufsichtsrat mit größter Genauigkeit erfolgen. Bis zum Vorliegen eines ernsthaft zu diskutierenden Ergebnisses dieser Prüfung sei es gefährlich und dem Interesse Berlins abträglich, gewalttätig öffentliche Diskussionen über diese gänzlich ungeklärte Angelegenheit zu provozieren. Mit besonderer ironischer Betonung wies Reuter noch darauf hin, daß er, wie seine Anwesenheit beweise, nicht zusammengebrochen sei und auch nicht die Absicht habe, zusammenzubrechen.

Vertreter aller Fraktionen beteiligten sich an der Debatte. Diese war im allgemeinen wesentlich sachlicher geworden und vermied auch persönliche Epochen gegen den Verkehrsdezernenten. Bürgermeister Scholk war am Anfang der Sitzung anwesend. Er nahm aber nicht mehr das Wort. Nachmittags hatte er Berlin schon wieder verlassen. Er kehrt erst nach Pfingsten wieder zurück.

Neues Säuglingsheim im Wedding

Allen drückenden Wirtschaftsverhältnissen und einschränkenden Sparsmaßnahmen mußte die Städt. Kinder- und Jugendämter Sozialdemokraten unermüdet weiter am großen sozialen Hilfswerk zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung.

Das Bezirksjugendamt Wedding hat jetzt in der Ramlerstraße 38 ein zweites Säuglingsheim eröffnet. In hellen, luftigen, praktischen Hygiene und warmer Menschlichkeit entsprechenden Räumen weiß die arbeitende Mutter ihren Säugling oder das Krabbelkind den ganzen Tag über gut aufgehoben. Im Aufnahmezimmer wird der kleine Pflegling auf schönen Ledertischen erst einmal ausgepackt und in ein schneeweißes Tuch gewickelt, dann erfolgt Messung der Temperatur und ärztliche Untersuchung; nur einwandfrei gesunde Kinder können aufgenommen werden. Schneeweiße Bettchen, von der warmen Frühlingssonne wohllich durchwärmt, harren der kleinen Insassen, und wer gar zu blaß ist, der kriegt an schönen Tagen sein Bettchen auf den Balkon gestellt. Jeder Pensionär hat sein eigenes, mit Nummer versehenes Milchfläschchen, seine Wäsche und was er sonst zu seiner kleinen Lebenshaltung benötigt. Was schon krabbeln kann, findet in einer reich-

haltig ausgestatteten Spieltube angenehmen Aufenthalt. Da gibt es Schaukeln und wippende Schwäne, Klöppchen und Puppen und was sonst ein Kinderherz begehrt. In Ruhebetten halten die Kleinen Stesla, auf bunten lackierten Miniaturstühlen nehmen sie ihre Mahlzeiten ein. Säuglingschwestern betreuen die Kleinsten, Kindergärtnerinnen die Größeren. Regelmäßige ärztliche Untersuchungen und Festsetzung der „Spielkarte“ sorgen dafür, daß die Kleinen richtig und zweckmäßig gepflegt und ernährt werden. Auf leinen Sohlen schleicht die Schwester durch die Spieltube, wo gerade Mittagsruhe gehalten wird, hinüber zu einem recht temperamentsvollen Guckindiewelt, der unter heftigstem Gestampel sein ziemlich kräftiges Organ in langgezogenen Tiraden erprobt; sein Nachbar, der ebenfalls schon bedenklich das Rülchen zu verziehen beginnt, wird durch ein paar aufmunternde Worte doch noch von seinem Vorhaben abgehalten, und der ganz kleine Blöde draußen in der Sonne blinzelt der freundlich winkenden Schwester aus vergnügten Augen pfiffig zu.

Alles atmet Liebe und Verständnis zur großen und so unendlich wichtigen Aufgabe, die hier zu erfüllen ist.

Schießerei am Landsberger Platz.

Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten.

Gestern abend veranstaltete die kommunistische Partei im Lustgarten eine ihrer üblichen Demonstrationen, die sich durch eine auffallend geringe Beteiligung auszeichnete. Während der An- und Abmarsch im Lustgarten selbst ohne Störungen völlig reibungslos verlief, kam es gegen 20.30 Uhr am Landsberger Platz zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizeibeamten, bei dem es auf beiden Seiten Verletzte gab.

Ein größerer Zug Kommunisten marschierte vom Lustgarten in Richtung Landsberger Platz. Dabei kam es schon beim Überqueren des Bülowplatzes zu Reibereien mit den polizeilichen Begleitmannschaften, wobei ein Beamter leicht verletzt wurde. An dieser Stelle wurden fünf Protestler festgenommen und der Abteilung I A zugeführt. Als der Zug den Landsberger Platz erreicht hatte, wurden die Polizeibeamten mit Steinen beworfen. Aus einem Gebüsch wurden von unbekannten Tätern mehrere Schüsse abgefeuert, die glücklicherweise ihr Ziel verfehlten. Die Polizei machte sich gleichfalls von der Schuhwaffe Gebrauch, und es wurden 20 bis 30 Schredschüsse abgegeben. Bei dem Tumult wurden vier weitere Polizeibeamte durch Steinwürfe verletzt. Nachdem die Polizei Verstärkungen erhalten hatten, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

„Graf Zeppelin“ passierte Sevilla.

Auf der Heimfahrt nach Deutschland.

Madrid, 5. Juni.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist nach glücklicher Vollendung der Fahrt über den Ozean heute nachmittag um 17.05 (18.15 Uhr MEZ.) in Sevilla glatt gelandet. Der Aufenthalt von nur 20 Minuten diente der Uebernahme der Passagiere und der Post. Um 17.25 Uhr ist das Luftschiff zur Weiterfahrt nach Deutschland wieder gestartet.

Zwei tote Soldaten...

Neue Opfer des Krieges im Frieden.

Prag, 5. Juni.

Auf dem Militärübungsplatz in Sedlitz bei Prag kam es am Donnerstagvormittag nach 9 Uhr zu einer Explosion, der zwei Tote, drei Schwer- und eine Reihe von Leichtverletzten zum Opfer fielen.

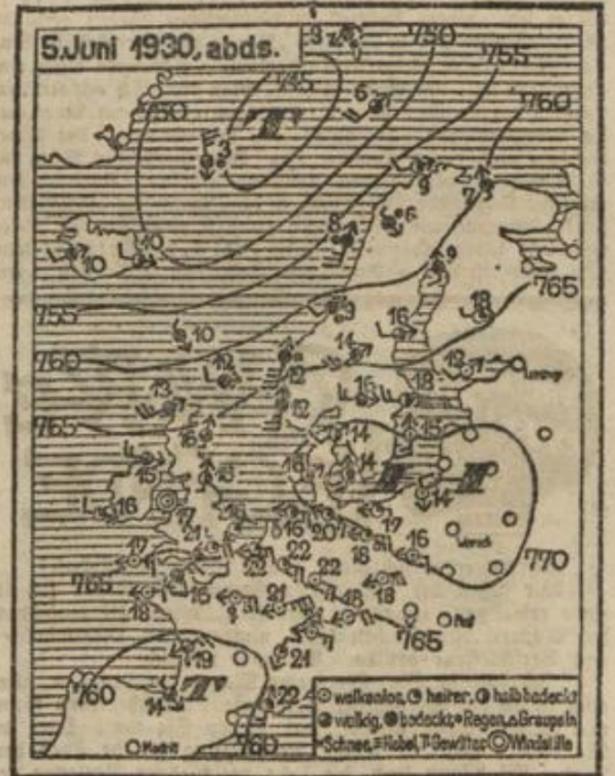
Ein Zug von etwa 100 Soldaten hatte sich frühmorgens auf den Übungsplatz begeben, auf dem sie Gräben anlegten. In die Blechbüchsen mit Straß- gelegt wurden. Kurz nach 9 Uhr explodierte eine der Blechbüchsen in einem der Schächte mit solcher Wucht, daß große Schuttmassen viele Meter hoch in die Luft geschleudert wurden. Auf der Erde lagen zwei tote Soldaten mit zerschmetterten Schädeldecken. Die verstümmelten Körper waren mit Lehm und Blut bespritzt. Drei weitere Soldaten waren schwer, eine Reihe anderer leicht verletzt.

Pfarrer Schenk legt sein Pflageamt nieder.

Zum Frenzel-Prozess ist mitzuteilen, daß Pfarrer Schenk gestern sein Mandat als Pfleger der Gertrud Frenzel freiwillig niedergelegt hat. Er will durch diesen Schritt allen Bormitteln, daß er das junge Mädchen gegen seinen Vater beeinflusst habe, entgegengetreten. Gertrud Frenzel ist an neutraler Stelle in

Berlin untergebracht worden. Das Gericht entband Pfarrer Schenk von dem Amt des Pflegers. Wenn die Pflegerenschaft übertragen wird, soll erst nach Pfingsten entschieden werden.

Allgemeine Wetterlage.



Das stabile Hochdruckgebiet, das jetzt mit seinem Kern über dem südl. Bannern liegt, beherrscht das Wetter eines großen Teiles von Europa. Das heitere Wetter erstreckt sich nach Westen zu bis nach Südbengalen, wo heute die Temperaturen bis 25 Grad anstiegen. Ebenso warm wurde es im westlichen Deutschland. Im Nordosten des Reiches wurden dagegen kaum 15 Grad überschritten. Das Hoch scheint vorläufig noch stabil zu bleiben, wenn auch die Wismeerdepression weit nach Süden ausgrast. Wir hätten also noch mit der Fortdauer des schönen Wetters zu rechnen.

Wetterausichten für Berlin: Heiter, trocken, wärmer. — Für Deutschland: Im ganzen Reich Fortbestand der herrschenden Witterung.

Lockeres Haar:
PIXAVON-
Shampoo 30 M

Für die Ausflügler wird gesorgt.

Der Pflingstverkehr der BVG.

Für den Pflingstverkehr hat die Berliner Verkehrs-AG folgenden Sonderfahrplan vorgegeben: Straßenbahn und Omnibus haben auf einer Reihe von Linien in der Nacht von Pflingstmontag zum 1. Pflingstfeiertage ununterbrochenen Verkehr. Bei günstigem Wetter sind an beiden Pflingstfeiertagen auf mehreren Linien aufseherplanmäßige Frühfahrten vorgegeben.

Die Ausflugszüge: Zoo-Rodde, Pantow-Summit, Steiner Bahnhof-Banditz und Zoo-Schulhorn fahren an beiden Feiertagen ab 7 Uhr früh je nach Bedarf. — Am Pflingstmontag fahren die Züge ab 13 Uhr und am Dienstag, dem 10. d. Mts., ab 10 Uhr früh.

Die Sonderfahrten der BVG-Reisewagen führen am 1. Feiertag nach Lübbow, Soarow und Rudow. Abfahr ab Leipziger Platz 8 Uhr. Nach Mellensee von 10 Uhr ab, je nach Bedarf, ab Zoo. — Am 2. Feiertag fahren diese Züge nach Rheinsberg, Freienwalde und Reuruppin. Abfahrt 8 Uhr Leipziger Platz. Nach Mellensee wie am 1. Feiertag. Die Prospektive, mit der BVG in die Mark, werden in allen Reisebüros, im Kunst des Reiseamts Berlin, unter den Linden, und an den 11-Bahnhaltern kostenlos abgegeben. Der BVG-Ausflugsführer wird an den 11-Bahnhaltern und bei den Straßenbahn- und Omnibusstationen für 40 Pf. abgegeben.

In der Nacht von Pflingstmontag zum 1. Pflingstfeiertage ununterbrochener Betrieb auf den Linien (Fahrabstand in Minuten): 1, Stadtring (15), 15, zwischen W. Reutkolln und Potsdamer W. (15), 44, zwischen Kottbuser Platz und Götlicher W. (15), 55, zwischen Spandau, Pflingstsee Str. und Anhalter W. (30), 69, zwischen Leipziger Platz und Friedrichstraße (30), Sichtenberg, Gudenstraße (15), 74, Anprodelstraße—Wichterstraße, Händelplatz (15), 76, zwischen Lina-Parz und Königstraße, Rathaus (15), 99, zwischen Werstraße und Mariendorfer Dammstraße (15), A 3, zwischen Sogel Rathaus und Steintor W. (10), A 20, zwischen Pantow, Kirche und Hermannsplatz (15).

Zusätzlich bei günstigem Wetter an den beiden Pflingstfeiertagen außerplanmäßige Frühfahrten: Linie 1, Stadtring, (am 2. Pflingstfeiertag) ab halbeschen Tor nach beiden Richtungen 5.00, 5.15, 5.30, 5.45 und weiter alle 9 Minuten; Linie 9E, ab Ebinger Straße, Ede Sandberger Allee bis Treptow, Spreetunnel von 4.34 bis 6.04 (15), ab Streifiger Straße bis Spreetunnel von 6.03 bis 7.33 (15), ab Treptow, Spreetunnel, bis Streifiger Straße bjm. Ballenplatz, von 5.07 bis 8.22 (15); Linie 28, ab Tegel bis Dranienburger Tor von 4.10 (30), ab Dranienburger Tor nach Tegelort von 4.35 (30); Linie 128, ab Tegel bis Dranienburger Tor von 3.55 (30), ab Dranienburger Tor nach Hellsenfer von 4.39 (30); Linie 51, ab Nordend bis Dranienburger Tor von 4.48 (15), ab Dranienburger Tor bis Nordend von 5.26 (15); Linie 60, ab Leipziger Straße nach Lindenhof von 5.22 (15), ab Lindenhof von 5.40 (15); Linie 61, ab Rottensmarkt nach Hohenhühnenhausen von 4.40 (15), ab W. Sandberger Allee bis Rottensmarkt von 4.20 (15), ab Hohenhühnenhausen von 5.19 (15); Linie 75, ab W. Zoologischer Garten bis Hakenfelde von 5.05 bis 6.50 (15), ab Kupfergraben bis Hakenfelde von 6.49 (15), ab Hakenfelde bis Kupfergraben von 6.09 (15); Linie 177, ab Händelplatz bis Wichterstraße, Händelplatz (15), ab Wichterstraße-Süd bis W. Zoolog. Garten von 5.43 (15); Linien 87E und 187E, ab Dönhofsplatz bis Treptow, Spreetunnel, von 4.30 (15), ab Treptow, Eisenstraße, bis Dönhofsplatz von 3.57 (15); Linie 93, ab Götlicher W. bis Treptow, Rath., von 4.49 (15); Linie 96, ab Belle-Alliance-Platz bis Kranoldplatz 4.51, 5.21, 5.51, 6.21, dann alle 15 Minuten, ab Kranoldplatz bis Belle-Alliance-Platz von 5.39 bis 7.09 (30), dann alle 15 Minuten; Linie 99, ab Tempelhof nach Sichtenberg 4.20 (15), ab Sichtenberg 4.01 (15); Linie A 2, ab W. B. Umlandstraße bis Hakenfelde, Lina-Parz, 5.45, 5.57, 6.07, 6.19; Linie A 23 (nur am 1. Pflingstfeiertage), ab Botanischer Garten nach Wichterstraße-W. Ost, Rakerplatz von 6.15 (10).

Explodierte Granaten.

6 Tote, 50 Verletzte.

London, 5. Juni.

In einem Gebäude des bei Shanghai liegenden Rangan-Munitionslagers ereignete sich am Dienstag eine schwere Explosion, durch die sechs Personen getötet und etwa 50 schwer verletzt wurden. Das Gebäude wurde vollständig zerstört. Die Katastrophe ereignete sich beim Verladen von Artilleriemunition.

Brüder Sof legen Berufung ein.

Die Brüder Sof haben durch Rechtsanwalt Müller-Stromeyer Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts Berlin-Mitte eingelegt, durch das sie wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden sind. Der Staatsanwalt hat ebenfalls Berufung eingelegt und verlangt die Verurteilung der Brüder Sof wegen verübten Einbruchs-diebstahls.

Die Abwässer der Großstadt.

Technische, soziale und gesundheitliche Verbesserungen.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat man sich mit der Abwässerbeseitigung beschäftigt. Es ist eine leichte Erhöhung der Gebühren eingeleitet. Diese wird aber nicht den Mietern treffen. Die Sozialdemokratie hat dem Vorschlag zugestimmt. Es leitete sie die Erwägung, daß die Kanalisation von Berlin ausgebaut werden muß und deshalb auch die nötigen Mittel zu beschaffen sind.

Im Jahresdurchschnitt werden rund 200 Millionen Kubimeter Abwässer von 75 Pumpwerken der Stadtentwässerung auf die großen Rieselfelder vor den Toren Berlins befördert. Nach einer Berechnung der Direktion müßte mit Rücksicht auf die rasche Zunahme der Abwässermengen ein Riesel- und Naturland von etwa 6000 Hektar in den nächsten fünfzehn Jahren beschafft werden. Dadurch hätte man für die Erweiterung des Rieselfeldes rund eine halbe Milliarde Reichsmark aufzuwenden, aber selbst wenn diese Riesensumme beschafft werden könnte, würde man sich vergeblich um die Beschaffung der erforderlichen Landereien bemühen. Dies war der Grund, der die Stadt veranlaßte, im Frühjahr 1929 in Stahnsdorf mit dem Bau einer selbständigen Kläranlage zu beginnen. Sie soll das Abwasser unmittelbar reinigen, so daß es auf direktem Wege den Flüssen zugeleitet werden kann. Hierdurch werden durch den Verzicht auf die Beschaffung neuer Rieselfelder große Ersparnisse erzielt. Die Kläranlage in Stahnsdorf soll bereits im Herbst 1930 in Betrieb genommen werden.

In der Öffentlichkeit ist nicht bekannt, daß bereits in den letzten Jahren verschiedene technische Neuerungen im Interesse der Arbeiter bei der städtischen Abwässerbeseitigung vorgenommen sind. Früher mußten die Kanalarbeiter fast den ganzen Tag in dem Abwasser stehen, das die unterirdischen Kanäle durchfließt, um die eingebauten Gitter von Sperrstoffen, seien es nun Lappen, Holzstücke oder Putzstücke, zu befreien. Jetzt sind in zahlreichen Kanälen Aufbereitungsanlagen eingebaut, die von sich aus die Sperrstoffe selbstständig entfernen und so die schmutzige Arbeit unnötig machen. Auch in mehreren Pumpwerken, in denen Aufbereitungsanlagen nicht eingebaut wurden, sind die Pumpenventile und Reinigungsöffnungen wesentlich verbessert, so daß die meisten groben Schmutz- und Sperrstoffe unmittelbar ohne menschliches Eingreifen entfernt werden. Indem durch Entwicklung von Abwässergasen besonders gefährdeten Bezirken sind die Sandfänge der Pumpwerke mit besonderen Abzugsvorrichtungen versehen worden. Bereits jetzt bestehen transportable Abzugsvorrichtungen für den Kanalbetrieb. Der günstige Gesundheitszustand bei den Arbeitern und Angestellten ist nicht zuletzt auch eine Folge der im Betriebe allgemein durchgeführten Saubereien. Das sind Dinge, die von der Sozialdemokratie durchgeführt sind und die wir deshalb besonders freudig begrüßen. Ebenso ist man unseren Wünschen nachgekommen, wenn jetzt für das Personal ausreichende Wasch- und Badegelegenheit geschaffen worden ist. Auf jedem Pumpwerk befinden sich in besonderen Räumen Waschbecken für warmes und kaltes Wasser, mehrere Brausen und Badewannen in einer der Belegschaft entsprechenden Anzahl und in einer Ausführung, die den gesundheitlichen Anforderungen unserer Zeit entspricht. In den letzten Jahren ist noch eine Reihe anderer sozialer Maßnahmen durchgeführt worden: Der Bau von Wermismohnungen — gegenwärtig insgesamt 160 —, die Einführung von Elektrofarren für die Hausanschlüsse, die Schaffung und der Ausbau von Unterkunftsräumen für die Rieselwärter, die Einführung besonderer Arbeiterkleidung und vieles mehr.

Bei der Stadtentwässerung sind rund 1200 Arbeiter beschäftigt. Sie werden nach dem Tarifvertrag für die städtischen Arbeiter, den der Kommunistische Arbeitgeber-Verband mit verschiedenen tariffähigen Gewerkschaften abgeschlossen hat, entlohnt. Die Arbeiter haben nach zehnjähriger Beschäftigungszeit Anspruch auf Ruhegehalt, Regenmäntel und Mützen werden geliefert. Die Unterstände und Aufenthaltsräume der Rieselwärter auf den Feldern, die früher von diesen selbst errichtet und unterhalten wurden, werden jetzt auf Kosten der Stadtentwässerung ausgebessert, mit Heizmaterial beliefert und sollen allmählich durch neue Unterkunfts-räume ersetzt werden. Mit der Errichtung von Wohngebäuden für das Rieselpersonal ist begonnen: Fünf Wohngebäude sind bereits bezogen. Damit sich keiner der bei der Stadtentwässerung angestellten Arbeiter Sorge mache, sei ausdrücklich mitgeteilt: Da jeder Arbeiter

ein volles Arbeitspensum auszufüllen hat und die Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes vom 14. April 1927, in dem der Achtstundentag gesetzlich festgelegt ist, stets innegehalten sowie unvermeidbare Überzeitarbeit — man denke nur an Druckrohrbrüche und ähnliches mehr — durch Gewährung entsprechender Freizeit abgegolten wird, so ist auch im Rahmen der jetzigen Sparmaßnahmen eine Entlastung von Arbeitskräften nicht erfolgt. Selbst mit der endgültigen Einführung der in Angriff genommenen technischen Neuerungen ist an eine Freisetzung von Arbeitskräften kaum zu denken, da ja im Laufe der nächsten Jahre andere Aufgabengebiete hinzukommen und der Pumpwerksbetrieb der Stadtentwässerung mit der allgemeinen Entwicklung vergrößert werden muß.

Mehr Rücksicht für die Wohlfahrtsempfänger!

Immer wieder kommen aus den Reihen jener Bedauernswerten, die infolge Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen, Klage- und Hilferufe darüber, wie sehr man sie ihre Armut und Abhängigkeit fühlen läßt. Stundenlang müssen sie in den überfüllten Wartezimmern des Wohlfahrtsamtes herumstehen, denn die paar Bänke sind bald besetzt, die schlechte Luft gemischt mit Zigarettenrauch, verursacht den leidenden Unterstützungsempfängern starke Unbehagen, und wenn sie dann endlich vollkommen erschöpft an die Reihe kommen, dann dürfen sie meist unverrichteter Sache wieder abgehen; entweder sie werden an eine andere Stelle verwiesen, vom dritten in den fünften, vom vierten nach dem ersten Stock gejagt, oder man stellt ihnen anheim, den schriftlichen Weg zu gehen. Vor allem aber ist der Ton, in dem man mit den Leuten verkehrt, vielfach, trotz Ermahnungen der leitenden Stellen zur Höflichkeit, immer noch ein solcher, daß die Betroffenen, die ohnehin der Verzweiflung nahe sind, ganz aus der Fassung gelangen. Etwas mehr Menschlichkeit und Rücksichtnahme auf die traurige Lage dieser Menschen, dann aber auch die Bevorzugung der Schwerkranken bei der Abfertigung, wäre immerhin geboten.

Die jährliche Sprechstunde fällt am Sonnabend, dem 7. Juni, und Dienstag, dem 10. Juni d. J., aus.

Pflingstmontagsfeier der Treptow-Bienenwabe. Am selben Feiertage, am 16. und 30. Juni, läuft der Film „Unter den Indianern Oldamerikag“. Am Dienstag, 10. Juni, 9 Uhr, läuft der Film „Die Nordsee“, ein Film von Kretschmann und Kretschmann.

Colonia-Theater. An allen Pflingstfeiertagen wird die Berliner Volks-Reiniger-Revue und ein buntes Programm aufgeführt. Umherzirkelnd aus noch bis 13. Juni wird dieser heitere Schauer auf dem Spielplan verbleiben, da das Theater, wie üblich, am 16. Juni bis Mitte August geschlossen bleibt.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Donnerstag, dem 5. Juni.

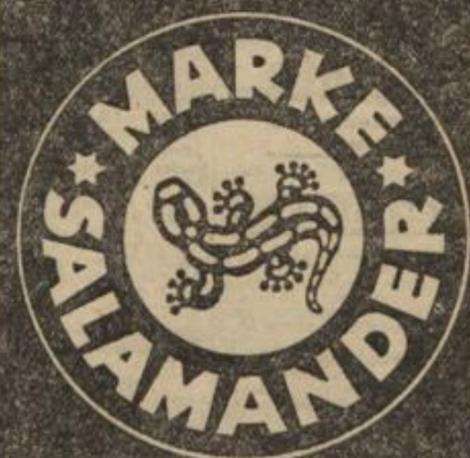
1. Rennen. 1. Rhabobbe (Groß), 2. Araba, 3. Rosmarin. Toto: 65:10. Drei Riten.
2. Rennen. 1. Rache (Kudde), 2. Goldglück, 3. Hauptmann Schwelke. Toto: 10:10. Platz: 10, 11:10. Ferner Riten: Ganga, Ergo.
3. Rennen. 1. Hebeus (Groß), 2. Giesler, 3. Knauth. Toto: 15:10. Platz: 15, 12:10. Ferner Riten: Berenice, Nobel, Uttag, Jagger, Villa, Garmenita.
4. Rennen. 1. Gulenberg (Haltberger), 2. Campas, 3. Ormin. Toto: 18:10. Platz: 11, 13:10. Ferner Riten: Sello, Getoel.
5. Rennen. 1. Rosjorbus (D. Schmidt), 2. Grant, 3. Umoll. Toto: 22:10. Platz: 14, 12:10. Ferner Riten: Gladius, Napoleon, San Domenico.
6. Rennen. 1. Festsing (Kaiser), 2. Udo, 3. Zayvill. Toto: 25:10. Platz: 15, 13:10. Ferner Riten: Feingelb, Feistot, Singull, Zulla, Wrola.
7. Rennen. 1. Birgit (Brinden), 2. Röhde, 3. Nummer 4, 4. Torgamal. Toto: 25:10. Platz: 14, 20, 18, 23:10. Ferner Riten: Wineslang, Guldbrand, Colalanza, Hanau, Wächter, Vinole, Warburg, Eldora.

Pflingst im Sunapark. Wie alljährlich, heimat der Sunapark auch in diesem Jahre zu Pflingst an beiden Feiertagen um 6 Uhr morgens ein großes Festkonzert, das ein besonders reichhaltiges Programm enthält. Am Pflingstmontag ab 4 Uhr finden auf dem Freizeiplatz eine Reihe von Aufführungen mit köstlich wechselläufigem Programm statt. Ferner findet am Pflingstmontag der Tauerländer Wirtshaus-Festabend, der seinen letzten Abend am 13. Juni um zwei Stunden vorziehen will. Als Gaststar wird die bekannte Mimosa Beggs Norman den Festabend eröffnen.

Bei uns gibt es nur

Salamander-Schuhe

Darum hat das Verkaufspersonal kein Interesse daran, einen bestimmten Schuh zu verkaufen, sondern es hat nur das Interesse, daß der Kunde den Schuh kauft, der ihm am besten paßt und gefällt. Bei unserer Riesenauswahl werden Sie stets das Richtige finden.



SALAMANDER

DEUTSCHLANDS GRÖSSTE SCHUHFABRIK

Die Fahrpreise der BVG.

Von Dr. Ing. W. Majerczik, Mitglied des Vorstandes der BVG.

Seit einigen Tagen beschäftigt sich die Presse in einer mehr oder weniger heftigen Weise mit der wirtschaftlichen Lage der BVG. Es sind Mitteilungen in die Öffentlichkeit gelangt, wonach das finanzielle Ergebnis des Verkehrsunternehmens im Jahre 1930 nicht den bisher gehegten Erwartungen entsprechen wird. Von bürgerlicher Seite ist diese gewiß nicht erfreuliche Tatsache in einer Weise aufgebauscht worden, die an manchen Stellen zu einer Art Panikstimmung geführt hat. Es regnet jetzt Vorschläge, wie die Verkehrstarife umgestaltet seien. Zu einer Panikstimmung ist keine Ursache vorhanden. Die Einnahmen der BVG. werden im Jahre 1930 voraussichtlich nicht denjenigen Betrag erreichen, den man sich auf Grund der stattgehabten Erhöhung des Fahrpreises versprochen hatte. Der Verkehrsrückgang und als dessen Folge die Einnahmeverminderung sind in der Hauptsache hervorgerufen durch eine Arbeitslosigkeit, wie sie in diesem Umfang und in dieser Ausdauer zu Anfang des Jahres nicht vorausgesehen war. Eine Panikstimmung ist um so weniger am Platze, als sie nicht der geeignete Seelenzustand ist, in dem das hundertfältig verwickelte Problem der Tarifgestaltung bei der BVG. gelöst werden kann.

Grenzen der Tarifierhöhung.

Keine Darlegungen gründen sich auf verkehrswirtschaftliche Tatsachen. Die Frage, die vom Standpunkte des Haushaltes der Stadt Berlin aus gestellt werden muß, lautet: Wie ist das finanzielle Ergebnis der BVG. zu verbessern? Die verkehrswirtschaftliche Antwort darauf, in einem Satz zusammengefaßt, lautet: Das Ziel, die finanzielle Lage der BVG. zu heben, läßt sich weniger von der Einnahmeseite her erreichen, als vielmehr von der Ausgaben Seite her. In eine einfachere Sprache übersetzt heißt das: Durch Tarifierhöhungen kann, mit Ausnahme des Omnibusses, eine Steigerung des Wirtschaftsergebnisses nicht mehr erzielt werden. Der einzige Weg sind Ersparnisse im Betriebe durch eine rationellere Bedienung des Verkehrs.

Dah wir mit dem Anziehen der Tariffschraube am Ende angelangt sind, beweisen die ungünstigen Ergebnisse der letzten Fahrpreiserhöhung. Die BVG. besitzt kein Beförderungsmonopol in Berlin. Sie befindet sich der starken Konkurrenz der seit kurzem elektrifizierten Stadt-, Ring- und Vorortbahnen gegenüber. Sie hat außerdem mit dem Wettbewerb der Autodroschken, der Fahrräder mit und ohne motorischen Antrieb und nicht am wenigsten der Schuhsohlen zu rechnen. Diese Konkurrenz und die ungünstige Wirtschaftslage weiter Bevölkerungstriebe lassen eine allgemeine Erhöhung der Fahrpreise einfach nicht zu.

Wirksamer für das zu erreichende finanzielle Ziel ist die Umgestaltung der Beförderungsleistungen innerhalb der drei Verkehrsmittel der BVG. Gegenwärtig ist die Sachlage die, daß die Fahrgäste zwar einheitlich 25 Pf. bezahlen. Die Beförderungskosten sind aber auf den drei Betriebsstellen sehr verschieden. Es verhalten sich die Betriebsstellen (ohne Kapitaleinsatz) für einen Personenkilometer bei Omnibus, Straßenbahn und U-Bahn zueinander etwa wie 8:5:4.

Der Omnibus ist also in seinen Betriebskosten am teuersten. Aus diesem Grunde ist es gerechtfertigt, den Omnibusfahrpreis höher festzusetzen als den der Straßenbahnen, der Omnibusfahrpreise mit Umsteigeberechtigung soll in Zukunft 30 Pf. kosten. Für das Uebersteigen von Straßenbahn bzw. U-Bahn auf den Omnibus sollen 5 Pf. nachgezahlt werden, wobei der Einheitsfahrpreis von 25 Pf. bei den Straßenbahnen aufrechterhalten wird. Die Fahrpreiserhöhung beim Omnibus wird besonders dann verständlich, wenn man erfährt, daß ein Teil der in Berlin betriebenen Autobuslinien wegen der hohen Betriebskosten finanzielle Zuschüsse erfordert. Auch haben die Betriebskosten des Autobus die Tendenz zu steigen. (Vgl. z. B. die mit Gesetz vom 15. April dieses Jahres eingeführte Mineralölsteuer. Durch diese Steuer wird auch der Benzinpreis erhöht.) Der Omnibusverkehr umfaßt nur ein Fünftel des Gesamtverkehrs der BVG., nach der Zahl der beförderten Personen gerechnet. Ein Teil der bisherigen Fahrgäste des Omnibus wird sich der Tarifierhöhung dadurch entziehen, daß er auf parallel laufende Straßenbahn- oder U-Bahn-Linien übergeht.

Verbilligung auf der U-Bahn.

Im diametralen Gegensatz zum Omnibus steht die U-Bahn. Diese ist, wenn man von ihrem enormen Anlagekapital abläßt, das im Betriebe billigste der drei Verkehrsmittel. Es ist deshalb wirtschaftlich zweckmäßig, der U-Bahn eine erhöhte Zahl von Fahrgästen zuzuführen. Die U-Bahn ist auch, bezogen auf ihre Leistungsfähigkeit, der am wenigsten ausgenutzte Betriebsteil der BVG. Es soll deshalb auf der U-Bahn ein Kurzstreckenfahrschein

ohne Umsteigeberechtigung eingeführt werden. Dieser Fahrschein soll zur Zurücklegung von fünf Streckenabschnitten, das ist im Mittel etwa 3,6 Kilometer, berechtigen und soll 20 Pf. kosten. Die Verbilligung, die in diesem Kurzstreckenfahrschein enthalten ist, stellt in einem gewissen Sinne eine Kompensation dar für die Verteuerung des Omnibusverkehrs.

Bei der Benutzung der Straßenbahn soll nichts geändert werden, ebenso nichts an den Preisen der Monatskarten bei U-Bahn und Straßenbahn.

Schließlich sollen die Bestimmungen über den Umsteigeverkehr geändert werden. Das Umsteigen soll in Zukunft innerhalb einer Stunde nach Ausgabe des Fahrscheins (bisher einhalb Stunden) erfolgen. Die zweite Fahrt soll nur noch im unmittelbaren räumlichen Anschluß an die erste Fahrt gestattet werden. Diese Verschärfung der Bestimmungen hat sich als notwendig erwiesen, weil der Umsteigefahrschein, besonders seit Erhöhung des Preises auf 25 Pf., zunehmend mißbraucht wird. Wie groß der finanzielle Schaden ist, der der BVG. dadurch bisher zugefügt wurde, läßt sich schwer schätzen. Er geht wahrscheinlich jährlich in die Millionen Mark.

Richtzahlen der Wirtschaftlichkeit.

Es betrug im Jahre 1929:	Straßenbahn	Omnibus	U-Bahn
Der Anteil des Um- und Uebersteigerverkehrs an dem Gesamtverkehr des einzelnen Betriebsmittels	29,2 Proz.	36,6 Proz.	42,0 Proz.
Die durchschnittliche wagenkilometrische Besetzung, Pers./Wagn.	5,2	6,6	4,8
Die durchschnittliche Reiselänge nach der Zählung vom 23. 10. 1929	4,0 km	4,3 km	5,5 km

Die Aufstellung enthält sowohl eine Begründung derjenigen Tarifänderungen, die vorgeschlagen werden, als auch gibt sie eine Erklärung für die Ablehnung gewisser anderer Tarifvorschläge. Zum Beispiel ist aus den Zahlen der Straßenbahn ersichtlich, daß der Vorschlag der Einführung eines Kurzstrecken-

fahrscheines auf der Straßenbahn keine finanziellen Mehrerträge erwarten läßt. Die Reiselänge auf der Straßenbahn ist kürzer als die auf den beiden anderen Verkehrsmitteln. Auch der Um- und Uebersteigerverkehr ist bei der Straßenbahn prozentual am geringsten. Der Straßenbahnfahrpass ist also bereits unter den heutigen Verhältnissen in einem gewissen Sinne ein Einfach-Kurzstreckenfahrschein. Die Einführung eines besonderen Kurzstreckenfahrscheins zu 20 Pf. auf der Straßenbahn würde deshalb eher eine Verminderung als eine Vermehrung des finanziellen Ertrages bewirken.

Ebenso zeigen die obigen Zahlen, wie die von manchen Seiten geforderte Wiedereinführung der zweiten Klasse auf der U-Bahn verkehrswirtschaftlich zu bewerten ist. Die U-Bahn ist dasjenige der drei Verkehrsmittel, dessen wagenkilometrische Besetzung am niedrigsten ist (dies, obgleich die U-Bahn-Wagen ein größeres Fassungsvermögen haben als die Straßenbahnwagen und die Autobusse). Die Einführung der zweiten Wagenklasse würde nur bedeuten, daß man den schon jetzt ungenügend besetzten Wagen auf der U-Bahn weitere Wagen hinzufügt, die noch schlechter besetzt sind. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Minderbesetzung der 2. Klasse-Wagen finanziell ausgeglichen wird durch den Mehrertrag der 2. Klasse-Fahrschein.

Trotz der Abstufung der Preise ist das Prinzip des Einheitsfahrtscheins aufrechterhalten geblieben. Die Einführung zweier verschiedener Fahrscheinarten, eines teureren mit und eines billigeren ohne Umsteigeberechtigung, wäre für Berlin höchst unzweckmäßig. Eine solche Differenzierung würde zur Folge haben, daß sämtliche Stadtteile neue direkte Verbindungen mit anderen Stadtteilen verlangen würden. Die BVG. würde gezwungen werden, die Zahl der direkten Linien zu vermehren, während im Gegenteil die zukünftige Entwicklung danach trachten muß, die Zahl der Linien zu vermindern. Der Einheitsfahrtschein ist ein, wenn auch bisher wenig ausgenutztes Instrument des technischen Fortschritts.

Zum Schluß ist zu betonen, daß die obigen Tarifvorschläge zunächst nur Vorschläge sind. Sie bedürfen, um wirksam zu werden, noch der Zustimmung des Aufsichtsrats der BVG. Man kann von den oben beschriebenen Tarifänderungen sagen, daß sie die Bevölkerung mit einem Minimum an Härten treffen und daß sie mit dem Kurzstreckenfahrschein der U-Bahn sogar eine Tarifherabsetzung bringen. Die in Aussicht genommenen Tarifänderungen bedeuten nicht die Lösung aller finanziellen Probleme unseres Verkehrsunternehmens, die Vorschläge sind aber geeignet, das wirtschaftliche Ergebnis der BVG. zu heben.

Ursachen der Mansfeld-Krise.

Der Geschäftsbericht bestätigt die Verantwortlichkeit der Verwaltung.

Die Mansfeld U.G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, die jetzt den größten Teil ihrer Arbeiter ausgespart hat, hat der Öffentlichkeit ihren Geschäftsbericht für 1929 übergeben. Die Gesprächigkeit der Verwaltung ist im Gegensatz zu früher gewachsen. Diese Neigung zu erhöhter Publizität ist erfreulich, freilich aber auch nicht ganz unverständlich, denn als es besser ging als heute, war das Mitteilungsbedürfnis geringer. Die größere Publizität dürfte also etwas Zweckcharakter haben; und der verfolgte Zweck ist auch erreicht: die bürgerlichen Zeitungen bringen große Ueberschriften „Mansfeld in Rot“.

Diesem SOS-Ruf entsprechen die Ziffern für 1929 nicht:

	1927	1928	1929
	(in Millionen Mark)		
Aktienkapital	37,88	37,88	37,88
Reservefonds	6,00	6,00	6,00
Anleihen (alte)	1,71	1,71	1,59
Dollaranleihe	12,18	11,73	11,27
Hypotheken	0,86	0,82	0,71
Banken und Rembourse	22,60	29,77	30,47
Sonstige Gläubiger	21,47	12,48	11,75
Aktien Schuld	—	—	3,15
Anlagen	45,21	47,08	48,15
Anzahlungen	1,00	0,17	0,18
Kasse, Banken, Wechsel	6,10	5,53	4,38
Zugestände	26,21	24,05	21,36
Bertpapiere u Beteiligung	17,47	16,81	15,86
Vorräte	9,33	9,24	15,31
Bilanzsumme	105,83	105,54	103,24
Ertrag und Vortrag	12,72	13,37	15,07
Allgemeine Unkosten	6,22	6,15	6,86
Anleiheabschreibungen	3,84	4,34	4,76
Abschreibungen auf Beteiligg	—	—	3,30
Reingewinn	2,86	2,87	0,15 (+ 3,30)
Dividende	7 Proz.	7 Proz.	—

Der Rohgewinn ist erhöht, die Abschreibungen sind erhöht, der Reingewinn ist gestiegen, und die Dividende fehlt nur deshalb, weil man den gestiegenen Reingewinn zu Abschreibungen bei den Wertpapieren benutzt. Aber auch die Bilanz selbst zeigt Verbesserungen, die alten Markanleihen und die Dolloranleihe wurden weiter abgezahlt, ebenso die Hypothekenschulden; die laufenden Schulden sind verringert, eine Schuldenerleichterung zeigt sich nur für 3,15 Millionen, die aus der verfehlten Aktienpekulation Stolberger Zink stammen. Der Wert der Anlagen ist trotz innerer Verbesserungen der Substanz niedriger eingestuft. So ist das gesamte Bilanzbild günstig. Der ausgewiesene, aber für die verfehlten Spekulationen benutzte Reingewinn von 3,45 Millionen Mark hätten eine neunprozentige Dividende möglich gemacht, gegen nur 7 Proz. in den beiden vorhergehenden Jahren. Die Dividendenlosigkeit und die hauptsächlichsten Schwierigkeiten bei Mansfeld sind nicht hervorgerufen aus Gründen der Wirtschaftsentwicklung.

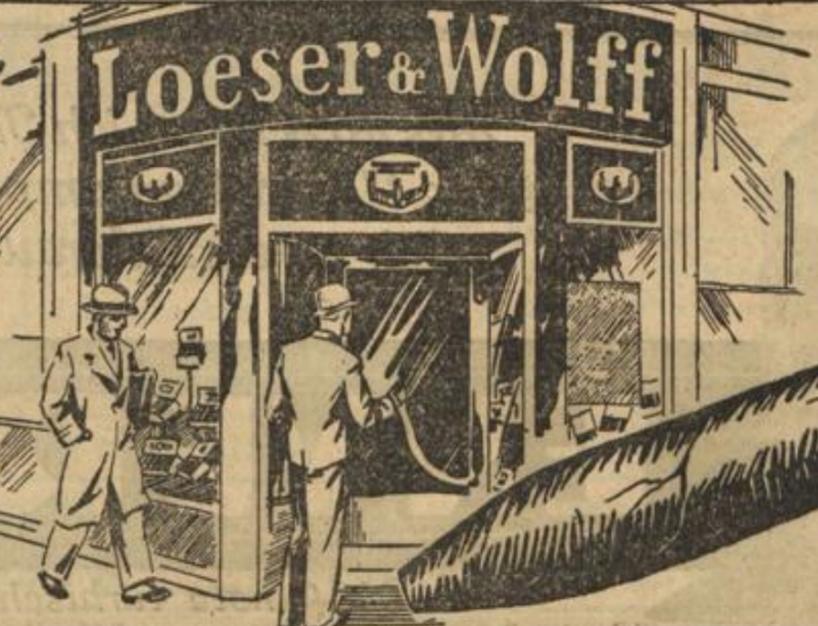
Diese Erkenntnis wird noch durch eine andere Uebersetzung vertieft, die sich aus Angaben des Geschäftsberichtes ergibt. Der Geschäftsbericht stellt fest, daß im Durchschnitt des Jahres 1929 der Kupferpreis um etwa 23,7 Proz. höher lag als im Vorjahr; entsprechend seien die Bruttoerlöse aus dem Kupfergeschäft gestiegen. Eine einfache Nachrechnung zeigt, daß der Mehrerlös rein aus dem Metallgeschäft rund 5½ Millionen Mark betragen haben muß und rund 7½ Millionen Mark, wenn man die Mehrerlöse aus dem guten Stein- und Braunkohlen-, Koks- und Breiwerkgeschäft hinzu nimmt. Es rechtfertigt sich daraus die Vermutung, daß der ausgewiesene Gewinn zurechtgerichtet worden ist, und daß der tatsächliche Gewinn erheblich höher war. Dafür spricht auch, daß die Mansfeld U.G. eine Aktienlieferungs-schuld im Nominalwerte von 1,02 Millionen Mark beglichen konnte, und zwar durch freihändigen Anlauf von

„man muß an die Feiertage denken!“

L & W

Zigarren sind in jeder Preislage von unübertrefflicher Qualität!

Ich schlage alles 15 Pf.
 Hansabote 18 Pf.
 Unario Coronas Aromaticos 25 Pf.
 Bernhard Loeser 30 Pf.
 Hauptfabrik 40 Pf.



Loeser & Wolff

Wir wünschen Ihnen recht genußreiche Feiertage!

Loeser & Wolff, Berlin
 Zentrale: Potsdamer Str. 24/25

Donna Lucia
 Deutschlands meistgerauchte
20 Pf. - Zigarre

Kurieren geht vor „reformieren“.

Zweifelhafte Experimente mit der Krankenversicherung.

Der Reichsfinanzminister hat im Haushaltsausschuß des Reichstags angekündigt, die Belastung der Wirtschaft infolge der Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung bei der Krankenversicherung wieder herinzuholen. Der Reichsarbeitsminister war von diesem Vorschlag wenig entzückt. Er forderte, daß, wenn schon gespart werden sollte, auf allen Gebieten gespart werden müsse. Die Reform der Krankenversicherung müsse daher ein Teil eines großen allgemeinen Sparprogramms darstellen. Dieses große Sparprogramm ist kein verschleiertes Bild mehr. Was von ihm bereits sichtbar wurde, erweckt aber nicht die Hoffnung, daß nach allen Seiten hin mit gleichem Maß gemessen wird. Auch bei der Krankenversicherung will man es allem Anschein nach ähnlich machen wie bei der Arbeitslosenversicherung: man will den Forderungen der Unternehmer auf

die Seite, die am meisten sparen wollen, keinen Einbruch gemacht zu haben. Darüber hinaus sind noch einige weitere Verschlechterungen geplant, die jedoch im Augenblick noch keine konkrete Form erhalten haben.

Leistungsleistungen müssen von der Arbeiterschaft abgelehnt werden. Wer der Krankenversicherung helfen will, darf nicht an Symptomen herumkurieren, er muß den Stier bei den Hörnern packen. Es gibt eine Reihe von Fragen, bei denen in der Krankenversicherung begründete Reformen ansetzen können. In ihrem Mittelpunkt steht die Arztfrage. Warum entschließt man sich nicht zu einer Trennung der den Bezug des Krankengeldes auslösenden Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit von der eigentlichen ärztlichen Behandlung? Eine solche Trennung ist möglich und zweckmäßig. Mit ihrer Hilfe ließe sich eine nennenswerte Ersparnis erzielen und

dem Treiben der Rassenlöwen Einhalt tun.

Schwieriger ist die Frage der Begrenzung der Zahl der zugelassenen Ärzte. Allein auch sie muß ausgearbeitet und zu einer Lösung gebracht werden. Eine Art Planwirtschaft im Verhältnis zwischen der Zahl der Versicherten und der Zahl der Ärzte muß endlich einmal angebahnt werden. Notwendig ist ferner eine Erweiterung der Versicherungsgrenze bis mindestens auf einen Verdienst von 8400 Mark im Jahr. Ferner wäre die Einführung der Familienhilfe als Regelleistung eine Wohltat und ein Fortschritt.

Organisatorisch müssen wir in der Krankenversicherung unbedingt zu einer stärkeren Zusammenfassung der Krankenkassen unter

Ausmerzung der nicht leistungsfähigen Zwergklassen

kommen. Eine Einschränkung der wilden Betriebs- und Innungs-Krankenkassengründerei ist dringend geboten. Insbesondere muß der Einfluß der Versicherten bei der Bildung derartiger Kassen verstärkt werden.

Eine Reform der Krankenversicherung in der von den Gewerkschaften und den Krankenkassen seit langem gewiesenen Richtung ist notwendig. Man soll aber aus einer solchen Reform nicht eine Art Zwangsjacke für die Kassen machen, sondern ihnen so weit als möglich noch Spielraum lassen, selbst den Finanzschwierigkeiten aus eigener Initiative Rechnung zu tragen. Auch die Versicherten selbst können nach dem Rechten sehen und sparen. Von oben her sollte man nur dort reformieren, wo, wie z. B. in der Arztfrage, unter den Versicherten bereits weitgehende Einigung besteht. Wer fertige Tatsachen schaffen will, soll sich nicht auf zweifelhafte Reformexperimente einlassen.

Ransfeld-Aktien, ohne daß erkennbar ist, daß daraus eine stärkere Verschärfung des Betriebes erfolgt wäre. Auch die Substanzverbesserung dürfte teilweise über Betrieb, d. h. aus laufenden Gewinnen erfolgt sein. Wir haben schon mehrfach die Frage der Verantwortlichkeit für die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Ransfeld-Konzern gestellt und sie dahin beantwortet, daß diese Schwierigkeiten keineswegs überwiegend, wie behauptet wird, aus der Entwicklung der Kupfer- und Nebenproduktpreise sich ergeben haben, sondern in erster Linie aus verfehlten Maßnahmen der Verwaltung. Würden diese Maßdispositionen nicht vorgelegen haben, so hätten die guten Gewinne des Jahres 1929 für den Konzern die Schaffung einer Reserve ermöglicht, mit deren Hilfe die augenblickliche kritische Zuspitzung auf den Metallmärkten weitgehend hätte überstanden werden können.

Auch die Mengenentwicklung der Produktion rechtfertigt unsere Behauptung, daß die Gewinne zu niedrig ausgewiesen sind und daß ein reichliches Krisenpuffer aus den vorjährigen Gewinnen hätte geschaffen werden können. Das beweisen folgende Zahlen, die bei den Hauptprodukten sehr beträchtliche Produktionssteigerungen ausweisen.

Minder- oder Mehrproduktion gegen das Vorjahr.

	1928	1929
Ergförderung	- 2,5 Proz.	+ 13,3 Proz.
Eigene Kupfererzeugung	- 9,5	+ 7,8
Silberproduktion	- 4,5	+ 9,3
Bleiproduktion	- 29,0	+ 5,6
Steinkohlenförderung	- 2,9	+ 8,0
Braunkohlenförderung	+ 12,6	+ 2,2
Braunkohlenbriketts	+ 20,1	+ 11,6
Beschäftigte Angestellte u Arbeiter	+ 2,1	+ 3,3
Bezahlte Löhne und Gehälter	+ 7,4	+ 12,2

Der Geschäftsbericht nennt die Belegschaften des Ransfeld-Konzerns die „Nächstbeteiligten“, die für den Konzern auch Opfer zu bringen hätten. Nach der Prüfung der Verantwortlichkeiten steht fest, daß die wirklich Nächstbeteiligten die Verwaltung und ihre Organisationsleiter, insbesondere Herr Otto Wolf, sind. Solange von diesen Nächstbeteiligten nicht die erforderlichen Opfer gebracht sind, sind die von der Belegschaft geforderten Lohnopfer eine Ungerechtfertigkeit. Ransfeld ist nicht in Rot (wenn in einer allgemeinen Krise, die alle trifft, überhaupt von individueller Rot gesprochen werden kann), weil die Belegschaft zu hohe Löhne hat, sondern Ransfeld ist in Schwierigkeiten, weil die Verwaltung weitgehend versagt hat, und weil die wirklich Nächstbeteiligten die erforderlichen Opfer nicht zu bringen bereit waren. Das ist auch heute wieder festzustellen.

Belebung des Güterverkehrs!

Bei der Reichsbahngesellschaft hat sich in der Zeit vom 11. bis 24. Mai eine leichte Belebung des Güterverkehrs eingestellt. Während bis zum 10. Mai die arbeitstägliche Wagenstellung noch zunehmend um 25 000 bis 29 000 Wagen hinter dem Vorjahr zurückblieb, hat sich diese Differenz vom 11. bis 24. Mai von 29 000 auf 19 000 Wagen verringert. Die Verbesserung bei der Reichsbahn könnte, da sie kaum jahreszeitlich zu erklären ist, vielmehr als erstes Symptom einer allmählichen Besserung der Wirtschaft überhaupt angesehen werden. Freilich wird die Entwicklung in den nächsten Wochen abzuwarten sein.

Schuhausfuhr bleibt stark.

Bis April 11,5 Millionen Mark Ausfuhrüberschuß.

Die Schuhhandelsbranche der deutschen Schuhindustrie hat auch im Monat April ihre hohe Aktivität beibehalten. Im Berichtsmonat stellte sich die Einfuhr auf 92 835 Paar Lederschuhe gegenüber 360 878 Paar im April 1929. Die Einfuhr ist also gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um 74,5 Prozent zurückgegangen. Dagegen ist die Ausfuhr von Lederschuhen im Berichtsmonat gegenüber April 1929 von 252 555 auf 387 007 Paare, somit um 53,5 Prozent gestiegen.

Der Wert der eingeführten Schuhfabrikate belief sich im April auf 1,14 Millionen, der Wert der Schuhausfuhr dagegen auf 4,08 Millionen Mark, so daß sich ein wertmäßiger Ausfuhrüberschuß von 2,94 Millionen im April ergibt. Während in den ersten vier Monaten des vergangenen Jahres die Einfuhr um fast 1,8 Millionen Mark höher war als die Ausfuhr, ergibt sich für die Zeit von Januar bis April dieses Jahres ein wertmäßiger Ausfuhrüberschuß von 11,58 Millionen Mark. Hält diese Entwicklung im laufenden Jahr an, so wird 1930 ein Jahr der Rekordausfuhr für die deutsche Schuhindustrie werden.

Dessauer Gas 9 Prozent Dividende. In der Aufsichtsratsitzung der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft-Dessau wurde beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 9 Proz. (wie im Vorjahre) vorzuschlagen. Der Reingewinn der Gesellschaft wurde auf 7 402 422 M. (im Vorjahre 7 379 731 M.) festgestellt. Das Ergebnis des laufenden Jahres war bisher normal.

Die Chemische Fabrik Budau in Ammendorf, die zum Essener Goldschmidt-Konzern gehört und bei einem Aktienkapital von 8,5 Millionen 850 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, verteilt für 1929 6 Proz. Dividende.

Einschränkung der Leistungen

ein gutes Stück entgegenkommen ohne zugleich einen beherzten Schritt zu möglichen und notwendigen Reformen zu tun, die wirklich eine Besserung der Verhältnisse sichern.

Die „Reform“-Vorschläge der Deutschrift der Arbeitgebervereinigungen für die Krankenversicherung haben — was bei einem stark vorkapitalistisch beeinflussten Kabinett weiter nicht verwundert — bei den Regierungsstellen viel Verständnis gefunden. So geht man zum Beispiel mit dem Gedanken um, eine Krankenkassengebühr von 1 Mark festzulegen, wie sie die Vereinigung gefordert hat. Vornehmlich wie in der Arbeitslosenversicherung will man den Mißbrauch treffen; man würde mehr Unschuldige als Schuldige treffen. Eine Krankenkassengebühr bedeutet, daß Tausende und aber Tausende nicht mehr zum Arzt gehen. Viele Leiden, die durch schnelle Hilfe leicht behoben werden könnten, werden nicht kuriert und verursachen später zehnmal höhere Kosten. Will man wirklich fast die Hälfte der Versicherten davon abhalten, rechtzeitig zum Arzt zu gehen? Auch den Vorschlag der Vereinigung,

die Versicherten an den Arznei- und Heilmittelkosten bis zu 25 Proz. zu beteiligen,

will man in das Reformprogramm aufnehmen. Die Apotheken sollen verpflichtet werden, die 25 Proz. zu kassieren, obwohl das aus Schereffekten für die Praxis bedeutet.

Bei der Berechnung des Krankengeldes will man nicht mehr die 7-Tage-Woche, sondern nur die sechs Werkstage zugrunde legen, um die angeblich sehr starken Krankheitsmeldungen bei Feiertagen zu unterbinden. Die Feststellung der Kassen, daß noch nicht 10 Proz. aller Krankheitsfälle am Sonntag enden, scheint auf

Um die Lohnsenkung in Nordwest.

Gewerkschaften und ADGB gegen Lohnabbau.

Im Reichsarbeitsministerium begannen gestern unter dem Vorsitz des Ministerialdirigenten Dr. Mewis die Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für die nordwestdeutsche Eisen- und Stahlindustrie, der für etwa 180 000 Arbeiter und Arbeiterinnen gelten soll. Die Verbände der Metallarbeiter aller drei Gewerkschaftsrichtungen und der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Auftrage der berufsständischen Verbände, d. h. der Verbände, die nicht Metallarbeiter organisieren, bekämpften die von Unternehmerseite beantragte Verbindlichkeitsklärung aus materiellen und rechtlichen Gründen. Die Arbeitslosen- und Wirtschaftsnote wurde dabei in stundenlangen Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien eingehend behandelt. Die Auffassungen darüber konnten nicht ausgeglichen werden, so daß der Reichsarbeitsminister nunmehr vor einer folgenschweren Entscheidung steht.

Eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches würde bedeuten, daß auf Kosten der Arbeiter eine scheinbare Preisentwertung vorgenommen würde, die tatsächlich keine Preisentwertung ist. Statt einer Ankurbelung der Wirtschaft würde die Verbindlichkeitsklärung nur die Verschärfung der Wirtschaftskrise und die Vergrößerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Nur wenn die Spanne zwischen Kaufkraft und Preisen verringert würde, d. h. wenn eine tatsächliche Preisentwertung einträte, nur dann könnte eine Verminderung der Arbeitslosigkeit und damit eine Wiederbelebung der Wirtschaft die Folge sein. Eine Verbindlichkeitsklärung würde auch die Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der Unternehmer und der Arbeiter in Frage stellen.

Erweitert die Krisenfürsorge!

Die Gewerkschaften an den Reichsarbeitsminister.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in einem an den Reichsarbeitsminister gerichteten Schreiben dringend die Erweiterung der Krisenfürsorge gefordert. Das vom 4. Juni 1930 datierte Schreiben lautet:

„Die tägliche Zunahme der Zahl der aus der Arbeitslosen-

sicherung ausgesteuerten Arbeitslosen sowie auch die Tatsache, daß immer mehr Arbeitnehmer nicht mehr die Möglichkeit haben, überhaupt eine Anwartschaft für die Arbeitslosenversicherung zu erfüllen, geben uns Veranlassung, die Notwendigkeit einer Ausdehnung der Krisenunterstützung erneut zu betonen. Es kann unseres Erachtens nicht die Absicht der Reichsregierung sein, das Heer der Hunderttausende von Arbeitslosen, deren Versorgung durch die Arbeitslosenversicherung nicht gewährleistet ist, seinem Schicksal in der kommunalen Wohlfahrtspflege zu überlassen, zumal ja auch Ihnen, Herr Minister, bekannt sein dürfte, daß zahlreiche Kommunen heute an der Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt sind und ihren Verpflichtungen, die ihnen die Fürsorgepflichtverordnung auferlegt, in absehbarer Zeit nicht mehr in vollem Umfange werden nachkommen können.

Wir halten es daher für unbedingt erforderlich, daß dieses außerordentlich ernste Problem sobald zum Gegenstand einer eingehenden Aussprache zwischen Ihnen und den Vertretern der Gewerkschaften gemacht wird, und zwar in einem Zeitpunkt, der eine Berücksichtigung der notwendigen Verstärkung der für die Zwecke der Krisenunterstützung im Reichsetat vorgesehenen Mittel noch zuläßt.“

Mit der Erweiterung der Krisenfürsorge ist keine Zeit mehr zu verlieren. Von den Städten kommen bereits Warn- und Alarmrufe. Viele Gemeinden werden in einigen Wochen keine Wohlfahrtsunterstützung mehr zahlen können. Was das bedeutet, braucht nicht näher erläutert zu werden. Die Situation für die Gemeinden ist höchst kritisch, denn die Wohlfahrtslasten gefährden jeden Stadthaushalt. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Rulert, hat daher am Mittwoch vor den Vertretern der Berliner und der auswärtigen Presse mit allem Nachdruck auf den ungeheuren Ernst der finanziellen Lage der Gemeinden hingewiesen.

Aus finanziellen wie aus inneren organisatorischen Gründen ergibt sich mit gleicher Dringlichkeit die Forderung, die die Städte bereits wiederholt gegenüber Reichsregierung, Reichstag und Öffentlichkeit vertreten haben, daß die Reichsarbeitslosenversicherung alle Lasten der Erwerbslosigkeit im Wege einer zeitlichen, örtlichen und personellen Erweiterung der Krisenfürsorge übernimmt und dadurch im gleichen Umfange die Gemeinden entlastet.

Die Geschäftsstelle des Ortskartells Berlin des ADGB-Bundes und des Bezirkskartells Brandenburg bleibt vom 7. d. M., mittags 12 Uhr, bis einschließlich Dienstag, den 10. d. M., geschlossen.



Als Arzt kann ich Ihnen keine Zigaretten empfehlen. Ich persönlich rauche

Ein Mann, der mir immer dankbar für Tabak!

ENVER BEY

Die feinste türkische Zigarette. Weltmarken Begehen allen 25 Stck. Packungen von 5 Pfg. aufwärts bei.

Konfitüren

Kokosmakronen 1/2 Pfd. 55 Pf.
 Geleemischung 1/2 Pfd. 45 Pf.
 Erfrischungswaffeln 1/2 Pfd. 50 Pf.
 Extra saure Bonbons
 sehr erfrischend 1/2 Pfd. 30 Pf.
 Für Reise Sport und Wandern
 saure Bonbons in Gläsern und Dosen
 Limonadenbonbons
 mit Fruchtsäften gefüllt, 1/2 Pfd. 55 Pf.
 Pfefferminz-Fondants 1/2 Pfd. 35 Pf.
 Schokoladen-Malkäfer, gefüllt
 u. ungefüllt, in grosser Auswahl

Heute zu Tiets:

Billige und gute Lebensmittel einkaufen

Verkauf soweit Vorrat - Mengenabgabe vorbehalten
 Leicht verderbliche Waren sind vom Versand ausgeschlossen!

Kuchen und Gebäck

Grosser Hefekuchen .. Stück 1,30
 AlldoitscherKuchen Stck. 1,20 85 Pf.
 mit Schokoladen-Überzug 1,35 95 Pf.
 Obsttorten Stück 95 Pf.
 Gefüllter Bienenstich oder
 Streuselkuchen Stück 70 Pf.
 Königskuchen Stück 75 Pf.
 Königskuchen mit Schokolade, Stück 90 Pf.
 Ananas-od. Merzipschnitten
 oder Fürst Pökler Stück 95 Pf.
 Hefekränze Stück 65 Pf.
 Adalbertskek Rolle 25 Pf.
 Teegebäck 1/2 Pfd. 55 Pf.

Frisches Fleisch

Schweinebauch o. Beleg, Pfd. 92 Pf.
 Schweineschulterblatt Pfd. 1,00
 Schweineschinken Pfd. 1,14
 Schweinekamm
 oder -schult., ohne Beleg, Pfd. 1,34
 Kassler mild Pfd. von 1,28 an
 Eisbein mit Spitzohr, gepökelt, Pfd. 58 Pf.
 Rückenfett (Braterei, o. Schmalz), Pfd. 74 Pf.
 Pökelschinken mild Pfd. 1,28
 Kalbshaxen Pfd. 68 Pf.
 Kalbskamm ohne Beilage, Pfd. 94 Pf.
 Kalbsschnitzel Pfd. von 2,20 an
 Kalbsroulade Pfd. von 1,58 an
 Kalbskotelett Pfd. von 1,48 an
 Roastbeef o. Ka., Pfd. von 1,58 an

Wurstwaren

Sülzwurst Pfd. 90 Pf.
 Dampfurst Pfd. 96 Pf.
 Leberwurst Russ.-Art, Pfd. 1,10
 Knoblauchwurst Pfd. 1,15
 Jagdwurst Pfd. 1,15
 Mettwurst Braunschweig, Pfd. 1,25
 Schinkenpolnische Pfd. 1,30
 Feine Leberwurst Pfd. 1,40
 Zervelat oder Salami Pfd. 1,65
 Teewurst Pfd. 1,70
 Holst. Zervelat Pfd. 1,80
 Holst. Salami Pfd. 1,80
 Grobe Teewurst Pfd. 1,80
 Feldarmwurst Pfd. 1,85
 Schinkenspeck Pfd. 1,90
 Fetter Speck Pfd. v. 95 Pf. an

Käse u. Fette

Comembert vollfett, St. 20 Pf.
 Allg. Stangenkäse Pfd. 36 Pf.
 Brikkäse vollfett Pfd. 60 Pf.
 Tilsiter vollfett, Pfd. von 72 Pf. an
 Dän. Schweizer 90%, Pfd. 80 Pf.
 Steinbuscher vollf., Pfd. 80 Pf.
 Edamer 90%, Pfd. 68, 40%, 90 Pf.
 Holländer 20%, Pfd. 68 Pf.
 Holländer 40%, Pfd. 90 Pf.
 Bayr. Schweizer Pfd. v. 1,38 an
 Margarine Pfd. 50, 62 Pf.
 Bratenschmalz Pfd. 65 Pf.
 Molkereibutter Pfd. 1,36
 Old. Grasbutter Pfd. 1,48
 Dän. Butter Pfd. 1,58

Konserven

Jg. Erbsen fein 1,20
 Jg. Erbsen mittelfein .. 95 Pf.
 Gemüseerbsen 55 Pf.
 Jg. Erbsen mit Karotten 95 Pf.
 Gem. Gemüse 1,65
 Junge Karotten 75 Pf.
 Junge Borch- und
 Schnittbohnen 58 Pf.
 Aprikosen halbe Frucht 1,25
 Pflaumen mit Stein ... 60 Pf.
 Preiselbeeren 1,25
 Kalif. Pflirsiche 1/2 Frucht 1,45
Wochenend-Konserven
 zu billigen Preisen

Kolonialwaren

Auszugmehl Pfd. 26, 30 Pf.
 S-Pfd.-Beutel 1,50, 1,60
 Karloffelmehl Pfd. 19 Pf.
 Sulfaninen Pfd. von 32 Pf. an
 Korinthen Pfd. 54 Pf.
 Mandeln Pfd. 1,60
 Kokosraspel Pfd. 56 Pf.
 Zitronal Pfd. 1,40
 Hartweizengriess Pfd. 34 Pf.
 Weizengriess Pfd. 30 Pf.
 Pains-Reis Pfd. 32 Pf.
 Eierschnitnudeln Pfd. 50 Pf.
 Vanille 1 Stg. u. 18, 35, 55 Pf.
 Vanillezucker 5 Pakete 20 Pf.

Obst u. Gemüse

Bananen 2 Pfd. 98 Pf.
 Zitronen Dutzend von 52 Pf. an
 Tafeläpfel Pfd. 58 Pf.
 Ital. Kirschen Pfd. 55 Pf.
 Tomaten Pfd. 38 Pf.
 Radieschen 4 Bund 10 Pf.
 Stachelbeeren unreife, Pfd. 15 Pf.
 Grüne Gurken Stck. von 20 Pf. an
 Salat 3 Köpfe 10 Pf.
 Rhabarber 3 Pfd. 12 Pf.
 Grüne Bohnen 2 Pfd. 35 Pf.
 Schoten 2 Pfd. 45 Pf.
 Möhren grosses Bund 36 Pf.
 Blumenkohl Kopf von 25 Pf. an
 Kohlrabi Mandel 20 Pf.
 Spargel Pfd. von 10 Pf. an
 Neue Kartoffeln 6 Pfd. 75 Pf.

Hammel Vorderfleisch, Pfd. von 1,08 an

Suppenfleisch Pfd. von 78 Pf. an
 Schmorfleisch Keule o. K., Pfd. 1,32
 Gulasch gemischt, o. Ka., Pfd. 98 Pf.
 Schabefleisch Pfd. 1,32
 Hackepeter gewürzt Pfd. 1,00
 Schweineköpfe m. Fett, Pfd. 44 Pf.
 Rindertalg roh Pfd. 28 Pf.

Junge Tauben
 Stück von 80 Pf. an

Junge Hühner
 Stück von 135 Pf. an

Suppenhühner
 frisch geschlachtet, Pfd. von 108 Pf. an

Hühner gefroren
 Pfd. von 82 Pf. an

Rehblätter
 Pfd. von 90 Pf. an

Fische

*Schellfisch n. Kopf, in ganze, Pfd. 14 Pf.
 *Seelachs im ganzen Pfd. 20 Pf.
 *Kabeljau im ganzen Pfd. 14 Pf.
 *Rotbars Pfd. 20 Pf.
 *Zander gefroren Pfd. von 60 Pf. an
 *Kabeljaufilet ohne Bauchlappen, Pfd. 28 Pf.
 *Schleie u. Aale Pfd. von 1,20 an
 *) In allen Häusern ausser Andreasstr.

Gefrierfleisch

Schmorfleisch ohne Knochen, Pfd. 1,24
 Gulasch ohne Knochen Pfd. 98 Pf.
 Suppenfleisch Pfd. von 78 Pf. an
 Hammelvorderfleisch Pfd. von 89 Pf. an
 Hammelrücken Pfd. 98 Pf.
 Hammecke Pfd. 1,08
 Rinderleber Pfd. 1,18
 Rinderbacken o. Knoch., frisch, Pfd. 48 Pf.
 Rinderlungen frisch Pfd. 38 Pf.
 Rinderherzen frisch Pfd. 58 Pf.
 Euter frisch Pfd. 24 Pf.
 Schweineieren frisch Pfd. 98 Pf.

Konfitüre
 Eimer ca. 2 Pfd.
 Pflaumen 90 Pf.
 Aprikosen 1,15
 Johannisbeer 1,15
 Himbeer 1,30
 Kirsch 1,30
 Erdbeer 1,40
 Ananas 1,45
 Vierfrucht-
 marmelade 85 Pf.

Preiswerte Angebote unserer Wein-Abteilung
 1929er Liebfraumilch 125
 1929er Spätburgunder 185
 1929er Riesling 10 Pf.
 1929er Dürkheimer Riesling 12,00
 1929er Edenkoberer
 Spezial Apfel-Cider
 süsser Apfelwein
 Liter 85 Pf., 5-Ltr.-Fl. 4,00
 Roter süsser Johannis-
 beerwein, in bekannter
 Qualität
 Liter 85 Pf., 5-Ltr.-Fl. 4,00
 Rheinpfälzer Weisswein
 gute Qualität
 Liter 1,00, 5-Ltr.-Fl. 4,75
 Unsere Spezialität:
 Deutscher Weinbrand***
 40% Orig.-Fl. 4,00 vom Fass, 4,60
 Liter
**Himbeer- Kirsch- oder
 Zitronen-Saft 1,40 1,30**
 gute Qualität, mit Extrakt, einlitr. Fl., 1/2 Fl. auch sortiert

Port. Gelsardinen
 4 Portionen
 95 Pf. 98 Pf.
Salatöl
 1/2 Fl. 1/2 Fl. 1/2 Fl.
 60 Pf. 1,00 1,85
Kaffee
 frisch gebrannt, aus eigener
 Rösterei,
 Pfd. von 2,10 an

Räucherwaren

Bücklinge Pfd. 35, 45 Pf.
 Bundsaale Band von 30 Pf. an
 Seelachs geräuchert Pfd. 38 Pf.
 Schellfisch geräuch., Pfd. v. 32 Pf. an
 Stückenflundern Pfd. 38 Pf.
 Räucherflundern Pfd. 42 Pf.
 Stückenlachs Pfd. 1,30

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 6. 6
Staats-Oper
 Unter d. Linden
 Tell-Ab. 8. P. Nr. 10
 Jahres-Ab.-V. Nr. 143
 20 Uhr
Madame Butterfly
 Ende n. 22 1/2 Uhr
Freitag, 6. 6
Städt. Oper
 Bismarckstr.
 Turnus I
 20 Uhr
Aikestia
 Die Opferung
 d. Gefangenen
 Ende 22 1/2 Uhr
Staats-Oper
 im Platz der Republik
 Vorst. 97
 20 Uhr
Fidelio
 Ende 22 1/2 Uhr
Staatl. Schiller-Theater, Charlfbg.
 20 Uhr
G'wissenswurm
 Ende nach 22 Uhr

Volksbühne
 Theater am Bülowplatz.
 8 1/2 Uhr
Julius Caesar
 Regie: Karl Heinz Martin
Staatl. Schiller-Th.
 8 Uhr
G'wissenswurm
Staatsoper
 Am Pl. d. Republik
 8 Uhr
Fidelio
Deutscher Theater
 8 1/2 Weidemann 5201
 8 Uhr
 Heute zum 24. Mal
Phaea
 von Fritz v. Unruh.
 Regie: Max Reinhardt
 Musik: Friedrich Hollaender.
Kammerspiele
 8 1/2 Weidemann 5201
 8 1/2 Uhr:
Jphigenie
 von Wolff v. Goethe
 Inszenierung und Regie:
 Richard Dem-Itzmann
Die Komödie
 11 Bismarck 2414/7514
 1 1/2 Uhr
Soll man heiraten?
 Komödie von Bernard Shaw
 Sprechende Einrichtung:
 Karl Heinz Martin

Winter Garden
 8 1/2 Uhr - Zentrum 2819 - Raucher erlaubt
12 internationale Kunstkräfte 1a
 mit dem Prädikat
 Sonnabend, Sonntag u. Montag je 3 Vorstellungen,
 4 Uhr und 8 1/2 Uhr. - 4 Uhr kleine Preise.
Das führende Varieté

Theater l. d. Behrenstr. 53-54
 9 1/2 U. A 4 Zentrum 929-927 8 1/2 U
 Direktion Ralph Arthur Roberts
Mein Vetter Eduard
 Schwanke in 3 Akten von Fred Robs
Reichshallen-Theater
 8 Uhr: Das große Pfingst-Programm
Stettiner Sänger
 1. und 2. Feiertag, 3 Uhr:
 Nachmittags-Vorstellung
 zu halben Preisen!
 Tel.: Zentrum 112 63
Dönhoff - Brecht (Saal und Garten)
 Varieté / Konzert / Tanz / Gesang!

Frühkonzert
 am 1. und 2. Feiertag
Nachmittags-Konzert
 an allen drei Feiertagen
 im historischen
Allen Eierhäuschen
 Treptow (Plänterwald)

Direktion: Dr. Martin Zickel
Komische Oper
 Friedrichstr. 104. Mark 1401 4330.
Heute 7 1/2 Uhr Premiere:
Liebe und Trompetenblasen
 Schütz / Westermeyer / Finkler
 Jahrbeck / Maid / Behrlisch
Lustspielhaus
 Friedrichstr. 256. Bergmann 2922/25.
 Neuenstudiert 8 1/2 Uhr
Vater sein dagegen sehr
 mit Lucie Englisch
 Vorverkauf in beiden Häusern ab
 10 Uhr ununterbrochen.

ROSE THEATER
 Große Frankfurter Str. 132
 Billettkasse: Alex. 3422 u. 3494
Täglich 8.15
Jenny steigt empor
 „Jenny steigt empor“ bleibt
 nur noch bis Freitag,
 8. Juni auf dem Spielplan.
 Ab Sonnabend, den 7. Juni
 täglich 8 1/2, Sonntags auch 8
Arm wie eine Kirchenmaus
 mit Traute, Paul u. Willi Rose,
 Robert Müller u. Erich Wildt.
Am Pfingstsonntag:
 Eröffnung der Gartenbühne
 Täglich 8 1/2 Uhr nachmittags
 (Sonntags 5 1/2 Uhr)
 8 artistische Variationsnummern
 und
 „Lene, Lotte, Liese
 mit Erna Kersten, Hilde Hoyer
 Loni Pyrmont, Karl-Gottlieb
 Hans Rose, Eger Kanisch
 u. Carl Muth in d. Hauptrollen
 Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag
 um 4 Uhr morgens
Große Frühkonzerte
 mit
Hessen-Varietétschau.
 Der Vorverkauf hat begonnen

Dr. Dr. Martin Zickel
Komische Oper
 Friedrichstr. 104.
 Merkur 1401/4330.
Heute 7 1/2 Uhr
Premiere
Liebe und Trompeten-
blasen
 Schütz / Westermeyer / Finkler
 Jahrbeck / Maid / Behrlisch
Lustspielhaus
 Friedrichstr. 256.
 Bergmann 2922/24
 Neuenstudiert
 8 1/2 Uhr
Vater sein
dagegen sehr
 mit Lucie Englisch

Kleines Theat.
 Merkur 1624
 Täglich 8 1/2 Uhr
Max Adalbert in
Das Parfüm
meiner Frau
 Lustspiel
 von Leo Lenz

Lessing-Theater
 Weidenstr. 2797 u. 6945
 Täglich 8 1/2 Uhr
Heute abend
wird aus dem
Stegreif gespielt
 von Pirandello
 Regie:
 Gustav Hartung

Metropol-Th.
 Täglich 8 1/2 Uhr
Mit Dir allein auf
einer einsamen
Insel
 Michael Hohen, Alfred
 Braun, Flehr, Hoffmann

Erröte Bowlen rezepte gratis!



6 Preise

1 Fl. Bowlenfruchtwein	29 Pf.
1 Fl. Apfelwein	39 Pf.
1 Fl. Cyder	49 Pf.
1 Fl. 1929er Rheinwein	59 Pf.
1 Fl. 1929er Flonheimer	69 Pf.
1 Fl. Malfrank	79 Pf.

6 Beweise
 unserer Leistungsfähigkeit

Lello
 G. M. B. H.

N: Oberberger Str. 7	SW: Bergmannstr. 103	Steglitz: Düppelstr. 28
Druckbeimer Str. 6	S: Prinzenstr. 24	Schöneberg: Schönstr. 14
Schwerzstr. 2	SO: Maentelstr. 50	Köpenick: Lichtenfelder Str. 7
Müllerstr. 93	NO: Eibinger Str. 30	Tegel: Schleierstr. 21
Tücher Str. 76	W: Börsenstr. 14	Treptow: Granitzstr. 12
O: Boch-ges. Str. 115	SW: Bredowstr. 8	Wilmersdorf: Lauenburger Str. 3
Paul-Singer-Str. 16	NO: Endower Str. 5	
Cöpenick: Bahnhofsstr. 19	SW: Maentelstr. 18	
Schlösstr. 26		

Baumschulenweg: Charlottenburg:
 Baumschulenstr. 12 Danckelmannstr. 12
Neukölln: Kaiser-Friedrich-Str. 47 / Bergstr. 150

SCALA
 Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr. 8 3 Uhr. 9250
 Pr. 1-6 M. Wochentg. 5 U. 30 Pf.-3 M.
 12 Attraktionen höchster Klasse!

DEAZA
 Tägl. 8 u. 8 1/2
 Saab. 7. u. 8. 8 1/2
 Alex. E. 4. 8066

Wilhelm Harstein
 der beliebte Humorist
 und 8 erstklassige Attraktionen

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
 Lohrstr. 97.

Nur noch wenige Aufführungen!
Rentier Mudicke
 Sommerpreise. Billig:
 90 Pf. 1.- Mark 1,50 Mark

RESTAURANT
JEDERMANN
 MATRIK. KEMPKINCK

Koloman Mikszath: Der Sensenkauf

Ich war einmal Zeuge, als Gevatter Gregor Tschomal in eine Eisenwarenhandlung trat.

„Schönen guten Tag!“ sagte er.

„Was wünschen Sie?“

„Ich könnte gerade eine Sense brauchen.“

Der Kaufmann springt auf und legt einen Berg Sensen vor ihn hin. Tschomal blinzelt feindselig in die Richtung der Sensen.

„Marke „Kanone“, wenn es dem Herrn recht ist,“ sagte er, sich mit verächtlicher Gebärde von den Sensen abwendend.

Der Kaufmann schichtet die Sensen (Marke „Büffel“) wieder in das Regal und bringt ein paar von der verlangten Marke.

„Es wird dort noch mehrere geben,“ meint Tschomal, über die Schulter zurückspähend.

Der Kaufmann schleppt geduldig alle Sensen mit Kanonenmarke herbei.

Gregor Tschomals Augen gleiten an allen entlang, doch nicht um die Welt würde er eine davon berühren. Er beginnt sich den Kopf zu kratzen.

„Na, wo fehlt es noch?“

„Doch ich eigentlich doch lieber die Büffelmarke sehen möchte.“

Was konnte er tun, er schleppte noch einmal alle Sensen, Schutzmarke „Büffel“, herbei.

Gevatter Gregor ist die Sache jetzt selbst schon etwas peinlich und er nimmt „scheinbar zufällig“ eine unter den vielen in die Hand.

Er schließt erst das rechte Auge und sieht daran entlang, dann schließt er das linke Auge, während er die Sense bereits senkrecht in der Hand hält, dann läßt er sie mit der Spitze zur Erde herab, schließlich hebt er sie über seinen Kopf und schielt sie von unten lange an.

„Was könnte sie kosten?“ wirft er gleichgültig hin.

„Zwei Gulden.“

„Diese Sense?“ fragt er spöttisch. „Das kann nicht sein! Diese Sense hier?“

Er legt sie auf das Regal und zieht mit der Hand eine Linie in die Luft, dort, wo der Griff sein wird, wie sich das dann ausnehmen würde. Dann fühlte er mit seinem hornharten Daumen über die Schneide auf beiden Seiten, bespitzt sie an vier, fünf Stellen mit dem Knöchel des Zeigefingers, endlich senkt er sie zur Erde und biegt sie über dem Knie.

„hm... na... Wirklich zwei Gulden?“

Der Kaufmann schwört, er könne nichts nachgeben. Er selbst hätte so viel dafür bezahlt.

„Gebrannt ist sie nicht gut, das weiß der Herr selbst.“

„Die allerfeinste englische Sense.“

„Aber, aber, der Herr braucht mich nicht zu verulken. Die ist aus einer alten Sense zurechtgeschämert.“

„Bestes Material! Die hält ewig.“

„Wenn sie nicht scharf wird,“ bemerkte Gregor Tschomal lachend.

„So eine Sense hatten Sie noch nie.“

„Wer — ich? Für wen hält mich der Herr eigentlich?“

„Sehen Sie sich nur bitte diese Sense an.“

„Ansehen? Wozu ansehen? Sense ist Sense. Eine ist wie die andere. Fällt mir nicht ein, sie anzusehen. Durch Zufall habe ich diese gewählt. Also heraus mit der Farbe, schnell, was wollt Ihr dafür? Ich habe dringend auf dem Markt zu tun.“

„Ich sagte bereits, zwei Gulden!“

„Hat der Herr denn gar kein Gewissen? Zwei Gulden für so ein Ding? Wenn ich nur wüßte, was daran wertvoll ist.“

Daraufhin untersucht er die Sense noch einmal, schwingt sie durch die Luft, dann geht er mit ihr hinaus wegen des besseren Lichtes. Von der Schwelle ruft er zurück:

„Reinen Hut habe ich dein gelassen.“

Dort draußen läßt er die Sonnenstrahlen über die Klinge tanzen. Die lustig über die glatte, blaue Fläche laufen. Er hebt sie zum Munde hoch, haucht darauf und wartet hingebungsvoll, welche Fläche der Atem verschleiert hat und wie schnell sie sich wieder klärt. Dann läßt er sie auf den Pflastersteinen erklingen.

„Eine verrückten Klang hat sie,“ brummte er und darauf schürft er in das Geschäft zurück, auch jetzt noch bedeutend „Ihr Klang paßt mir nicht. Läßt mir der Herr sie um achzig Kreuzer oder nicht?“

„Einen Groschen will ich nachgeben. Nehmen Sie sie um einen Gulden neunzig.“

„Das geht nicht, sie ist es nicht wert. Meine Kinder würden mich entmündigen. Wie ich früher sagte, ja oder nein?“

„Billiger gebe ich sie nicht her.“

„Dann Gott befohlen!“

Er geht hinaus, aber nur bis zur Mitte der Straße, von hier kehrt er gleich wieder um und ruft noch einmal zur Tür hinein:

„Ja oder nein?“

„Nein.“

Verwirrt, kopfschüttelnd dreht er seinen fettigen Hut in den Händen.

„Na, mit so einem hartherzigen Menschen hatte ich bei Gott noch nicht zu tun. Ist ich bei Vernunft bin. Wissen Sie was, Herr? Legen Sie diese Sense hierher in die Ecke. Ich will mir die Sache noch draußen etwas überlegen.“

Nach einer guten Stunde kehrt er zurück mit einem anderen Gevatter.

„Da bin ich,“ schnauzt er, sich den Schweiß von der Stirn wischend, „das ist mein Schwager aus Dorfendorf, Gevatter Komol. Wir haben uns die Sache so überlegt, daß auch er eine Sense kauft, wenn es schon so ist, denn dann wäre es nur in der Ordnung, wenn mir zwei Sensen kaufen, daß jeder die fejnige billiger erhält.“

„Ich kann sie nicht billiger hergeben... Das habe ich schon hundertmal gesagt.“

„Der Herr möge sich's überlegen, nur keine Ueberrettung.“

„Ein Wort, dabei bleibt es.“

„Sie geben nichts nach?“ schnauzt er zornig.

„Nicht einen Heller,“ antwortet jener bestimmt.

„Also dann, was soll ich sagen?“ meint er befängelt.

„Sagen Sie, was Ihnen paßt. Ich rede nicht mehr mit Ihnen.“

„Na na, man darf nicht gleich alles übernehmen. Wenn Sie kein Wort mehr für mich haben, dann her mit Ihrer Hand.“

Jetzt schlägt Gregor Tschomal trödelnd ein.

„Ein Hund, den es gereut. Das Geschäft ist perfekt!“

Mit langsamer Feierlichkeit beginnt er, sein Leihchen aufzuknöpfen, während er seine Augen nicht von der Welt von der Ecke abwendet, wo die gefasste Sense an der Mauer lehnt.

„Da schon,“ blüht es durch sein Hirn. „diese Sense scheint mir trummer und kleiner zu sein.“

Mit einer Miene des Verachts betrachtet er die Bedienung des Ladens. Dann packt er die Sense und wägt sie in der Hand, um ihr Gewicht festzustellen.

„Das ist eine andere Sense,“ bricht er unmutig aus, „ich soll erfahren, wenn das meine Sense ist.“

Und plötzlich knöpfte er die Bleiknöpfe seiner Weste wieder zu.

„Wie könnte es eine andere Sense sein? Machen Sie keine Geschichten, Gevatter, sonst verliere ich die Geduld!“

„Aber, aber... hm, hm... Aber warum hat mich auch der Teufel von hier fortgelockt. Ich bin selbst schuld. Da haben wir's! Was soll ich jetzt beginnen?“

„Aber ich sage Ihnen ja, daß es die gleiche Sense ist.“

„Diese hier? Ich habe ja auch meine zwei sehenden Augen.“

Er zieht die Klinge über den Daumen, biegt sie am Knie, kopft sie ab, trägt sie auf die Straße hinaus, schlägt sie an das Pflaster, haucht darauf, schwingt sie durch die Luft und kommt traurig zur Tür herein gewinkt.

„Sie ist es nicht! Für die hier kann ich nicht mehr geben als einen Gulden fünfzig.“

„Machen Sie hier kein Theater. Wenn Ihnen die Sense nicht paßt, dort sind die übrigen, wählen Sie eine andere.“

„So verrückt bin ich nicht, mich noch einmal von neuem zu ärgern. Es bleibt bei dieser Sense, aber zu angemessenem Preise, denn sie ist weniger wert.“

„Ich will kein Wort weiter hören.“

„Wie? muß wirklich ich den Verlust tragen? Gut. Nimmt der Herr mir wirklich diesen Ueberschuß ab? Kann er's verantworten?“

„Zahlen Sie schnell und halten Sie hier keine Predigten.“

„Gut!“ ruft Gevatter Gregor Tschomal bitter aus. „Der Herr soll recht haben. Aber schneiden wir die Wahrheit in zwei Hälften, damit mir keine Ungerechtigkeit widerfährt. Teilen wir die vierzig Kreuzer.“

„Ich teile nicht.“

„Na denn, hier ist das Geld! Da haben Sie es!“

Er macht sich wieder daran, sein Leihchen aufzuknöpfen, aus dessen innerster Tasche er unter vielem Nachzuden einen Strumpf herausfischt. Aus der untersten Ecke des Strumpfes zieht er eine Guldennote und gibt sie dem Kaufmann.

„Den Rest will ich gleich dazuzählen.“

Aus der äußersten Westentasche zog Gregor Tschomal jetzt zwei Groschen, aus der anderen Tasche vier Kreuzer.

„Wie ist das gleich? Vierundzwanzig...“

Er langte in seine Hosentasche, wo er dreißig Kreuzer entdeckte.

„Vierundzwanzig und dreißig, das sind siebenundfünfzig, Wieviel fehlt noch?“

„Dreiunddreißig Kreuzer...“

„Stimmt,“ meinte er mit unschuldigem Gesicht, „aber das wird schwer halten.“

Und inzwischen beobachtet er mit freundlichem Gesicht die Stimmung des Kaufmanns.

„Hopp... das heißt... warte nur, warte. Wohl habe ich es gesteckt? Was glauben Sie, Gevatter? Na, es wird hier im Tuch verknötet sein.“

In der Ecke des weißen Leinentuchs waren wirklich zwei Groschen eingeknotet.

„Das ist der Samen, Herr Wohlthäter,“ sagt er freundlich, „wo nichts ist, hat selbst der Kaiser das Recht verloren.“

„Noch dreizehn Kreuzer,“ drängt der Kaufmann unerbittlich. „Machen Sie doch keinen Tanz, Herr Wohlthäter. Wozu wäre das gut? Auch so bekam ich eine schlechtere Sense als die erste. Und dann habe ich nicht einen roten Heller bei mir, ich vergaß das Geld auf dem Wagen in der Manteltasche. Sie können doch nicht verlangen, daß ich so weit laufe, wegen der paar Heller. Wir werden ein andermal auf gleich kommen.“

„Ich will die ganze Summe. Holen Sie das Geld, die Sense läuft nicht davon.“

Aber jetzt ergriff Gregor Tschomal die Wut:

„Was, so gering ist meine Ehre hier? Mein Vater und mein Großvater waren Bürgermeister, alle beide, damit Sie es wissen, Herr. Ich bin nicht auf dem Wirtshaus gewachsen. Hauen Sie ihm diese dreizehn Kreuzer hin, Gevatter!“

Und damit packte er beleidigt die Sense.

„Gehen wir, Gevatter...“

In der Türröhre drehte er sich mit schadenfrohen, hinterlistigen Augen um, zuckte mit den Schultern und brüllte, die Sense wie ein Sieger schwingend, in den Laden hinein.

„Soviel kann ich jedoch dem Herrn verraten, das war seine beste Sense, die übrigen sind keinen Schmarren wert.“

(Aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch.)

Pierre Maran: Sklaven des Kautschuks

Von dem Renegat Pierre Maran sind im Verlage Ullstein, Berlin, zwei Bücher erschienen, die in Frankreich großes Aufsehen erregten. Der Verfasser wendet sich in seinen Schilderungen kritisch gegen die Greuel in den französischen Kolonien. Folgende Uebersetzung ist ein Auszug aus dem Buche „Djama, der Hund der Wildnis“.

Männer, Frauen und Kinder tragen in Körben auf ihren Köpfen die Ernte ihres Dorfes zur Station. Die Häuptlinge werden mit ihren Familien aufgerufen und einer nach dem anderen gehen sie an die Waage, ihren Kautschuk abwiegen zu lassen.

Der Kommandant händigt jedem ein Stück Papier aus. Im Befehlsston macht er je nach Gewicht seine guten oder schlechten Bemerkungen.

Die Eingeborenen entfernen sich mit den Papieren, darauf das Gewicht des abgelieferten Kautschuks angegeben ist, in die Richtung der Faktorei.

Allmählich vereinigt der kahle, gelbe Bloß vor der Station. Batouala wird als letzter aufgerufen.

Die Soldaten überzählen die Reihe der Körbe und zeigen ein breites Grinsen.

„Soll das dein ganzer Kautschuk sein?“ hänselt der Sergeant Sandoutou.

Der Kommandant verbietet Batouala den Mund.

„Ich bin absolut nicht zufrieden mit dir!... Ganz und gar nicht! — Ist das ein Gewicht? — Schämst du dich nicht? — Aber wir wissen!... Wir erfahren täglich, daß du der widerpenstigste Diakopf des Bezirks bist! — Wir haben Befehl, auf dich besonders achtzugeben! — Ich dulde keine Widerrede! — Nagel das in deinem Schädel fest! — Zum letzten Male will ich Gnade vor Recht gehen lassen und dich unter der Bedingung nicht bestrafen, daß du in Zukunft mindestens das doppelte Gewicht lieferst!“

„Eh!... Par!... Pardon!... Kommando!... Eh!...“ stammelt Batouala mit aufgeregten Händen und kann sich erst nach einer Weile beruhigen.

„Jamohl! Mein Kommandant! — Ich habe verstanden! — Ich verspreche, du sollst dich in Zukunft nicht mehr beklagen!“

„Schweig, du Sohn einer Hündin! Du farbige Stück Mist!“ brüllt der Sergeant Sandoutou die Worte des Kommandanten deutlich zu machen.

Hilflos gehend gehen die handgreiflichen Filche des Sergeanten wendet sich Batouala an den Offizier.

„Eh!... Par!... Pardon!... Kommando!... Eh!...“

„Wirft du dein Maul halten, du schwarzes Vieh! — Was sollst du ein, dem Kommandanten mitten ins Wort zu fallen?“ brüllt der Sergeant und schwingt seine Fäuste.

Batouala schmeigt. Sein Körper zittert.

Dann wiederholt der Sergeant die Ansprache des Kommandanten:

„Paß auf! Schwarzer Mist! Was dir der Kommandant gesagt hat! — Bis heute Abend hast du hier abzuliefern ein halbes Dutzend Hühner und ein Ziegenlamme! — Wehe dir, wenn du dabei nicht an die Soldaten denkst! — Du weißt also, wenn nicht!... Außerdem wird die Schwester deines Bruders, des Fischers Macoude, meine Frau! — Ich brauche sie sofort! — Der Kommandant hat mir gesagt, nimm sie, wenn sie dir gefällt! — Und komm her mit deinen Ohren an meinen Mund, damit du mich besser verstehst! — Verstehst du von jetzt ab nicht regelmäßig das doppelte Gewicht Kautschuk, versüßern wir erlens deine Frauen und Kinder! — Zweitens reißen wir deine Pflanzungen nieder! — Drittens verflügen wir deine Hühner! Die Gänse und Ziegen dazu! — Viertens streuen wir deine Hüften in Brand! — Und dann, dann sperren wir dich ein! — Verstanden? — Das hat dir der Kommandant gesagt!“

Batouala dreht und wendet sich vor Entrüstung.

„Häßt du die Schmauz, du Hundesohn! — Häßt du...“ brüllt Sandoutou.

Batouala wehrt sich verzweifelt.

„Rein, das hat der Kommandant nicht gesagt! — Rein! — Er hat gesagt...“

Da springt der Sergeant dem Häuptling an die Kehle...

„Boua!... Banti!... Mi!...“

Drei Kolonialsoldaten kommen aus der Station gesprungen.

„Weg mit dem Schwein, in den Kasten!“ kommandiert Sandoutou wulsthaubend und er benutz die drei Soldaten als Zeugen, um dem Kommandanten zu erklären:

„Mein Kommandant! — Batouala, dieser Dreckschlingel, kommt immerzu mit demselben Pölkamer! — Immer, immer, immerzu!“

Da der Kommandant keine Lust zeigt, etwas zu erwidern, beruft sich der Sergeant nochmals auf seine geliebten Zeugen:

„Kommandant! Er hat dich beleidigt! Schmer, schwer beleidigt in seiner Schweinesprache! — Es macht ihm Spaß, den großmäuligen Häuptling zu spielen, aber wir werden ihm das Maul stopfen! — Dienst ist Dienst!... Weg mit ihm in den Kasten!“

Im Gesicht des Kommandanten wechelt das Blut. Seine Backenmuskeln spannen sich und wildend springt er auf sein Opfer, krallt seine Fingernägel in die nackten Schultern und schneidet den Schwarzen hin und her, der wie ein Tier dasteht und nicht begriff, was geschieht.

„Du Sauhund!... Du Schweinehund!... Du Misthund!...“

Jaja! — Es stimmt, was sie sagen, nur mit dem Knüppel soll man mit euch sprechen! — Du wagst mich zu verhöhnen und zu beleidigen? — Jeder andere Kommandant hätte dir mit dem abgelieferten Kautschuk solange um die Ohren gehauen, bis mehr dazugelegt hätte! — Bei einer so miserablen Ublieferung habe ich schon morgen meine Anführer von den Kommandanten in Arbedje und Banjai zu erwarten! — Und du wagst mich auszulachen?“

Die Stimme des Kommandanten überschlägt sich vor Haß und Wut.

„Weißt du nicht, daß wir Kommandanten mit dem Gewicht des abgelieferten Kautschuk im Dienstgrad und in der Entlohnung steigen und fallen? — Das weißt du nicht? Weißt du überhaupt, wer du bist? — Hier existiert kein Häuptling Batouala! — Jeder Schwarze ist Arbeiter... ist der Sklave des Weißen! — Verstanden? — Der Sklave! — Und nichts mehr! — Wenn du hier verstockst, den Worten zu markieren, dann...“

Der Kommandant macht den Soldaten ein Zeichen.

„Dreizehn Tage Weißblech und 100 Franken Geldstrafe! — Verstanden, Batouala? — Dreizehn Tage Weißblech und 100 Franken! — Sind die 100 Franken nicht beizeiten bezahlt, verdoppelt ich die dreizehn Tage! — Verstanden, Batouala? — Verfluchte Schweinerei! — Wer rotet dieses Ungeheuer aus der Welt?“

Djama, der rothhaarige Hund Batoualas, sitzt schwanzwedelnd neben seinem Herrn, kratzt die Zähne und sieht scharf den weißen Mann an, der keine Klöße in die Erde stampft.

„Wem gehört dieses Vieh von Hund?“ stößt der Kommandant mit dem Fuß nach dem Tier. „Ich will diese Viehler nicht sehen! — Hunde und Negel! Ein und derselbe Dreck!... Weg damit! — Sofort!“

Steinwürfe... Hundegeheul und Getöse!...

Inzwischen kommen die abgelieferten Häuptlinge aufgeregt aus der Faktorei.

Die ewige Taschenpieterei!

Sie zählen den ausbezahlten Betrag für den abgelieferten Kautschuk von einer Hand in die andere und gehen hinüber zur Station, die Kopfsteuer für ihre Sippen zu bezahlen.

Zwei Soldaten führen Batouala ab.

Im weiten Bogen kommt der Hund durch die Umzäunung zu den Weißblechparaden getroffen. Er findet seinen schwarzen Herrn und Batouala streichelt das gute Tier.

(Berichtigte Uebersetzung von C. V. Süssgen.)

Häuser in Baumkronen. Die Eingeborenen der Philippinen bauen vielfach ihre Häuser oben auf den Baumstämmen. Der Baumkamm selbst dient dann als Treppe. Im Boden des Hauses sind Deckungen angebracht, durch die die geschickten Kletterer hineinkriechen. Das ganze Oberteil des Hauses besteht aus Balustraden und Balken, dem menschlichen Baumaterial der Tropen. Daß diese Häuser in der Höhe gebaut wurden, hatte zunächst keinen Grund darin, daß die Eingeborenen sich auf diese Weise gegen feindliche gefasste Nachbarn und wilde Tiere schützen wollten. Oben in den Baumkronen haben sie ja einen vorzüglichen Aussichtsposten, auch ist ein Anzeiger von dort oben leichter im Abstand zu halten. Diese lustigen Wohnungen dienen in der Hauptsache den jungen Weibern, während die Älteren ihre Häuser auf dem Boden bauen.

„Altes Berlin“ und die Kunst. Epoche barbarischer Gefühllosigkeit. — Unterlassungssünden einer vergangenen Zeit.

Auf der überreichen Sommerchau, die uns das Alte Berlin zeigt (übrigens: bis zur unmittelbaren Gegenwart, und bis Köpenick und Wannsee: also nicht zu wörtlich genommen!), kommt die Kunst nicht schlecht weg, in weiterem Sinne hat wohl das meiste Kunstwert. Schon die drei neuen Ausstellungslöcher, die mit der vorhandenen Funthalle einen riesigen Ehrenhof um den Funkturm schließen, sind als architektonisch gute Leistung anzusprechen. Naturgemäß verteilt sich das, was man unter hoher Kunst versteht, recht ungleich auf die Abteilungen. Bei den Porträts großer Männer aus dem 18. und 19. Jahrhundert wird man leider ziemlich vergeblich nach Qualität ausspähen; darauf haben die Herren keinen Wert gelegt. Liebermanns Bildnis von Emil Rathenau ist ungefähr der einzige Lichtblick, übrigens eins seiner besten Porträts.

Die führenden Meister.

Stärkerer Nachdruck wird in der städtischen Abteilung „Alt-Berlins Kulturwille“ auf Kunstwerke gelegt. Die Akademie der Künste stellt naturgemäß ihre führenden Meister heraus, von Schadow und Bernhard Kade bis zu Krüger. Ihren Mittelpunkt bildet Gotfried Schadow, typischster und größter Vertreter einer spezifisch Berliner Kunstausstellung, deren Grundzüge eine gesunde nüchternen Ehrlichkeit der Naturabbildung war und ist; wie leicht würde man das heute „Sachlichkeit“ nennen, wiewohl ohne durchweg überzeugende Begründung. Schadow ist nicht nur in der Akademieabteilung mit herrlichen Zeichnungen, Radierungen und Skulpturen vertreten, er hat auch einen besonderen Raum für sich erhalten. Man sollte die Gelegenheit benutzen, den außerordentlichen Zeichner von Ranken und Lebensbeschreibungen kennenzulernen. Diese Zeichnungen sind, den meisten unzugänglich, in der Bibliothek der Kunstakademie in der Hardenbergstraße gesammelt; hier bietet sich einmal die Gelegenheit, Schadow von seiner stärksten Seite kennenzulernen. Wir haben in Berlin leider viel zu wenig Hauptwerke des Bildhauers Schadow; das Bierergespinn auf dem Brandenburger Tor, der Mars in einer verborgenen Nische seines Durchgangs, der Jäthen sind fast das einzige leicht zugängliche; schon die bzaubernden Prinzessinnen im Berliner Schloß und das ruhende Grabmal des jungen Grafen Mark in der Dorotheenstädtischen Kirche sind fast nur durch Reproduktionen bekannt, und der Rest ist Schweigen. Angesichts dieser Schwierigkeiten hätte die Ausstellungsleitung noch viel mehr zeigen dürfen, viellecht in einer ganz umfassenden Schau von Gipsabgüssen, Tonmodellen und Zeichnungen; man darf ihr aber dankbar sein, daß sie wenigstens den Zeichner einigermaßen anschaulich gemacht hat.

Daß die vortrefflichen Alt-Berliner Maler Krüger, Biechen, Hummel, Gaertner nur mit Stichproben vertreten sind, anstatt in geschlossenen Kollektionen, liegt wohl daran, daß sie im vergangenen Jahre in der ausgezeichneten Rückschau auf „Hundert Jahre Berliner Kunst“ im Reichsopernhaus ausführlich dargestellt worden sind. Schlichtlich mag man aber sagen: wir können die sonst ziemlich verstaubten und verstaubten Werke unserer besten Künstler gar nicht oft genug zu Gesicht bekommen, und das sollte jede Ausstellungsleitung beherzigen.

Wilhelminische Verballhornung des Schauspielhauses.

Lobend darf in diesem Sinne hervorgehoben werden, daß die köstlichen Rundbilder mit den neun Mäusen von Wilhelm Bach aus ihrem Versteck herbeigeht und in der Abteilung „Oper und Schauspiel“ ausgestellt wurden. Sie bildeten den wenigsten



So sollte der Berliner Dom aussehen

wohl noch erinnerlich) den wesentlichsten Schmuck der alten Dede im Schindelfischen Schauspielhaus, das die wilhelminische Verballhornung um seinen alten Zauber gebracht hat. Woch, den man sonst nur in den historischen Wohnräumen des Schloßes, in der Berderischen Kirche und in den fabelhaften Zeichnungen der Akademiebibliothek, Hardenbergstraße, kennenlernen kann, zeigt sich in diesen anmuthvollen, stark bewegten klassischen Gestalten von seiner liebenswürdigsten Seite, und man kann sie hier natürlich besser studieren als das jemals im Schauspielhaus möglich war.

Auf architektonischem Gebiet interessieren am stärksten die alten, leider nie zur Ausführung gelangten Pläne für das Denkmal Friedrich des Großen und den Berliner Dom. Es ist gut, daß an diese alten Unterlassungssünden einmal so vor aller Dessenlichkeit erinnert wird. Der schönste Entwurf für ein Friedrichs-Denkmal rühmt bekanntlich von dem größten Architekten Deutschlands noch Schüler her, von Friedrich Gilly; es sollte ein tempelartiger Bau auf dem Leipziger Platz werden, ein Ehrenmal, das den großen Gedanken des Klassizismus auf absolut vollendete Weise ausgedrückt hätte. Gerade unserer Zeit, die herrliche wie alltägliche Ideen wieder in architektonischer Form zu würdigen versteht, hätte dieser geniale Wurf ungemein eingeleuchtet, aber die kleinen Verhältnisse der napoleonischen und der Restaurationszeit haben seine Ausführung verhindert und Berlin um unweiderbringlich Herrliches gebracht.

Statt würdiger Bauten — grauenhafte Stillosigkeiten.

Das gilt in noch bedauernswerterem Ausmaß für die Pläne des Berliner Doms aus der gleichen Zeit. An Stelle des Gilly-Tempels ist wenigstens das Friedrich-Denkmal Rankes getreten, das künstlerische Tugenden besitzt; an Stelle der köstlichen Pläne Schinkels und seiner Zeitgenossen aber die niederträchtige Domkonstruktion von Koschdorz, die Wilhelm von Doorn uns zur Schande errichten ließ. Die Armseligkeit der Restaurationsperiode unter Friedrich Wilhelm III. und IV. hat verhindert, daß einer der ausgezeichneten Pläne ausgeführt worden ist, die Schinkel für den Dom in würdigem Geist und voller Stille entworfen hat. Man vergleiche nur irgendeines dieser Modelle mit der Wirklichkeit, die unsere Augen täglich beleidigt, um die

Krauer zu begreifen, daß eine Epoche barbarischer Gefühllosigkeit ganz einfach das Geld befaß, um ihre grauenhaften Stillosigkeiten zum Himmel aufzuwirmen.

Eine besonders interessante Abteilung bildet die der Berliner Porzellanmanufaktur. Daß sie im 18. Jahrhundert neben der Meißener die Führung befaß in der delikaten und zerbrechlichen Porzellanfertigung des Porzellans, beweisen aus neue die Birnen mit den kostbaren Tafelgeräten Friedrichs des Großen, der seine Künstler und Formen wenigstens frei schalten ließ und hier ein kulturelles Verdienst besitzt; daß man seine unsoziale Wohnhauspolitik hier nicht in ihrer größten Auswirkung auf die Berliner Mietskassen ausrichtete — die W. Hegemanns großes Werk gebührend angeprangert hat — bildet eine sehr beachtenswerte Blüte der Ausstellung. Auf dem Gebiet des Porzellans hat dann Schadow und nach ihm L. F. Riese vorzügliches in Kleinskulptur geleistet, Schinkel in Vorbildern für Vasen und Leuchter. Nach einer berechneten Pause, die die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts füllt, sind erst in neuester Zeit wieder glücklichere Versuche in figürlicher Darstellung gelungen, von Scheurich und Edwin Schorff, in satirisch heilerer Bemalung von Gebrauchsgeschirren durch A. Seewald und Ruth Schumann. Der Anstoß an die jüngste Bewegung, auch Geräte mit Gefühl für Sachlichkeit zu bilden, im Geiste der Architektur und des Dessauer Bauhauses, ist mit den ganz aus der Technik hervorgegangenen Vasen und Services erreicht, für die Margot Thielmann und Gerhard Mars vorzügliche Muster gegeben haben. Tiere und Menschenfiguren von phantastischer Originalität hat Ludwig Gries beigezeichnet; endlich wieder aus Gefühl für das porzellanhafte heraus, etwa im Sinne der frühen Chinesen, aber durchaus selbständig und von Geist erfüllt. Paul F. Schmidt.

„Schweizer Land“ der Berliner Laubentkronisten als Pioniere.

Wenn Berliner Laubentkronisten auf märkischem Sand blühende Gärten schaffen und dem Garten einen so poetischen Namen wie „Schweizer Land“ geben, so hat das einen tiefen Sinn. Es ist ein Wunschsehnen, so glücklich auf dem kleinen Gärtchen zu sein, wie etwa ein freier Schweizer in seinen freien Bergen.

Die Kolonie „Schweizerland“ in Lichterfelde-Süd, am Parkfriedhof, besteht seit einem Jahr. Die Gemeinde Zehlendorf als Terrainspezialistin hat die große ebene Fläche als Dauerkolonie ausgemessen; „Schweizerland“ besitzt davon 100 000 Quadratmeter. 280 Kolonisten haben sich angesiedelt. Die gewaltige Arbeit der Organisation der Kolonie ist von dem deutschen Sozialdemokraten Otto Klase, dem rührigen, langjährigen Kreisvorsitzenden und Stadterordneten, geleistet worden. Wenn am Sonntag bei einer offiziellen Führung die Fahnen der Republik über diesen kleinen Gartenstadt wehten, so war dies gleichzeitig auch eine Manifestation sozialistischen Willens und sozialistischer Tat, die jeder Kolonist dankbar anerkennt. Jedes Gärtchen hat etwa 300 Quadratmeter; durch vortheilhaftes Austeilen ist das Verhältnis 10:30 noch als sehr günstig zu bezeichnen. Sogar die Vertreter der Zehlendorfer Behörden waren überrascht, wie prächtig die Anlage gelungen ist. Von vornherein war es der Wille der Kolonisten, etwas Musterhaftes zu schaffen, das sich der Dauerkolonie Rehberge ebenbürtig zeigen kann. Man hat sich allgemein an die Richtlinien der Stadt gehalten, nur daß bei diesen teilweise recht kostspieligen Bestimmungen die Stadt als Kontrahent versagte: es sind keinerlei öffentliche Belästigungen für Wege usw. gegeben worden, alles haben die Kolonisten aus eigenem geschaffenen, größtenteils in Gemeinschaftsarbeit. Die großen, mit Backsteinen eingefassten Hauptwege, die Wasserleitung, die Umzäunung, haben riesige Summen erfordert, die Investierung an Bärten auf der Kolonie beträgt jetzt schon etwa 335 000 Mark und wird in Kürze auf eine halbe Million steigen. Es wurden allein 17 Kilometer Zaun gelegt und 6 Kilometer Wasserleitung verlegt. Ein großer Festplatz, Kinder- und Spielplätze, eine Barthehalle für Besucher und ein Freibad sind vorgesehen, zum Teil schon nahezu vollendet. Der Sonntag ist in dieser jungen Kolonie vorläufig noch ein ruftloser Arbeitstag, da wird gehämmert und getrichen, gepflanz, gegossen und gehackt, denn bis zum 1. August, der feierlichen Einweihung von „Schweizerland“, muß alles vollendet sein. Immerhin grenzt es fast an ein Wunder, wenn man sieht, wie gleichsam über Nacht die Erde ein neues Gesicht erhält und auf dem Boden eine Gartenstadt erwächst.

5% RABAT MARKEN

Frohe Pfingsten mit KAISER'S FEST KAFFEE

AUSGEWÄHLTE MISCHUNGEN

Mk. 460 420 400 380 360 340 300 280 240 220 200 d. Rd.

SCHOKOLADE PRALINEN BEKANNT GUTE QUALITÄTEN

50 JAHRE KEKSE BONBONS AUF EIGENEN FABRIKEN

ÜBER 1000 FILIALEN

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

Tariferhöhung unvermeidbar?

Berlin braucht straffste Zusammenfassung aller Verkehrsmittel.

Die drohende Tarifierhöhung bei den städtischen Verkehrsmitteln hat in Berliner Arbeitkreisen große Besorgnis hervorgerufen. Raschgehend veröffentlichte wir einen Artikel, der Anregungen für eine noch drastischere Zusammenfassung aller Berliner Verkehrsmittel gibt. Über die Finanzlage der Verkehrsgesellschaft und ihre Auswirkungen berichtet an anderer Stelle des Blattes der BSB, Direktor Maltzoff.

Kommunale Aufgaben, die in jeder Stadt ohne besondere Schwierigkeiten zu erfüllen sind, wachsen sich in der riesigen Stadt Berlin mit ihren gigantischen Zahlen, Größen und ihrem sprunghaftesten Auf und Nieder der Entwicklung zu Problemen aus. Das zeigt sich besonders auf den Gebieten der Wohlfahrt, der öffentlichen Gesundheitspflege, des Wohnungswezens und des Verkehrs. Zur Lösung dieser Probleme sind die üblichen mechanischen Mittel, die in jeder anderen Stadt vielleicht mit Erfolg angewendet werden können, in Berlin unzureichend.

Freilich gibt es auch in unserer riesigen Stadt Persönlichkeiten an exponierter Stelle, die da glauben, mit den alten mechanischen Mitteln aller Schwierigkeiten Herr werden zu können. Für die Beseitigung der Notlage, in der sich die städtischen Verkehrsmittel gegenwärtig unabweisbar befinden, haben sie das einfache Mittel der Tarifierhöhung bereit. Dabei scheint doch gerade hier eine Tarifierhöhung das am wenigsten geeignete Mittel zu sein. Wenn die Erfahrungen, die mit der letzten Tarifierhöhung gemacht worden sind, deren finanziellen Ertrag man schon im voraus ganz genau ausgerechnet hatte, beweist dies zur Genüge. Die wirtschaftliche Depression mit ihrer starken Arbeitslosigkeit mag zwar zum Teil den Misserfolg der Berechnung verursacht haben, aber keineswegs vollständig. Unumstößliche Tatsache ist, daß eine Abwanderung des Publikums von städtischen Verkehrsmitteln zur Stadtbahn seit ihrer Elektrifizierung erfolgt ist. Auch darf angenommen werden, daß Teile des Publikums sich durch Schaffung eigener Verkehrsmöglichkeiten von städtischen Verkehrsmitteln emancipiert haben.

Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß die Möglichkeit einer Erhöhung der Fahrpreise der Massenverkehrsmittel ihre Grenze findet.

Die Möglichkeit einer Besserung liegt vielmehr in einer noch stärkeren Rationalisierung des Berliner Verkehrs, die unter Berücksichtigung aller vorhandenen Verkehrsmittel einschließlich Stadtbahn zu erfolgen hat. Hierbei ist vorerst grundsätzlich die Frage zu entscheiden, ob die Stadt im Interesse der Bevölkerung und der Wirtschaft Berlins Zuschüsse zu den Verkehrsmitteln leisten soll. Böllig abwegig ist der Gedanke, daß die kommunalen Verkehrsmittel sich unter allen Umständen selbst erhalten oder gar noch Uberschüsse abwerfen sollen. Selbst private Verkehrsgesellschaften haben zeitweise Unterstufungen der Stadt für technische Vervollständigungen des Betriebes erhalten. Es ist selbstverständlich, daß die Stadt verpflichtet ist, dem Bedürfnis der Bevölkerung und der Wirtschaft nach zeitgemäßen Verkehrsmitteln Rechnung zu tragen und zu diesem Zwecke auch Zuschüsse zu leisten. Würde man die Verkehrsgesellschaft nach rein privatrechtlichen Gesichtspunkten führen, so würde der Ausbau des Schnellbahn-

netzes zum Schaden der arbeitenden Bevölkerung in den Arbeiter- und Arbeiterbezirken lange auf sich warten lassen. Die Höhe des städtischen Zuschusses wird natürlich von der Leistungsfähigkeit der Stadt abhängen, und in Zeiten besonderer Not wird auch die Stadt auf die Gewährung von Zuschüssen vorübergehend ganz verzichten müssen. Aber der Grundgedanke, daß städtische Verkehrsmittel Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen haben und insoweit auch keine gewinnabwerfenden Betriebe sein können, muß aufrechterhalten werden. Die Kunst der Betriebsführung wird darin bestehen müssen, die beiden Gesichtspunkte „Erfüllung eines dringenden Bedürfnisses der Bevölkerung“ und „Wahrung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes“ in ein für die Stadt erträgliches Verhältnis zu bringen.

Es kommt darauf an, alle in Berlin vorhandenen Massenverkehrsmittel: U-Bahn, Straßenbahn, Omnibus und Stadtbahn zu einem großen einheitlichen Verkehrsmittel zusammenzufassen.

Ein Gedanke, den Stadtrat Reuter seit langem zu verwirklichen sucht. Wir haben in Berlin große Straßenzüge, in denen alle vier Verkehrsmittel, U-Bahn, Stadtbahn, Omnibus und Straßenbahn nebeneinander herlaufen. Freilich wird jedes dieser Mittel vom Publikum benutzt. Aber sie alle vier sind zur Bewältigung des Publikumsverkehrs nicht notwendig. Das gewaltige Kapital, das in der U-Bahn investiert ist, zwingt dazu, dieses Verkehrsmittel bis zur Spitzentlastung auszunutzen. Ihm darf nicht durch andere Verkehrsmittel Abbruch getan werden. Knotenpunkte des Verkehrs dürfen nicht zur Grundlage der Prüfung über die Leistungsfähigkeit des Unternehmens genommen werden. Vielmehr muß versucht werden, diese Punkte zu entlasten durch Schaffung von Umgehungswegen. Die Kosten hierfür würden sicherlich auf die Dauer billiger sein, als die Unterhaltung eines zweiten Verkehrsmittels. Es kann natürlich nicht Aufgabe dieses Aufsatzes sein, die technische Durchführung dieses Grundgedankes bis ins einzelne darzustellen.

Auch wäre zu versuchen, durch Verhandlung mit Vertretern der Wirtschaft und des Handels, einen Ausgleich in der Bemessung der Massenverkehrsmittel dadurch zu schaffen, daß Beginn und Schluß der Arbeitszeit nach Möglichkeit in den einzelnen Betrieben noch mehr auseinandergelegt wird. Wenn auch derartige Versuche früher gescheitert sind, so ist damit noch nicht erwiesen, daß sie auch für die Zukunft zwecklos sein müssen. Bisher wurden noch niemals irgendwelche Neuerungen auf den ersten Anstoß hin erreicht.

Die Rationalisierung des Berliner Verkehrs ist im Interesse der Niedrighaltung der Fahrpreise und der Allgemeinheit notwendig. Unter Rationalisierung darf nicht verstanden werden ein mechanischer Abbau von Arbeitskräften, sondern die Steigerung der Leistungsfähigkeit und die kluge und richtige Ergänzung aller Verkehrsmittel. Hier scheint mir der Kernpunkt des Verkehrsproblems in Berlin zu liegen.

Max Peters.

Kommt das Karl-Mary-Denkmal?

18. Bezirk — Weißensee.

In der letzten Bezirksordnungsversammlung erfolgte zunächst die Einführung der neuen Bezirksverordneten, die an Stelle der zu Stadträten gewählten Mitglieder getreten sind. Darunter befand sich der sozialdemokratische Bezirksverordnete Otto Kuppel. Ein Antrag der SPD verlangte, daß die Wahl der Wohlfahrtspfleger nach der Stärke der Parteien erfolgen soll. Der Antrag hat folgende Vorgeschichte: Obwohl die sozialdemokratische Fraktion anfänglich für einige Vorschläge der SPD stimmte, lehnte diese es ab, für unsere Vorschläge zu stimmen. Da dies praktisch eine Ausschaltung der Sozialdemokratie bedeutete hätte lehnten diese in der Folge die Unterstützung kommunistischer Vorschläge ab. Seitdem wurden nur Sozialdemokraten zu Wohlfahrtspflegern gewählt. Dies soll durch den kommunistischen Antrag — über den in der nächsten Sitzung weiter verhandelt werden wird — verhindert werden. Angenommen wurde ein Antrag, der die Entfernung des Denkmals Kaiser Wilhelm I. fordert. Die sozialdemokratische Fraktion stellte einen Ergänzungsantrag, der das Bezirksamt ersuchte, beim Magistrat zu erwirken, daß an einem geeigneten großen Verkehrsreichen Platz in Berlin ein Karl-Mary-Denkmal errichtet wird, der gleichfalls angenommen wurde. Eine kommunistisch-bürgerliche Einheitsfront bildete sich bei dem Antrag der SPD auf Streichung von 781 M. für eine Fahnenlange am Gebäude der neuen Volksschule in der Parkstraße. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde einstimmig beschlossen, die im Entstehen begriffene Kleingartenkolonie am Wartenberger Weg in Hohenschönhausen bei der Ausgestaltung der Hauptwege, Einzäumung, Wasserleitung usw. zu unterstützen.

Für Sozialpolitik!

Spiliedt vom ADBB. vor sozialistischen Studenten.

In einer öffentlichen Versammlung der Sozialistischen Studentenschaft Berlin sprach Genosse Spiliedt vom Bundesvorstand des ADBB. kürzlich im Vortragssaal des Parteivorstandes im „Vorwärts“-Gebäude über das Thema „Der Streit um die Sozialpolitik“.

Er widerlegte die Behauptungen, mit denen die wirtschaftliche „Untragbarkeit“ der Soziallasten bewiesen werden soll. Die allgemeinen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, die Höhe der Arbeitslosigkeit, ein angeblich zu hohes Niveau des Gesamtlohnes der Arbeiterschaft werden als Gründe für die Notwendigkeit des Abbaus der die Arbeiter vor der schlimmsten Not schützenden Sozialausgaben angeführt. Der allgemeine Kanjip der Unternehmer um Lohnabsetzung und gegen das staatliche Schlichtungswesen hat bereits begonnen. Die Sozialausgaben betragen 16 Proz. der Gesamtlohnsumme. Andere Länder, besonders Amerika, tragen einen geringeren Anteil an Sozialausgaben, zahlen aber wesentlich höhere Löhne. Länder, wo Sozialversicherungen bestehen oder neu aufgebaut werden, rechnen mit fast gleichem Sozialanteil am Lohn, so daß die deutsche Wirtschaft nicht ungewöhnlich hoch belastet ist, besonders da in Deutschland nur ein Teil des Lohnes als Berechnungsgrundlage für die Beiträge gilt.

Eine Reihe Reformen zur Abstellung von gewiß vorhandenen Mängeln sind wohl notwendig, besonders bei der Krankenversicherung. In den nächsten Tagen wird vom Reichsarbeitsministerium ein Gesetzentwurf zur Ausschaltung sozial unnötiger Leistungen fertiggestellt werden. Solche Reformen wollen die Gewerkschaften selbst mit durchführen.

Im Mittelpunkt des Streits steht die Arbeitslosenversicherung wegen ihrer volkspolitischen Bedeutung. Die Unternehmer wollen sich der Arbeitslosen ungehindert zum Lohndruck bedienen, worin sie bisher durch die Arbeitslosenunterstützung gehindert wurden. Jeder letzte von 20 Millionen verschieren Arbeitnehmern ist heute vollbeschäftigt. Der Arbeitsmarkt verschlechtert sich ständig und erhöht damit das Defizit der Arbeitslosenversicherung. Die Ursache ist die Verengung des Weltmarktes durch Gründung neuer nationaler Industrien und die den Weltmarkt beherrschende Monopoltrike. Seit 1925 sind durch Rationalisierung allein zwei Millionen Arbeitslose überflüssig geworden.

Die Gewerkschaften wenden sich entschieden gegen den Vorschlag, die Unterstufungen für die häufiger Erwerbslosen zu senken, um Ersparnisse zu erzielen.

Das würde mindestens die Hälfte der Arbeitslosen benachteiligen. Entscheidend ist die Aufgabe, den genannten Arbeitsmarkt zu reorganisieren, um den Widerspruch zwischen Ueberproduktion und Konsumtionsunfähigkeit zu beseitigen. Die Kaufkraft muß gesteigert und die Arbeitszeit gesenkt werden. Große Kämpfe um das Leben des Proletariats stehen bevor.

Heute Rundfunk: Paul Löbe über „Reichstag und Rundfunk.“ Im Programm der aktiven Abteilung, Vortragsreihe „Wozu man spricht“ wird heute um 20 Uhr Reichstagspräsident Paul Löbe über das Thema „Reichstag und Rundfunk“ sprechen.

Pfingstkonzert des Musikforps Reichsbanner-Neufölln. Im Restaurant Kartsgarten veranstaltet das Reichsbanner-Musikforps am 2. Pfingstfeiertag ein Frühkonzert, das um 6 Uhr morgens beginnt. Am gleichen Tage wird dort auch ein Nachmittagskonzert mit Varietè durchgeführt. Der Neuföllner Artistenverein „Einigkeit“ hat sich für diese Veranstaltung zur Verfügung gestellt.

Stadtbahnlinie 92 bis Dahlem verlängert. Die Stadtbahnlinie 92 Treptow, Gräbstraße, bis Grünwald, Rosenfeld, wird vom ersten Pfingstfeiertag an den Sonn- und Feiertagen je nach Bedarf von 12 Uhr an über Kronprinzessallee bis Dahlem, Königin-Luise-Straße, verlängert. Ebenso wird außerplanmäßig gleichzeitig die Linie über Treptow, Gräbstraße, bis Treptow, Rathaus, durchgeführt.

Die „Deutsche Aerzte Zeitung“

(1930 Nummer 207) schreibt:

„... 1 Liter Milchkatreiner * ist ebenso nahrhaft wie ein halbes Pfund Rindfleisch, aber — viel leichter verdaulich!“

* Rezept: zur Hälfte doppelstarker Kathreiner, zur Hälfte Milch!

Aus der Arbeit der Bezirke.

Lebengefährdende Brücken in Berlin!

5. Bezirk — Friedrichshain.

Der lebengefährdende Zustand der Brücken im Bezirk Friedrichshain war Gegenstand mehrerer Dringlichkeitsanträge. Die Brücken in der Landsberger Allee und in der Eldenaer Straße sind bereits dem Verkehr entzogen. Eine Sperrung der Warschauer Brücke ist kaum zu vermeiden, wenn die zuständigen Instanzen nicht schnell handeln und an einen Neubau der verkehrsreichsten Brücke des Ostens gehen. Die sozialdemokratische Fraktion hat auch hier die Initiative ergriffen und im Interesse der wertvollen Bevölkerung schnellste Maßnahmen gefordert. Eine Sperrung der Brücke würde zu einer Verkehrskatastrophe von undenkbarer Ausmaß führen. Die Dringlichkeitsanträge fanden dann auch einstimmige Annahme. Die Uebertragung der Schulen mit all den vielen gesundheitsschädigenden Auswirkungen auf die Kinder, führt zu ständig wiederkehrenden, berechtigten Klagen der Bezirksversammlung. Die Kommunisten, die zwar viel fordern, aber jede Kostenbedingung ablehnen, heißen durch ihren Redner eine so prookatorische Rede vom Stapel, daß sich der Versammlung eine steigende Erregung bemächtigte. Die Angriffe richteten sich nicht etwa gegen die vorkriegsseitige Schulpolitik des Berliner Kommunalparlamentes, sondern gegen die Sozialdemokratie, die „selbstverständlich“ an den unhaltbaren Zuständen schuld sei. Von den auf der Tribüne anwesenden Jungpartakommunisten wurden dem kommunistischen Redner die Stichworte zugeföhrt, so daß der Vorsitzende, Genosse Böbling, sich nach langmühtigen Ermahnungen endlich entschloß, die Aufheiferer von der Tribüne entfernen zu lassen. Wo nunmehr die Feststellung der Personalien erfolgen sollte, war der Mut der Schreier dahin. Nach halbständiger Unterbrechung konnte dann die Sitzung fortgesetzt werden. Der sozialdemokratische Bezirksverordnete Theel, einer der besten Kenner der Schulverhältnisse im Bezirk, brachte in seinen sachlichen Ausführungen die große Sorge der sozialdemokratischen Fraktion um die Verbesserung der Volksschulen zum Ausdruck. Unter dem Beifall der gesamten Versammlung rechnete er mit den heutzutage üblichen Agitationsanträgen der Kommunisten ab. Zur weiteren Behebung der Schulnot sah die Versammlung entsprechende Beschlüsse. Die Nachweisung der einmaligen Anforderungen des Bezirks für 1931 gab den Kommunisten Anlaß, eine Reihe ganz unerfüllbarer Forderungen anzumelden, selbstverständlich mit der Drohung, wenn ihre Anträge abgelehnt würden, nicht für die Anforderungen zu stimmen. Sowohl Stadtrat Dr. Gilleman als auch unser Genosse Klinglet wiesen diese erschwerenden Reihoden entschieden zurück. Mit Recht wies Genosse Klinglet darauf hin, daß, wenn auch die Versammlung so unverantwortlich handelte und die kommunistischen Anträge annehmen würde, die kommunistische Stadtratsfraktion doch niemals dem Etat zustimmen werde. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte mit dem Unerschütterlichen der wertvollen Bevölkerung des Bezirks. Undurchführbares in der Zeit größter Finanznot zu fordern, die Mittel aber zu verweigern, überlassen wir der kommunistischen Fraktion, die doch eines Tages von den enttäuschten Massen zur Verantwortung gezogen werde. Eine Abstimmung verhinderte die Kommunisten durch Stellung eines Antrages auf zweite Beratung unter gleichzeitiger Erhebung des Widerspruches. Darauf wurde die Versammlung verlegt.

Gute Zusammenarbeit mit der BSB.

7. Bezirk — Charlottenburg.

Neu als Bezirksverordneter wurde eingeföhrt Rektor Schmücker (Soz.). Ferner wurde gegen die Stimmen der Kommunisten bei Stimmenehaltung der Nationalsozialisten Czarlinski (Soz.) zum stellvertretenden Vorsteher gewählt. — Von wichtigen Beschlüssen seien folgende registriert. Die Vorlage betreffend Verlegung des Wochenmarktes Neu-Westend wurde einem Ausschuß überwiesen. — Die Debatte über den neuen Gesetzentwurf Berlin wurde, nachdem in der letzten Sitzung eine eingehende Aussprache erfolgt war, nunmehr geschlossen. Die Bezirksversammlung machte sich den einstimmig von der Berliner Stadtverordnetenversammlung eingereichten Protestantrag zu eigen, und verlangte, daß die Verwaltungsorganisation Berlins nicht durch ein Sondergesetz vor der Verabschiedung des jetzt auch vorbereiteten allgemeinen „Selbstverwaltungs-gesetzes“ erfolgt. Das Bezirksamt wird ersucht, den Vorschlag der gemischten Kommission der kommunalen Körperschaften Charlottenburgs, sowie die Stellungnahme des Bezirksamtes in dieser Frage als auch eine unwesentliche Änderung der deutschen nationalen Fraktion dem Magistrat als Material zu überweisen. In diesem Fragenkomplex äußerten sich auch Hedlin (Dnat.), Dr. Kunz und Lüdtke (Dsp.), Gebert (Soz.) und Dr. Vippert (Nat-Soz.). Bei dem Bericht des Verkehrs-ausschusses, Berichterstatter Braun (Dem.), konnte mit Befriedigung festgestellt werden, daß Wünsche der Bezirkskörperschaften im großen und ganzen seitens der BSB berücksichtigt wurden.

Neue Ausfallstraße geplant.

15. Bezirk — Treptow.

Zunächst folgte die Einführung von zwei neuen Bezirksverordneten, darunter des Sozialdemokraten Schwarzlose. Dem Verlauf von zwei Bauhöfen in Oberschöneweide an der Rathaus-, Grob- und Frischenstraße und zwischen Zepplinstroße und Straße an der Wuhleide an die Baugesellschaft Berlin-Ost zum Zwecke der Bebauung wurde zugestimmt. Der Abänderung des Fluchtlinienplanes für die Gledhard- und Ludwig-Klapp-Straße sowie für die Scheiblerstraße Ede Gildenhöfer Allee in Berlin-Treptow wurde gleichfalls zugestimmt. Um endlich die Möglichkeit zur Schaffung einer weiteren großen Ausfallstraße zu haben, stimmte die Versammlung dem Fluchtlinienplan von Teilen der Wiener Straße, der Wohnhülfenstraße, der Kiehlstraße, der Eifenstraße und der Treptower Straße in Treptow zu. Schließlich fanden wieder neun Anträge und eine Anfrage der Kommunisten zur Beratung. Der Kommunist Hiel erklärte bei der Begründung eines Antrages, daß die kommunistischen Anträge eigentlich nur „Rückeranträge“ seien. Die Sozialdemokratin Secher und Becker polemisierten mit großem Erfolg gegen die Kommunisten. In einer Anfrage machten die Kommunisten den Nationalsozialisten einig Konkurrenz, indem sie in der Anfrage zum Ausdruck brachten, daß eine größere Anzahl von Werken an jüdische Verlegerhändler veräußert werden sollen. Der sozialdemokratische Stadtrat Betzger erklärte hierzu, daß das Bezirksamt von den Reduzierten der Werke (es wurden überhaupt nur zwei Werke verkauft) nicht die Angabe ihres Glaubensbekenntnisses verlangt habe.

Durch Gütegesen und Kastentand führt als Galt der Deutsche Staatsbürgerliche Ausschuss der französischen Abgeordnete Paul de Cassagnac in einem Vortrag mit Unterstützung am Donnerstag, 19. Juni, 20 Uhr, im Warmbath des sozialistischen Gartens, Wuhleide Str. 4, Berlin S. O. 3, um 2 Uhr, im Sekretariat der Deutsch-Französischen Gesellschaft, Soberslandstr. 2, Cornelia 0600.

Der 68. Geburtstag feiert am 8. Juni Herr Ferdinand Wolf, langjähriger Redakteur der Firma Georg Gille, Bezirksabteilung in Berlin SW. 7, Wuhleide Str. 4.